

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementsspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeb.)
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.

Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Biesenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen:
für die dreigesparte Weltzeit oder deren Raum 30.-

Inhalt: Verhandlungen in Frankfurt a. M. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausverkündigungen, Maßregelungen, Differenzen, Verantimierung des Verbandsvorstandes. Jahresberichte der Bauhandstände: Berlin, Dresden, Görlitz, Lübeck, Berichte. — Central-Krankenkasse. — Von Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc. — Aus Unternehmertreffen. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Verhandlungen in Frankfurt a. M.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden darf nur nach einem vorausgegangenen und für die Unternehmer verlorenen Streit und mit Genehmigung des Bundesvorstandes bewilligt werden.

Eine allgemeine Lohnnerhöhung soll nicht bewilligt werden.

Das sind zwei Nummern aus dem Programm des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, das er auf seiner außerordentlichen Generalversammlung im Herbst vorigen Jahres aufgestellt hat und mit dem er glaubt, den Frieden im Baugewerbe erzwingen zu können. Es war vorauszusehen, daß sich die einzelnen Orts- und Bezirksverbände des Bundes stritten an den Beschlüssen der Generalversammlung, halten und bei den nun überall beginnenden Verhandlungen über die Neugestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beginnen. Tarifverträge gar keine oder so gut wie keine Verbesserungen zugeschrieben wollen. Wenn aber der Unternehmverbund geglaubt haben sollte, daß er nur zu diktieren brauche, um die Arbeiter zu veranlassen, schleunigt den „Mustertarif“ des Bundes anzuerkennen, so hat er sich doch stark geirrt. Nebenall, wo bisher verhandelt worden ist, haben die Arbeitervertreter dem „Mustertarif“ ein unzweideutiges Nein entgegengesetzt, und sofern die Unternehmer es nicht vorziehen, auf weitere Verhandlungen überhaupt zu verzichten und vom 1. April an ohne Vertrag zu arbeiten, oder ihrerseits die Arbeit einzustellen, werden sie von der nächsten Generalversammlung des Bundes, die für diese Woche geplant war, andere Instruktionen verlangen müssen, die sie in den Stand setzen, den Arbeitern Zugeständnisse zu machen.

Mit diesem Wunsche ging auch die Unterhandlungskommission auseinander, die in der verflossenen Woche in Frankfurt a. M. drei Tage lang über die Vertragsbedingungen diskutierte, ohne zu einem andern Resultat zu kommen, als daß Nein gegen Nein stand.

Hier handelte es sich zunächst um die Entscheidung einer wichtigen Vorfrage, um die Abgrenzung des Vertragsgebietes. Als im Sommer 1908 die Verbände der Maurer, Zimmerer und Bauhülfearbeiter mit dem im Frankfurt dominierenden Mitteldeutschen Unternehmerverband einen Tarifvertrag abschlossen, wurden neben dem Mainland, von Hanau bis Mainz, noch die Städte Homburg v. d. H., Friedberg-Rheinheim, Wiesbaden und Darmstadt in das Vertragsgebiet einbezogen. Zwischenhat der Mitteldeutsche Unternehmerverband sein Organisationsgebiet ausgedehnt nach Norden auf Siegen, Hersfeld, Cassel, Marburg, Wetzlar, und nach Süden auf Worms, Mannheim, Ludwigshafen und andere Orte, und der „Mitteldeutsche“ definiert nun kurzerhand, daß auch für alle diese Orte die Arbeitsbedingungen in Frankfurt festgesetzt und daß für diesen großen Bezirk, der wirtschaftlich gar nicht zusammenhängt, ein in seinen Allgemeinbestimmungen und auch in bezug auf die Arbeitszeit einheitlicher Vertrag geschlossen werden soll. Dagegen haben die Arbeitervertreter mit aller Entschiedenheit protestiert und haben den Unternehmervertretern keinen Zweifel darüber gelassen, daß auf dem von ihnen gewählten Wege wohl kein Vertrag zu stände komme.

Die Vertreter des Zimmererverbandes erklärten bestimmt, daß sie weder den Auftrag noch den Willen hätten, in diesem Zusammenhang über das Gebiet des alten Vertrags hinaus die Arbeitsbedingungen zu beraten, während die Vertreter der übrigen Verbände sich vorbehielten, für die Außenbezirke entweder an Ort und Stelle oder wenn in Frankfurt, dann nur unter Hinzuziehung von mehreren Vertretern der jeweiligen Bezirke zu verhandeln.

Von den materiellen Fragen stand die Arbeitszeitverkürzung in dem Vordergrund. Hier ist zunächst eine Differenz zwischen den Arbeiterverorganisationen selbst zu erwähnen: Während die Verbände der Maurer, der baugewerblichen Hülfsarbeiter und der christlichen Bauhandwerker und Bauhülfearbeiter (letzterer auch für die ihm angehörenden Zimmerer) in den Arbeitsbezirken Frankfurt, Offenbach, Hanau, Höchst, Mainz, Darmstadt, Mannheim-Ludwigshafen, Wiesbaden und Cassel die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden fordern, nimmt der Zimmererverband hierzu Abstand. Im Prinzip ist ja auch der Zimmererverband für die Verkürzung der Arbeitszeit, aber aus Opportunitismus (des geringen Lohnes wegen) glaubten seine Vertreter die Forderung nicht erheben zu dürfen. Nun ist ja gewiß der Lohn in Frankfurt und den anderen in Betracht kommenden Orten, der durch die jetzigen Forderungen erst von 54 auf 60 (in Mannheim-Ludwigshafen 65) gebracht werden soll, viel zu niedrig, nichtsdestoweniger ist aber die Arbeitszeitverkürzung eine unabsehbare Notwendigkeit; wenn irgendwo, dann ist sie gerade in den in Niedrigen Bezirken infolge der ganz eigenartigen Verhältnisse begründet.

Für die Unternehmervertreter war dieser Zwiespalt unter den Arbeitern, der sich leider auch noch in einigen anderen Punkten bemerkbar macht, und der, wie es scheint, andernorts keine Fortsetzung findet, gewiß nicht unbedeutlich; aber grundlegend für die Verweigerung einer Arbeitszeitverkürzung ist dieser Zwiespalt nicht. Die Unternehmer sind aus Prinzip Gegner der Arbeitszeitverkürzung unter zehn Stunden; sie sehen darin den Anfang vom Achtkundtag, und sie wollen den Arbeiter an dem Aufstieg in eine höhere Kultursphäre hindern. Das haben sie freilich jetzt nicht ausgeschlossen, es ist aber der Niederschlag ihrer so vielfachen mündlichen und schriftlichen Kundgebungen, daß sie gelegentlich schon Neden von der Arbeitervorfreundlichkeit nicht darüber hinwegtäuschen können.

Bei den Verhandlungen waren die Unternehmervertreter die liebenswürdigsten Leute, die allen Menschen und natürlich auch ihren Arbeitern ein behagliches und angenehmes Leben gönnen. Aber, aber: wir armen Unternehmer sind ja abhängig vom Geldmarkt, von der Konjunktur, von der Konkurrenz usw. . . . Das Gewerbe kann nicht die geringste weitere Belastung ertragen, die Bauten werden jetzt schon zu teuer, die Leistungsfähigkeit der Arbeiter ist zurückgegangen und noch etliche andere Klagen wurden vorgebracht. Die Geldknappheit und verminderte Bautätigkeit sind natürlich auch den Arbeitern nicht unbekannt geblieben; das findet ja aber doch nur vorübergehende Ercheinungen, die wahrscheinlich schon in diesem Sommer wieder verschwinden. Aber wenn das nicht der Fall wäre, wenn selbst ein dauernder Rückgang der Bautätigkeit möglich wäre, so daß vielleicht an 50% der jetzigen Bauhandwerker fernherin keine Beschäftigung im Baugewerbe fänden, wäre es dann gerechtfertigt, daß die noch Beschäftigten dann fortgesetzt für Hungerlöhne bei übermäßig langer Arbeitszeit ihre Knochen zu Märkte tragen sollten? Ganz gewiß nicht. Selbst wenn die Bauten den Arbeitslohn stark verteuert würden, was wir entschieden befürchten, dann hätten alle Nutznießer des Gewerbes die erhöhten Kosten als eine

unerlässliche Notwendigkeit zu tragen. Wenn aber schon der Lohn und die sonstigen Arbeitsbedingungen von den Konjunkturen abhängig sein sollen — ein Standpunkt, den der Dresdener Arbeitgeberverband für das Baugewerbe schon vor bald zehn Jahren als menschenunwürdig erklärte —, wie können dann die Unternehmer die Forderung erheben und mit Aussperrungsandrohung vertreten, daß der geringe Lohn, die schlechten Arbeitsbedingungen auf zwei, drei und vier Jahre vertraglich festgelegt werden sollen. Heute kann doch kein Mensch mit guten Gründen dagegen streiten, daß im nächsten Jahre in sehr vielen Gegenden Deutschlands eine verhältnismäßig gute, ja eine glänzende Bautätigkeit sein kann. Und auch heute ist doch die Konjunktur nicht überall gleich schlecht. Ist sie vielleicht in Cassel und Frankfurt mittelgut, so ist sie schon in Darmstadt besser und in Mannheim-Ludwigshafen beinahe sehr gut. Selbst in den Einzelbezirken, und in diesen wieder für die einzelnen Unternehmer, ist die Konjunktur wieder verschieden. Sehr viele Unternehmer machen in den letzten Jahren ein glänzendes Geschäft, aber wir haben nie etwas davon gehört, daß sie ihre Arbeiter an dem erhöhten Gewinn beteiligen lassen. Wenn man Konjunkturen berücksichtigen will, dann ist es einfach eine Ironie, sondern gleichermaßen große Gebiete jahrelang in einen Tarifvertrag zusammenzufassen und den angeblichen Tiefstand des Gewerbes als Maßstab für die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu nehmen.

Der Einwand, daß die vertraglich zustehenden Unternehmer konkurrenzunfähig würden bei der Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden und der Erhöhung des Tagelohns um 30 bis 50 % ist ja überhaupt undisputabel. Wenn nicht Arbeiterverband und ein Unternehmerverband, die das ganze Gebiet beherrschen, sich darüber einig sind, daß zur menschenwürdigen Gestaltung der Lebenshaltung der Arbeiter das Arbeitsprodukt etwas verteuert werden muss, dann ist es einfach ausgeschlossen, daß da eine unlautere Konkurrenz auffommen kann.

Dies und vieles andere, besonders auch die weitreichende und in ihren Zahlen und Schlussfolgerungen unanfechtbare Statistik unseres Verbandes über Wohnstätten, Arbeitssorten, Familienverhältnisse etc. der Maurer im Bereich des Mitteldeutschen Unternehmerverbandes, wurde den Vertretern dieses Verbandes in wohlgefeierten Worten und mit Nachdruck vorgetragen. Aber alle schönen Neden und auch impulsive Hinweise auf die Notlage der Arbeiter und den unihaltbaren Standpunkt der Unternehmer blieben ohne jede Wirkung. Die Unternehmervertreter wiederholten immer mit demselben Gleichmut: Wir können nicht! was man sich auch überlegen kann: Wir dürfen und wollen nicht, da unsere Bundesversammlung und wir selbst beschlossen haben, den Arbeitern gar nichts zu bewilligen.

Dasselbe Spiel wiederholte sich bei der Beratung des Lohnes. Auch nicht einen Pfennig wollen die Unternehmer zugeben. Die Arbeiter sollen froh sein, wenn der Lohn nicht gekürzt wird. Und das sagt man den Arbeitern zu bieten in Städten, wo der Jahresverdienst der Maurer und Bauarbeiter mindestens um M. 300 zu niedrig ist.

Damit hätten die Verhandlungen eigentlich zu Ende sein können. Um aber dem Unternehmerverband und auch dem Gesamtverbund keinen Zweifel zu lassen, daß selbst wenn in späteren Verhandlungen eine Verständigung über die Arbeitszeit und den Lohn erzielt werde, noch genug Differenzen blieben, die einen Vertrag unmöglich machen, wurden auch noch die anderen anstrengenden Punkte des Mustertarifs besprochen. Hier waren es besonders das Wort „täglich“ und die Beschränkung der Bauarbeitsfreiheit, die von den Vertretern

aller Arbeiterverbände ohne Einschränkung als unannehmbar bezeichnet wurden.

Eine Entscheidung konnte auch hierüber nicht gefasst werden, weil die Unternehmervertreter nicht von dem Beschluss ihrer Bundesgeneralversammlung abweichen durften. Da sie aber doch in Aussicht stellten, daß die bevorstehende Generalversammlung andere, weniger schroffe Beschlüsse fassen könnte, sollen die Verhandlungen vorläufig nicht als gescheitert betrachtet, sondern nur verlagert werden.

Mitte März werden die Unterhändler wieder zusammenkommen, um erneut zu den strittigen Fragen Stellung zu nehmen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Berliner Handelskammer über Arbeitgeberverbände und Streitlauf. — Das Baujahr 1907 nach Arbeiterverschaffungen: Allgemeines, Geldsteuerung, öffentliche Bauten, fachles Land.

Aus dem eben erschienenen Jahresbericht der Handelskammer zu Berlin verdient für die Gewerkschaften eine Ausführung besonders hervorgehoben zu werden: nämlich der Hinweis auf die rätschlich ausdehnenden und ihre Kampfmittel wesentlich verbessernden Arbeitgeberverbände.

Nach der Handelskammer hätten zunächst die Arbeiterorganisationen einer Vorsprung vor den Unternehmern gehabt. Doch gleiche sich das mehr und mehr, und zwar mit zunehmender Bedeckung, an. Für einzelne Berufe zweige, bald total begrenzt, bald über größere Gebiete sich erstreckend, wachsen immer neue Verbände empor. Dies geschieht häufig im Anschluß an Kartelle oder ähnliche Gebilde, da es nahe liegt, daß diejenigen Unternehmer, welche für ihr geschäftliches Verhalten gegenüber der Kundschaft eine Verständigung untereinander gefunden haben, nunmehr auch ein gemeinsames Vorzeichen gegenüber ihren Arbeitern verabreden. Auch der umgekehrte Fall, daß ein Arbeitgeberverband den Anstoß zur Kartellbildung gibt, kommt vor. Als im Berichtsjahre neu entstandene Arbeitgeberverbände werden erwähnt: die der deutschen Glasinstrumentenfabrikanten, der deutschen Emaillewerke, der Metzger-, Friseur- und verwandter Berufszweige, der Minen- und Bergarbeiter, der Berliner Spediteure, die ihnen seit lange bestehenden Losalverein zu einem Arbeitgeberverband ausgestaltet haben.

Bei der Streitlaufe glauben die Unternehmer gleichfalls eine immer wirksamere Rückendefense für den Fall von Lohnkämpfen erzielen zu können. Am Anfang erschien die Streitlaufe also einseitig auf das Interesse des Lieferers, im Gegensatz zum Abnehmer des strittigen Erzeugnisses, zugeschnitten. Der Lieferer wurde durch den Streit von der Wirkung auf rechtzeitigen Vertragserfüllung befreit, während die Abnehmer, wenn bei ihnen ein gleicher Konflikt die Verarbeitung der Rohstoffe und Vorfabrikate und die Warenfertigung unterbrochen, gleichwohl, wie vorher vereinbart, abnehmen und bezahlen müssten. Eine größere kapitalistische Parität half man jetzt durch eine Neuformulierung der Streitlaufe für gewahrt, und die Berliner Handelskammer selber empfiehlt eine Grundbestimmung ähnlich der folgenden, die zwischen Vertretern der verschiedenen Interessengruppen der Textilindustrie und ihren Abnehmern Annahme fand:

„Arbeiterausstände, Ausperrungen und Betriebsstillungen, soweit letztere auf höhere Gewalt (§ 275 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) beruhen, berechtigen den davon Betroffenen, seine Verpflichtungen zur Lieferung oder Abnahme hinauszuschieben, und zwar um die Zeit der Störung des Betriebes und hinsichtlich des Quantums, sofern Lieferung oder Abnahme durch die Störung unmöglich gemacht wird. Bei laufenden Verträgen wird demgemäß die Zeit für die Lieferung oder Abnahme jeder einzelnen Rate entsprechend verschoben. Inneweit Streit oder Ausperrungen in dritten Betrieben zur Hindernisstellung oder Aufhebung der Lieferung berechtigen, entscheidet im Zweifelsfalle das Schiedsgericht.“ (Bei länger als drei Wochen dauernder Störung sind Rücktrittsrechte des anderen Teiles vorbehalten.)

Es wäre übrigens ungerecht, nicht auch an dieser Stelle den Beruch der Mauer zu erwähnen, „das Baujahr 1907 nach Arbeiterverschaffungen“ zu schließen („Grundstein“ vom 4. bis 25. Januar 1908). Das zunehmende Interesse und Verständnis der Gewerkschaften für das Auf- und Ab der Produktion und des gesamten Wirtschaftslebens hat hier einen neuen Ausdruck gefunden; und wenn die Kärtner des von den Kaufvorständen geleisteten Materials selber auf die Lücken und Unbestimmtheiten dieses ersten größeren Rundblattes hinweisen, ist doch mit jedem weiteren Jahre eine zunehmende Verbündigung und Zuverlässigkeit der Verbindlichkeit zu erwarten.

Die Baumwolle mit ihrer örtlichen Verbreitung über alle Einzelstaaten, Provinzen und Kreise, über industrielle und landwirtschaftliche Bezirke, mit ihrer starken Anspruchnahme auch für Zwecke, die außerhalb der unmittelbaren Produktion liegen (siehe Schul-, Amts-, Krankenhaus-, Kasernen-, Theatere-, Gerichts-, Kirchen-, Talsperrenbauten), werden natürlich niemals eine so gleichförmige Aufwärts- und Abwärtsbewegung darbieten, wie etwa die großen Montanbetriebe, die auf bestimmte Rechte in kompakten Massen zusammengebracht sind und auf die — man denkt an Kohle und Roheisen — die Gesamtumkehr sehr einheitlich und eindeutig zurückwirkt. Es ist deshalb kein Wunder, daß wir in den Mauerberichten auf ein sehr mannigfältiges, hier helleres, dort dunkleres Bild stoßen, ja, daß in dem gleichen Bau den größten Unterschiede zwischen den verschiedensten Städten, und alsdann abermals zwischen Stadt und plattem Land auftauchen.

Genosse Schippel schreibt dann einige Urteile und Mitteilungen aus unseren Bauberichten. Seine Meinung über unseren ersten Versuch fügt er zum Schluß noch einmal dahin zusammen:

„Über die Tragweite vieler dieser Entschließungen läßt sich selbstverständlich streiten. Der Versuch einer solchen

Berichterstattung ist jedoch nur mit Freuden zu begrüßen. Jeder weitere Anlauf wird später um so leichter sein und um so vollkommener ausfallen.“

Berlin, 9. Februar 1908. Mag Schippel.

Politische Umstöße.

Aus dem Reichstage. Das Haus begann seine Geschäfte in verflossener Woche mit der Erledigung der dritten Abstimmung der Brüsseler Gouverneurkonvention. Bei dieser Gelegenheit wurde die Frage der Herabsetzung der Zuckertaxe erneut vor der Blockmajorität mit der Frage der „Reichsfinanzreform“ in der Weise verknüpft, daß diese Majorität auf Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Bässermann abstimmt. Die Gouverneur wird vom 1. April 1909 ab auf 10 von 100 kg Meingemüth herabgesetzt, sofern bis dahin Gesetze zu Stande kommen, die eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs um mindestens 30 Millionen Mark jährlich bewirken. Kommen solche Gesetze erst nach dem 1. April 1909 zu Stande, so erfolgt die Herabsetzung der Steuer gleichzeitig mit deren Inkrafttreten.

Die Sozialdemokraten stimmten aus folgenden, vom Abgeordneten Dr. Süß in dargelegten Gründen, dem Antrag ab: Auch Sie wollen eine Verbilligung des Zuckers durch Heraufsetzung der Zuckertaxe. Über was der Antrag Bässermann will, ist Ihnen ja klar. Was soll es denn heißen, daß die Zuckertaxe vom 1. April 1909 herabgesetzt wird, sofern bis dahin Gesetze zu Stande kommen, die eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs um mindestens 30 Millionen Mark jährlich bewirken. Wenn also durch diese Gesetze eine Erhöhung der Reichseinnahmen nur um 30 Millionen Mark bewirkt wird, so wird die Zuckertaxe nicht herabgesetzt. Was drückt überhaupt der Ausdruck „bewezen“? Die vorjährige Abstimmung erinnert an das Fiasco der vorigen Reichsfinanzreform, wobei der Börsiansatz auch erheblich anders war als das Ergebnis. Dazu kommt noch etwas anderes. Den Zuckertaxen kann man nicht ohne andere Substanzen zu sich nehmen, er ist nur eine Zutat, und je mehr man Butter, Öl, Mehl, Fett verbraucht hat, um so weniger kann man Zucker genießen. Nur dann kann der Abzins des Zuckers steigen, wenn man die Lebensmittel verbilligt, zu denen man ihn als Zutat genutzt. Dann wird die zweite Beratung des Milliardenrats erledigt. Hierzu lagen folgende Resolutionen der Budgetausschüsse vor:

1. Den Reichsanziger zu erlauben, Arbeiten für die Militärverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche bei den Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften schaffen und nicht hinter den Bestimmungen einzelner Tarifverträge der Branche am Orte zurückbleiben, sowie die Militärverwaltung anzuweisen, die Festlegung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Militärbetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorzunehmen.

2. Fortsetzung der Gewährung des Lohnes auch für die gesetzlichen Feiertage durch die Militärverwaltung.

3. Die verbindlichen Regierungen werden erlaubt, a) zu prüfen, ob die Löhne der bei der Heeresverwaltung — ausschließlich der Feldzeugmeisterei — beschäftigten Personen mindestens den ortsüblichen Sätzen entsprechen und im Bedarfsfalle das Nötige zu verantloren; b) spätestens im nächsten Etat Maßnahmen zu treffen, für die in den Feldzeugmeisterei beschäftigten Personen den Einfluß und Tag einschließlich der bezahlten Pausen durchzuführen zu können.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Böhme führt aus, daß die Heeresverwaltung keineswegs mit einem besonderen Maß sozialpolitischer Einfluss ausgestattet ist. Das zeigt wieder deutlich die Statistik der Löhne aus dem Jahr 1906; man erzieht daraus, daß die Heeresverwaltung gar kein Verständnis für das Leben der Arbeiter und der Arbeiterverhältnisse hat. Wir finden in der Statistik angegeben, daß unter M. 800 der Lohn 482 männliche Arbeiter und 432 weibliche Arbeiter hatten. Leider ist nicht angegeben, bis wieviel unter M. 800 der Lohn verhängt. Von M. 800 bis 889 Lohn hatten 534 männliche und 295 weibliche Arbeiter, von M. 900 bis 990 Lohn sind 1284 männliche und 77 weibliche Personen aufgeführt, und tatsächlich einen Lohn über M. 1000 hatten 1923 männliche und 1 weibliche Person.

Die untere Lohngrenze kann man herausbrechen aus den Nachweisen, betreffend die Beitragszahlung zur Invaliditätsversicherung. Es waren im ganzen 1642 Personen, welche Verträge der ersten Lohnklasse zahlen; diese haben also ein Einkommen von unter M. 250. Daß man den Arbeiter zu untersetzen, mit einem Einkommen von M. 250 jährlich auszufordern, ist doch ein starres Stück. Die Folge dieser schlechten Entlohnung ist, daß überall, wo Militärverwaltungen vorkommen, die Städte der Militärverwaltung unter die Arme greifen müssen, indem die bei der Militärverwaltung beschäftigten Personen vielfach die Arme verwalten in Anspruch nehmen müssen. Die Militärverwaltung erklärt, sie ziehe sich nach dem ortsüblichen Tagelohn, aber dieser wird für einen ganzen Bezirk nach der Aufstellung einer die wirtschaftlichen Verhältnisse oft nicht beachtenden Aufsichtsbehörde festgesetzt; die Militärverwaltung sollte sich an die Städteverwaltungen wenden und die Löhne nach denjenigen Löhnen festlegen, welche die städtischen Arbeiter erhalten. Der Redner trat energisch dafür ein, daß eine gute Lohnaufbesserung erfolgt, daß den Arbeitern die gesetzlichen Feiertage bezahlt werden und daß ihnen Pensionsberechtigung zugesprochen wird.

Die Abstimmung über die Resolutionen wurde bis zur dritten Lesung vertagt.

Am Mittwoch, den 12. Februar, hatte das Haus einen Schwerpunkttag. Es gelangte zunächst der Initiativvorschlag des Abgeordneten v. Hirschhorn-Dansdorf (kont.) zur Beratung, die verbindlichen Regierungen zu erlauben, die Vorarbeiten zu einem Gelehrtenwurf bei der Pensionskasse und Hinterbliebenenversicherung, so zu fördern, daß derselbe bei Beginn der nächsten Reichstagsession vorlage gelangen kann.

Der Redner der Sozialdemokraten, Abgeordneter Lehmann-Wiegand, berief den von seiner Partei stets eingeschlagenen Standpunkt, daß die Versicherung die Arbeiterschaft im weitesten Sinne des Wortes, die Beamten umfassen muß, ein.

Der Antrag stand Annahme. Es folgte die Beratung des Antrages Schönaich-Carola (nat.-lib.), die verbindlichen Regierungen zu erlauben, baldunächst einen Gesetzentwurf betreffs

Regelung des Automobilwagenverkehrs im Deutschen Reich dem Reichstag vorlegen zu müssen.

Sowohl vom Antragsteller wie auch von anderen Rednern wurden die Automobilshäden und der zu einem geradezu verbrechlichen Unfall ausgebildete Automobilismus im allgemeinen einer gründlichen und scharfen Kritik unterzogen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Ledebour sagte u. a.: „Hohe und höchste Herrschaften, Fürsten und Prinzen etc., geben den anderen Automobilisten mit bösem Beispiel vor, durch übermäßig schnelles Fahren. Die Sozialdemokraten sehen konsequent auf dem Standpunkt, daß stets der Autogänger unter Einsicht oder eines Unternehmens für jeden Schaden haftet, der durch die Einsicht, dies Unternehmen beruhigt wird, falls nicht höherer Gewalt oder eigenes Versehen des Verkehrs vorliegen.“ Die Automobilfahrer können sich ja gegen den Schaden ebenfalls versichern. Die Verletzung der Automobilfahrer muß auch auf die Automobilfahrer ausgeübt werden, wenn diese beim Selbstfahren die Bestimmungen nicht einhalten. Von einem reinen Übermut des Chauffeurs kann nicht die Rede sein, denn diese hängen von ihrem Herrn ab und werden nicht übermäßig schnell fahren, wenn der Herr es nicht will.“

Zur Annahme gelangte folgende, den Antrag Schönach-Carola einschließende Resolution des Abgeordneten Ledebour:

Die verbindlichen Regierungen mögen baldunächst einen Gesetzentwurf, betreffend die Hauptpflicht für den bei dem Betrieb von Kraftfahrzeugen entstehenden Schaden und die Regelung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen im Deutschen Reich, dem Reichstag vorlegen, nach welchem

1. für den bei dem Betrieb von Kraftfahrzeugen entstehenden Personen- und Sachschaden der Betriebsunternehmer zu haften hat, sofern er nicht beweist, daß der Unfall durch höhere Gewalt oder durch eigenes Versehen des Verkehrs oder des Sachinhabers verursacht ist;
2. Fahrer, welche den zur Erhaltung der Sicherheit auf den öffentlichen Straßen und Plätzen erlassenen polizeilichen Anordnungen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen widersprechen, bei Verstößen mit Wichtlern, bei Verfehlungen im Rücksichtsfall gesteuerten Geb- und Freiheitsstrafen bestraft werden;
3. das Führen von Kraftfahrzeugen nur solchen Personen gestattet wird, welche sich durch eine Prüfung über die Bereitschaft zum Führen ordnungsmäßig ausgewiesen haben;
4. Fahrer, welche sich als unzulässig erwiesen haben, durch die unzulässige Verfügung die Erlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen mit Wichtlung für das ganze Reichsgebiet entzogen werden sollen.

Die dritte Beratung eines Haftungsgeklags, welches M. 800 000 zur Förderung von Berliner auf dem Gebiete der Motorfahrtshafte fordert, wurde ebenfalls mit Bevollmächtigung erledigt.

Die drei Sitzungen in der letzten Hälfte der Woche wurden durch die zweite Beratung des Staats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung in Anspruch genommen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Singer, über eine Jahr zurückliegende Kritik an der Tendenz und Praxis der Verwaltung, ohne Rücksicht auf die Hebung und Verbilligung des Verkehrs und die Notwendigkeit besserer Bezahlung der kleinen und mittleren Beamten und der Arbeiter möglich hohe Überstunden zu herauszuholen. Charakteristisch ist die projektierte Telephonengesellschaft „Reform“, die gegenwärtig lautet, die ununterbrochene Verbindung zum Ortsbeamten zu ermöglichen und die Befreiung der Postbeamten von der Pflicht, die ununterbrochene Verbindung zu den Beamten der Post zu gewährleisten. Charakteristisch ist die geplante Tagesabreise, die die Abreise am Ende der Dienstzeit unmöglich zu machen. Der Staatssekretär Kraatz vertritt nicht immer die Ansicht, daß den Beamten diese Rechte nicht zutreffen. Ja, er will ihnen nicht einmal das Recht zubilligen, ihre Beschwerden und Wünsche bei den Reichstagsabgeordneten zu unterbreiten! Unter diesen Umständen sind, wie Singer zutreffend sagt, die Beamten nicht mehr gleichberechtigte Staatsbürger, nicht mehr freie Männer, sondern Sklaven der Reichsverwaltung.

Herr Kraatz war in seiner Erregung recht und rechter Ordenspatriot! Er erklärte, solange die Sozialdemokratie eine Staats- und ordnungskundige Feindschaft habe, könne die Befreiungen der Verwaltung, den Beamten den Gebrauch des Koalitionsrechtes und die Ausübung des Koalitionsrechtes unmöglich zu machen. Der Staatssekretär Kraatz vertritt nicht immer die Ansicht, daß den Beamten diese Rechte nicht zutreffen. Ja, er will ihnen nicht einmal das Recht zubilligen, ihre Beschwerden und Wünsche bei den Reichstagsabgeordneten zu unterbreiten! Unter diesen Umständen sind, wie Singer zutreffend sagt, die Beamten nicht mehr gleichberechtigte Staatsbürger, nicht mehr freie Männer, sondern Sklaven der Reichsverwaltung.

Herr Kraatz legte den Erfolg einer solchen Verbilligung ab, weil sie eine Verleidigung für die Beamten sei. Er konnte sich gestalten, ohne vom Präsidenten zum Ordnung gerufen zu werden, zu behaupten, Singer bestreitet, daß die Beamten eine leichtfertige Verbilligung und der „scifflinge“ Abgeordnete Kopisch unterstellt ihn in dieser Art Abwehr.

Die Staatsberatung wird in einem Zuge fortgesetzt und vor dem Osterferien wohl kaum beendet werden. Hochinteressante Debatten sind beim Etat des Reichsjustizamts und des Reichsamts des Innern zu erwarten.

Der Sprachenparagraph im Reichsvereinigungsgesetz. Wie der Sprachenparagraph, auch nach der von den Freien Vorfürsten vorgeschlagenen Änderung, wirken würde, zeigt die „Mannheimer Volksstimme“ an einigen Beispielen:

Eine große Fabrik in einem Mannheimer Vorort hatte mehr als 200 italienische Arbeiter und Arbeiterinnen importiert und sie bei der Annahme kontraktlich auf ein Jahr verpflichtet. Diese Arbeiter fanden die Arbeitsverhältnisse

aber nicht ihren Erwartungen und den ihnen gemachten Zusagen entsprechend und wollten deshalb an dem einvertragten Arbeitsvertrag los. Es kam zur Niedergangung der Arbeit. In einer improvisierten Versammlung segte ihnen ein des Italienschen selbst nur mangelhaft mächtiger Redner, so gut es ging, die Nachtslage auseinander und versprach, daß das Gewerkschaftskartell sich der Sache annehmen werde. Das gelösch; bei den Verhandlungen mit der Fabrikleitung wurde eine heile Zeile zufriedenstellende Einigung erzielt und die Arbeit alsbald wieder aufgenommen. Nach der neuen Vereinigungsversetzung hätte die Versammlung voraussichtlich dreimal 24 Stunden vorher angemeldet werden müssen, also zu einer Zeit, wo die fremden Arbeiter noch gar nicht daran dachten, eine Versammlung abzuhalten. Selbst wenn das Ministerium die gewünschte Genehmigung zur Benutzung der italienischen Sprache erteilt hätte, wäre sie doch immer erst gekommen, wenn es bereits zu spät gewesen wäre. Denn die Aussprache, ob man in dem Streit verharren und welche Konzessionen man eventuell machen sollte, konnte nicht bis nach dem Eintreffen der Antwort verhoben werden. Ähnlich lagen die Verhältnisse beim Streit der Arbeiter in der Zuttpinnerei in Sandhofen im Jahre 1905. Dort mußten die Ausführungen in der Versammlung außer in deutscher auch in böhmischer und italienischer Sprache gemacht werden, um sich allen Streitenden verständlich zu machen. — Was hier von den Fabrikarbeitern gesagt ist, gilt erst recht von den vielen italienischen Erdarbeitern und fremdsprachigen Bergleuten, wobei die erstenen den Arbeitsort häufig wechseln müssen und oft genug in Verhältnisse kommen, die eine gemeinsame Vereinigung nötig machen. Es braucht sich hierbei nicht immer um Lohnforderungen zu handeln; es können auch Sicherungsmaßnahmen gegen Unfälle und ähnliches in Frage kommen.

Man sieht, wie Anlässe von Wichtigkeit sehr rasch und verhältnismäßig leicht abgewendet werden können, wenn nur die Möglichkeit sofortiger gemeinsamer Aussprache vorhanden ist. Das wird aber durch den Anmeldeungswahl erschwert und, infolzen, ausländer in Frage kommen, ganz unmöglich gemacht. Schon aus diesen rein politischen Erwägungen heraus stellt sich der Entwurf als schädlich dar, ganz abgesehen davon, daß er als eine Einschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit grundätzlich zu verwerfen ist.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Spaedenland (Sperre über Neben-, Ochsenwärder (Sperre über A. Blecken), Travemünde (Sperre über Söhrmann), Bremerhaven (Streik der Stukkateure), Cuxhaven (Sperre über das Kinderheim, Unternehmer Vollmar aus Bremen);

Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulsmoor (Streiks), Apenrade (Sperre über Callesen), Wedel (Sperre über Hatje), Husum (Sperre über Petersen), Itzehoe (Sperre über die Alsensose Zementfabrik in Lüderdorf), Tondern (Streik der Bauarbeiter);

Mecklenburg:

Gustow (Sperre über Thielke), Brunsbüttel (Differenzen);

Brandenburg:

Guben (Aussperrung), Sonnenberg (Sperre über Ulrich, Margekolonie), Jüterbog (Sperre über H. Niendorf in Malterhausen und Rüger Wwe. in Treuenbrietzen [im „Alten Lager“]);

Pommern:

Pyritz (Sperre über Friedrich Berg), Köslin (Sperre über Schüttner), Neustettin (Sperre über Duske);

Posen — Schlesien:

Muskau (Sperre über Stulpnagel), Weißwasser (Sperre über die Opelosenswerke), Friedewalde b. Breslau (Sperre über Land im Wilschitz);

Königr. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsgebäude, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L.-Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Ländsbergerstrasse, in L.-Leutzsch Eisengießerei E. Becker & Co., in L.-Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse), Naumburg (Sperre über H. Götzsch, vormals Klipper & Schrot), Chemnitz (Sperre über Holler);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Halle a. d. S. (Sperre über den Fabrikneubau von Prinzler & Söhne und über die Hallische Zementfabrik);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Gelle, Norderney (Aussperrung), Braunschweig (Sperre über Gröpler, die Arbeit ist in Wolfsbüttel), Blankenburg a. E. (Sperre über den Steinbruch der Firma Beck), Wunstorf (Differenzen);

Hessen und Waldeck:

Gießen (Sperre über Bernhard in Kleinlinden), Schmalkalden (Sperre über Peter);

Bayern:

Selb (Sperre über Jäger & Werner), Dissen (Streik), Wasserburg (Sperre über Näßauer), Ansbach (Sperre über Reuter);

Fleischnegler:

Duisburg (Sperre über Gebr. Bönnig).

Vorberichtungen in München.

Für die Stadt München und die zu dem Arbeitsgebiet gehörenden Vororte haben die Mitglieder unseres Verbandes, des Gewerkschaftsverbands der baugewerblichen Hilfsarbeiter und des Verbands der christlichen Bauarbeiter und Bauhilfsarbeiter (begleitet auch für Zimmerer), folgende Forderungen aufgestellt und am 15. Februar den Unternehmern übermittelt:

Arbeitszeit 9 Stunden.

Stundenlohn für Maurer und Zimmerer 82,- für Innenebauer 67,- und für Haushilfsarbeiter 72,- für Bauhilfsarbeiter (allgemein) 50,- für Stein- und Mörtelträger 52,- für Einholer 60,- und für Mörzleger und Tunnelarbeiter 65,- für notwendige Nebenarbeiten 50 pft. Ausschlag gefordert.

Vorberichtungen im Gau Köln.

Wie in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, so laufen auch die Tarifverträge in dem Arbeits- und Organisationsbereich Düsseldorf-Meckel, Greifswalder, M.-Glückstadt, Bonn, Köln, Siegen, Gummersbach, Hilden, Barrien-Gütersloh, Solingen und Remscheid am 30. April d. J. ab, und deshalb will ja auch der neu gegründete Verband der Verbände für das ganze Gebiet von Bonn über Münster hinaus einen in den allgemeinen Bindungen und in der Ablaufszeit einheitlichen Vertrag erzwingen. Unsere Kollegen und mit ihnen ebenfalls die Bauhilfsarbeiter und die Mitglieder des christlichen Verbandes haben nun ihre Forderungen den zuständigen Unternehmern übergeben und den entsprechenden Unternehmern unterbreitet. Die Maurer (vom christlichen Verband auch die Zimmerer) fordern in Düsseldorf 67,- für 9 Stundenlohn, in Düsseldorf-Gütersloh (hier auch für Betonierer und Asphaltiere), Solingen und Köln 65,- in Greifswald 67,- in Bonn 55,- in Hilden 58,- in M.-Glückstadt 60,- in Bonn 55,- und in Siegen 55,-.

Für Überhundert sollen 15,- für Nacht, Wascher- und Tiefearbeiten 100 pft. für Sonn- und Feiertagsarbeiten und für Feuerungs- und Abförderarbeiten 100 pft. Lohnausschlag geachtet werden. Außerdem sind für andere schwierige Arbeiten sowie für Arbeiten außerhalb des Betriebshofes der betreffenden Stadt höhere Löhne vorgesehen. Der sogenannte Junggesellenlohn soll in keiner Halle mehr als 5,- unter den allgemeinen Lohn stehen.

Die Arbeitszeit soll in Greifswalder, Hilden und Remscheid auf 9½ Stunden verkürzt und damit auf die gleiche Länge wie in Solingen, Barrien-Gütersloh, Köln und Düsseldorf gebracht werden. In den übrigen Orten wird von einer Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden vorläufig Abstand genommen.

Gau Berlin.

Auf den geprellten Bauten der Margaretenkolonie bei Senftenberg geht es wie in einem Taubenthaler zu. Bürgerkolonien reißen zu und wieder ab. Die Bauführer und die Bauteile überwiegende Polizei sind wieder im Druck. Eine Dresdener Kolonie reiße ihrer heimatlichen Penaten wieder zu. Es sind jetzt nur noch vier Berliner hier. Das diejenige, die sonst nicht lett machen, beweist, daß sämtliche Kolonien seit vier Wochen kaum vier Wohnungen genutzt haben. Es steht Herren Ulrich nichts, trotz der polizeilichen Bewachung der „Arbeitswilligen“ verschwinden. Wenn wir Seidenbaum unter den Händen. Wenn der Trubel so weiter geht, ist Ulrich bald gezwungen, mit uns Frieden zu schließen.

Gau Bremen.

Wie aus Norderstedt unter dem 15. Februar berichtet wird, haben die Zimmerer beschlossen, die Arbeit beendunglos aufzunehmen. Die Unternehmer haben jedoch von den Zimmerern verlangt, aus dem Centralverband auszutreten und in den christlichen Verband einzutreten, sonst könnten sie die Arbeit nicht aufnehmen. Diese Forderung haben die Zimmerer aber doch abgelehnt. Dasselbe würden die Unternehmer auch tun verlangen, da aber Arbeit genug vorhanden ist, brauchen sich die Streitenden so etwas nicht bieten zu lassen. Die Kollegen haben demnach am 14. Februar einstimmig beschlossen, den Kampf weiter zu führen. Leider sind uns sieben Kollegen in diesem Kampfe enttreten, sie wurden ausgeschlossen. Ihre Namen sollen im „Grundstein“ veröffentlicht werden. Von auswärts ist bis jetzt kein Zugang angetreten. Noch ein paar Wochen, und den Streitenden wird der Sieg sicher sein, denn die Arbeit drängt sehr, und mit den vier „christlichen“ Streitbretern können die Unternehmer die Arbeit unmittelbar fertig stellen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit feststellen, daß der Hauptvorstand des christlichen Verbandes den Streitbretern auf Norderney fernsteht. Die Streitbreter sind gegen keinen Willen Mitglieder des christlichen Verbandes geworden. Zur Zeit schwelen Verhandlungen der beteiligten Gauleitungen untereinander.

Von Norderney wird über starken Zuzug berichtet, der die herrschende Arbeitslosigkeit noch verschärft. Die Kollegen sehen dort in Differenzen.

Gau Breslau.

In Breslau ist der bestehende Vertrag von den Unternehmern gefindigt worden. Sie wollen es, den Organisationen einen „Vertrags“entwurf mit folgenden Hauptpunkten vorzulegen: Die bisher übliche Arbeitszeit von 9½ Stunden soll auf 10 Stunden verlängert werden. Der alte Stundenlohn von 55,- soll bleiben, aber nur für tüchtige Kräfte.“ In Zukunft gelten „Altoldarbeit“ soll entgegen den bisherigen Abschaffungen zulässig sein. Ebenso soll als neu die Verpflichtung der Maurer zur Ausführung von Beton- und Putzarbeiten eingeführt werden. Nebenstunden, die bisher nur bei Sägädienungen durch Naturereignisse, auf polizeiliche Anordnung und wenn ein öffentliches Interesse vorliegt, verordnet werden durften, sollen für fünfzig „in besonderen Fällen“ geleistet werden müssen.

Die Breslauer Kollegen werden dies annehmen, wenn der letzte Pfennig in ihren Taschen ausgegeben und keine Hilfe mehr zu erwarten ist und wenn der Hunger sie dem Wahlzettel zugetrieben hat. Aber eben nicht.

Gau Hamburg.

In Boizenburg haben sich die Unternehmer sechs Wochen lang geweckt, den vertraglich festgelegten Lohn zu zahlen; nun mehr haben sie sich aber doch bequemt müssen, wenn die 45,- pro Stunde zu zahlen. Die Arbeit, welche seit dem 1. Januar

ausgeführt hatte, ist nunmehr von unseren Kollegen wieder aufgenommen worden.

In Tondern haben die Unternehmer den Bauhülfearbeitern 5,- für Lohnabzug gemacht. Die Arbeiter stellten die Arbeit ein, wodurch unsere Kollegen in Mitteldeutschland gezogen sind.

Zuzug nach Tondern ist fernzuhalten.

Gau Hannover.

In Buntrost bestehen die Differenzen noch immer fort. Der Unternehmer Pogold möchte wohl gern seine dringendsten Arbeiten fertig haben, aber er will sich auch nicht länger von den Berlinern mit einem Stundenlohn von 90,- bis 10,- rufen lassen. Es hat nun die Ullengend abgetreten und hatte wirklich einige Nachfolger zu bewegen gewußt, ihnen der Batthe zu reißen. Nachdem wir diesen Kollegen ihr Benehmen vorgehalten hatten, legten sie schon einmal die Arbeit nieder, nahmen sie aber nach einigen Tagen wieder auf. Zuzug haben sie auf abormaligen ernsthaften Vorfall zum zweiten Male die Arbeit eingestellt. Lohnt sich kein Kollege versetzen, nach Buntrost geben, und wenn auch die Unternehmer goldene Verträge verpreisen!

Über den Stand der Ausverkündung in Celle wäre zu berichten, daß die Kollegen nach den end- und rechtslosen Verhandlungen ihre Tatbih. dahin geändert haben, daß mit einzelnen Unternehmern in der Lohnfrage zu eintreten und auf alle weiteren Streitverträge gegenwärtig zu verzichten. Es ist dies bei vier Unternehmern gelungen, dort ist auch die Arbeit aufgenommen worden. In den letzten Berichtswoche arbeiteten 88 Kollegen unter diesen Abschaffungen, 62 Kollegen sind anderweitig übergebracht und 49 Kollegen mit 110 Kunden sind noch ausgesperrt. Mit diesem Resultat können wir zunächst zufrieden sein, um so mehr, als die Celler Schmiede am 1. April die Unternehmer eine schriftliche Auflösung erliegen, aller zentralorganisierten Maurer zu entlassen und nur solche, die den „Mustertarif“ unterzeichneten hätten, durch den Arbeitsnachweis einzutreten. Wenn alle Kollegen auch ferner mit der bewährten Treue zusammenhalten, so wird der Anspruch des „Ober-Schleifendrehers“ von Celle. Der Streit kann mir noch 14 Tage dauern, die Maurer wissen, daß sie Hunger nicht ein noch aus, mit Glanz widerlegt, und sie bereuen, daß sie selbst für 40 Wochen Kampf und Jetz im Winter nicht mürde zu kämpfen sind. Dagegen weiß man, daß mancher Großhals schon losüber geschlagen ist. Hoch die Solidarität, fest und tunner! Zuzug ist streng fernzuhalten.

Gau Nürnberg.

In Ansbach dauert die Sperre bei Reuter unverändert fort. Reuter macht zwar alle Anstrengungen, um von den umliegenden Ortschaften Streitbreiter zu bekommen, aber seine Bemühungen waren vergebens. Sogar bis halb nach Nürnberg, in die Gegend von Neuendettelsau, kam Reuter auf seiner Suche nach den soviel begehrten Stützen, aber überall ließen die Kollegen den Herrn abfahren. Es ist dies um so erfreulicher, als in den früheren Jahren die umstehenden Orte von Ansbach nach verschiedenen Streitorten „Arbeitswillige“ lieferen, was heute als ausgeschlossen bezeichnet werden muß.

In Ansbach haben uns die Unternehmer mitgeteilt, daß sie unsere Forderung abgelehnt hätten, weil sie für die dortigen Verhältnisse zu hoch sei. Dennoch wollten die Unternehmer den jetzt bestehenden Vertrag bis zum 31. Dezember 1910 verlängern, mit der Maßgabe, daß heuer der Lohn wie bisher bleiben und im nächsten Jahre um 2,- pro Stunde steigen soll.

In Hof a. d. Saale haben die Unternehmer von uns die Vorlage unserer Forderung bis zum 12. Februar gegeben. Das ist unmöglich, da die Mehrzahl unserer Mitglieder, die den Sommer über in Hof arbeiten, zur Zeit in ihren Heimatorten sind. Zur Aufstellung der Forderung bedarf es doch erst einiger Versammlungen. Diese haben wir dem Arbeitgeberverband mitgeteilt, dabei jedoch bemerkt, daß wir, falls die Unternehmer dieses wünschen, bereit seien, auf der Grundlage des bisherigen Vertrages in einer Unterhandlung einzutreten.

In Schweinfurt haben wir in einer auf Verlangen der Unternehmer stattgefunden Unterhandlung unsere Abänderungsvorschläge zu dem bisherigen Vertrag unterbreitet, worauf die Unternehmer uns noch einiger Tage den Kündigung des alten mit dem Entwurf eines neuen Vertrages zugehen ließen. In einer Unterhandlung am 10. Februar wollten die Unternehmer ihren Entwurf als Grundlage benutzen, während wir nur auf Grund des geltenden Tarifs verhandeln wollten. Die Unternehmer mussten unserem Verlangen nachgeben, zumal da uns die Kündigung des alten mit dem Entwurf eines neuen Vertrages zugehen ließ. In einer Unterhandlung am 10. Februar wollten die Unternehmer ihren Entwurf als Grundlage benutzen, während wir nur auf Grund des geltenden Tarifs verhandeln wollten. Die Unternehmer mussten unserem Verlangen nachgeben, zumal da uns die Kündigung nicht vom Arbeitgeberverband, mit dem der Vertrag abgeschlossen ist, sondern von der Firma der Baugewerbetreibenden unterbreitet wurde. Diese zweite Unterhandlung verlief aber auch ergebnislos, da die Unternehmer bei den wesentlichen Punkten erklärten, keine Vollmacht zu haben, sondern darüber erst ihre Mitglieder fragen zu müssen. Der Lohn wollen sie für 1908 und 1909 um je 2,- pro Stunde aufsetzen, dabei aber unter kleinen Umständen den Lohn nach unten begrenzen, worauf wir nach den gemachten Erfahrungen bestehen müssen. Bei der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden pro Woche erklärten die Unternehmervertreter, daß sie gegen eine mögliche Verkürzung der Arbeitszeit nichts einzuhindern hätten, aber sie seien an die Beschlüsse ihrer Gewerbevereinigung gebunden und könnten davon unter keinen Umständen absehen. Im Rücken machten die Unternehmer das Gelände, daß der abzuschließende Vertrag nur dann dem Vorstand des Arbeitgeberbundes in Berlin vorgelegt werden müsse, wenn in demselben eine Verkürzung der Arbeitszeit, der 1. Mai als Feiertag, ein Verbot der Altoldarbeit niedergelegt werden sollte; in allen anderen Punkten hätten sie vollständig freie Hand.

Gau Stettin.

In unserem Gau, der im Lohdurchschnitt an dritter Stelle von unten steht, wird, gestift auf eine gute Baustätigkeit in den Landkreisen, die Lohnbewegung 1908 recht lebhaft werden. In 25 Landkreisen sind Forderungen gestellt und eingereicht. Die Unternehmer haben in seinem Vorfall die aktuelleren Verträge gelöscht. Darin kommt jedoch nur die Pomerania: „die Dinge an sich heranzu bringen zu lassen, zum Ausdruck. Unsere Unternehmer sind in 53 Bezirken organisiert.“

In Alt-Damn werden die Verhandlungen mit dem neuen Verband für Stettin und Kr. Randow geführt. Auf die gewöhnlichste Forderung von 52½ pro Stunde erfolgte nicht nur ein gutes Nein, sondern man wollte die jetzigen Bestimmungen noch verschlechtern. Schließlich sollte wegen der "allgemein schlechten" Lage des alten Vertrags auf ein Jahr verlängert werden.

In Barth bieten die Unternehmer auf eine Forderung von 48 s. pro Stunde 40 s. in der Stadt und 49 s. über Land. Altermann freudet sich seiner Geschäft verlässt. Hoffentlich wird der neue Unternehmer ein junger Anfänger, nicht in Schaffnereitzeien groß geworden sein.

In Colberg schwanden die Verhandlungen seit Oktober. Die Arbeitsausichten sind für den Okt. schlecht, was uns veranlaßt, schon im November v. J. unsere Forderung durchzuführen. Dann teilen uns die Unternehmer Kritik Dejewes mit, daß sie den alten Vertrag gründlich auf zwei Jahre verlängern wollten, wenn wir bis zum 15. Januar unsere Zustimmung geben; im anderen Falle würde nach diesem Datum der Lohn um 4 s. pro Stunde gefügt. Als Begründung war eine Notiz der "Berliner Abendpost" beigelegt, wonach in Dortmund die Arbeiters des Metallgewerbes mit 15 pgt. Vorratserzung zutreffen seien, nur um Entlassungen und Feierabenden zu vermeiden. Wir waren nun doch neugierig, wie man Vorratserzung und volle Beschäftigung der Ortsfirma bei uns in die Praxis umsetzen wollte, und beantragten mundliche Verhandlung. Das Ergebnis war eine erneute Generalsammlung der Unternehmer, die uns nun für 1909 2 s. Zulage anbot. Am 29. Januar erklärten sich unsere Kollegen in einer schriftlichen Versammlung mit 11 gegen 39 Stimmen für das Angebot. Von 184 Mitgliedern waren nur 93 in der Versammlung. Montag, den 3. Februar, wurde dieser Vertrag durch Unterschrift vollzogen. Am selben Tage mußten aber 17 Kollegen aus den Bauten der Firma Maas & Co. hinzugefügt werden, weil der sehr bibelfeste Herr Maas den Trepowvertrag so wenig wie den Colberger Vertrag anerkannte. Als aber die Sperrreise über das ganz Geschäft des Maas verhängt wurde, mußte er kapitulieren, und am 12. Februar nahmen unsere Kollegen die Arbeit wieder auf. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes erklärte, daß er nur seinen moralischen Einfluß auf Herrn Maas ausüben könne; dieser hat aber nicht stark genug, ihn zur Annahme des Tarifs zu veranlassen. Aber die Sperrreise half.

In Grimmen wurde uns ein Vertrag vorgelegt, der den "Mustervertrag" des Bundes nachäßt, ihn aber in kleinerlicher Schrift noch übertreift. Eine Verhandlung am 15. Januar führte zu keinem Resultat. Wir fordern bei zehnfachiger Arbeitszeit 40 s.

In Posen teilte man uns auf einen Wunsch nach mündlicher Verhandlung mit, daß der "Neue Verband für Stettin und Kr. Randow" das Rennen machen soll.

Am 10. Februar bewilligten sechs Unternehmer, die anderen versuchten, Leute zum besten zu haben, indem sie die alten abgeleiteten Gründe für ihren ablehnenden Standpunkt ins Treffen führten.

Im Stargard i. P. hat der Fachverein ebenfalls wie wir 50 s. Stundenlohn gefordert. Herr Stieben, Vorsitzender der Unternehmerorganisation, teilte uns mit, daß nur mit der Kommission des Fachvereins verhandelt würde. Dem Fachverein dagegen teilt er mit: "Bewilligt wird nichts, was nicht erlaubt wird." Richtig deutlich gelesen heißt das doch wohl: "Seid einig, und wir achsen Euch!" Ob die Fachvereinler nun bald einig werden, daß nur mit uns und durch uns etwas zu machen ist?

Stettin hat nun schon seit November recht interessante Verhandlungen; wir haben nun zwei "Arbeitgeberverbände" am Okt. Mit dem alten Verband stehen wir seit zehn Jahren im Vertragsverhältnis, und von seinem Vorsitzenden, Herrn Helm, haben wir das Zugeständnis, daß in Stettin ein Maurer ein Einkommen von 1.600 bis 1.700 haben müsse, aber "Rindfleisch und Blumen sind ein schöner Herr geworden". Mit Sozialdemokraten will er keinen Vertrag mehr abschließen. Lieberhund soll der "Arbeitgeber" bestimmen. Der Lohn soll Klassenlohn werden. Raubtorb gegen Agitation, und alle anderen Schönheiten des "Musterartikels" will Helm uns in Stettin aufzwingen. Die Verhandlungen verliefen resultlos. — Der "Neue Verband für Stettin und Randow" markiert den Biedermann. Am 23. Dezember v. J. bot er uns für 1909/10 57½ s. und im übrigen den alten Vertrag. Inzwischen haben die Innungsmeister dem "Neuen" wohl einige Konzessionen gemacht, und am 8. Februar wollte der "Neue" nur den alten Vertrag auf ein Jahr verlängern, aber auch nur, wenn gleichzeitig in Alt-Damn, Bodejuch und Pölitz die alten Verträge verlängert würden. Nun hat vorläufig wieder der "alte" das Wort, der wird aber nun gleich sowohl bieten, daß der "Neue" einen gewaltigen Sprung machen muß, um mitzukommen.

In Trepow a. d. E. warteten die Unternehmer unsere Forderungen nicht ab. Sie bieten uns für 1908: 11 Stunden und 36 s., für 1909: 10½ Stunden und 38 s. und für 1910: 10 Stunden und 40 s. Ein Abschluß ist noch nicht erfolgt.

In Triebes bieten die Unternehmer bis zum 31. Dezember 1908 10½ Stunden und 38 s.

Bei allen Verhandlungen verlegen sich die Unternehmer auf ein jämmerliches Fehlsicht. Nachgelegenheit, Quartier &c. sollen bei Landaufwand berücksichtigt werden, obwohl schon bisher die Maurer wie sonst unberücksichtigt wurden. In unserer Gegend muß den Unternehmern über die Pflicht auferlegt werden, bei Ueberlandarbeiten für Quartier und Nachgelegenheit zu sorgen. Darüber hinaus selbst eine Lohnherhöhung, die ja auch nicht bewilligt werden soll, nicht hinweg, da selbst für Geld und gute Worte Logis in genügender Zahl und zu erschwinglichen Preisen nicht zu haben sind.

Gau Straßburg i. Elsäss.

In Lörrach und in Metz laufen die bisherigen Verträge am 31. März d. J. ab. Die Unternehmer haben sie gefündigt und gleichzeitig neue Verträge nach Schema des Berliner Mustervertrages eingereicht. Eine Lohnherhöhung soll es in beiden Orten nicht geben. Die Meier Unternehmer waren sogar so lebenswürdig, den Vertrag für und fertig auszuarbeiten; unsere Kollegen sollen nur

unterschreiben. Am 8. Februar fand in Lörrach eine Versammlung statt; in dieser wurde beschlossen, den uns von den Unternehmern zugelassenen Vertrag nicht anzuerkennen, sondern den bis jetzt bestehenden Vertrag mit einigen kleinen Änderungen, die sich aus wirtschaftlichen und praktischen Gründen notwendig machen, zu verlängern. Verlangt wurde besonders eine Lohnherhöhung von 48 auf 51 s. Am 13. Februar beschäftigten sich die Meier Kollegen mit derselben Angelegenheit. Sie lehnten es ab, den Tarif der Unternehmer weiter zu unterschreiben, vielmehr erklärten sie, daß sich der jetzt bestehende Vertrag im allgemeinen gut bewährt habe; dieser soll jedoch ebenfalls wie der in Lörrach mit einigen Änderungen verlängert werden. Verlangt wird eine Lohnherhöhung von 52½ auf 60 s. Den Unternehmer wurde mitgeteilt, daß wir bereit sind, mit ihnen zu verhandeln.

Gau Stuttgart.

Der Vertrag in Heidenheim a. d. Brenz wurde unfeierlich ordnungsmäßig zum 1. April gefündigt. Der Grund dazu: ich darin zu suchen, daß der Vertrag keinen bestimmten Lohnstag enthielt.

Gehaltsnachricht des Verbandsvorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind angegeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuholen ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 9. bis 16. Februar 1908 für folgende Mitglieder erteilt:

Josef Männer-Chemnitz (Frau), Verb.-Nr. 241511; Emil Grabow-Hamburg (Frau), 74 718; Adam Diller-Nürnberg, 91 908; Emil Hempel-Leipzig (Frau), 36 927; Franz Breu-Straubing (Frau), 264 084; Wilhelm Bause-Woerzburg (Frau), 54 982; Albert Bauer-Karlshafen (Frau), 310 476; Karl Mietke-Berlin, 5510; August Friedrich-Berlin, 6107; Paul Kluge-Breslau (Frau), 179 758; Karl Matzka-Breslau (Frau), 270 943; Friedrich Graf-Wittenberg, 111 485; Otto Maass-Berlin, 77 572; Herm. Hildebrand-Dresden (Frau), 18 662; August Leutgeb-Dresden (Frau), 92 392; Karl Roed-Aix-la-Chapelle (Frau), 68 746; H. B. Brodmüller-Hamburg, 125 112; Franz Werner-Berlin (Frau), 4517; Wilhelm Henke-Berlin, 6248; Otto Lukas-Berlin (Frau), 1121; Gottfried Wenzel-Heringen a. d. E., 230 570; Michael Koide-Polen (Frau), 474 816; Alfr. Schulz-Deutsch-Rissa, 270 917; Heinrich Thiele-Hannover (Frau), 31 567.

Gehaltsnachrichten für die Hauptstädte sind nur an den konservativen J. Hösler, Hamburg 1, Besenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postaufkleber anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 10. Februar bis 16. Februar 1908 sind folgende Verträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Berlin A. 36 982-36, Schütze 70, Mainzburg 35, Berichtszeit 15.30, Gießen 1.434,92, Schütze 477,83, Kiel 10, Bäderfeld 19.05, Künzelsau 1.424,92, Preysch 83,98, Burg a. F. 47,95, Lachen-dorf 8,12, Graugow 40, Lüdenscheid 16,20, Cassel 617,58.

b) Für Kalender.

Salswedel A. 1,50, Schöneweide 3, Hirschfeld 7,50, Cassel 100.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingetragen haben und denen nicht beißlich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Wilhelm Kirchen-Varmen (Verb.-Nr. 51 834), Wilhelm Teile-Stendal (503 547), H. Niedenauer-Altdorf (314 912), Wilhelm Heiß-Vohburg (350 045), Wilhelm Güncke-Berlin (374 102), August Krebsmann-Wittenberg (454 735), Max Krämer-Leipzig (109 810), Hermann Müller-Leipzig (384 397), Paul Fränkel-Gera (97 361), Fr. Miesche-Görlitz (360 718), Gustav Moser-Eilen (311 124), Max Anderl-München (153 399), Fr. d. b. Hövel-Gelsenkirchen (474 903), Heinrich Weiß-Schwetzingen (194 063), Gustav Schäfer-Nordenham (322 986).

Ausgeschlossen sind Gründung des Vereins 1. Juli 1891 — zum ersten Male die verminderten Baumaßnahmen in nicht allzuweiter Ferne liegen. Eine Auffassung, die auch von anderen Leuten, auf deren Urteil man etwas zu geben gewohnt ist, geteilt wird. Für diese Auffassung spricht auch das Zurückgehen des Bauaufwandes, der Preisrückgang eingeräumte Baumaterialien und die der Ausführung harrenden Bauprojekte aller Art. In den leichten Städten und im Senftenberger Industriebezirk liegen immerhin ganz ansehnliche Auftragsarbeiten vor, und in den ländlichen Bezirken wird die Bautätigkeit ebenfalls wieder gut sein. Einige allzugroße Befürchtungen brauchen wir uns also nicht hinzugeben.

Die Mitglieder bewegen unseres Gaus seit Gründung des Vereins 1. Juli 1891 — zum ersten Male einen Rückgang an. Die Ursachen liegen zunächst in der verminderten Bautätigkeit in Groß-Berlin, wodurch viele Mitglieder geworben wurden, abzuweisen und andere, die ähnlich nach Berlin kommen, einen anderen Arbeitsplatz wählen müssen. Ein beträchtlicher Teil junger Mitglieder und solcher, die in die Heimat oder anderorts hin abgereist waren, ist ebenfalls nicht wiedergekommen. Aus all diesen Gründen sind dem Zweigverein Berlin 3000—3500 Mitglieder verloren gegangen und circa 1000 sind den Verband unterstellt, indem sie Streit- oder Disziplinsbruch verübt oder aus anderen Gründen dem Verband den Rücken kehren. Die Mitgliederzahl des Vereins Berlin betrug am Schluß des vierten Quartals 1906 15 784 und zur gleichen Zeit des Jahres 1907 11124. Der Gau hatte am Schluß des dritten Quartals 1906 in 195 Vereinen 34 420 Mitglieder, an denselben Zeitpunkten 1907 in 189 Vereinen 30281. Der Rückgang also 4009, wovon allein auf den Zweigverein Berlin 3991 kommen. Auf die einzelnen Sektionen verteilt, haben die Mauren 3285, die Pützer 351 und das Gips- und Betonwerk 355 eingebüßt. Die durchschnittliche Mitgliederzahl im Jahre 1906 betrug 38 465 und sie wird im Jahre 1907 die Zahl kann sich nur um ein geringes verändern 30 707 betragen. Das wäre im Jahresdurchschnitt ein Mitgliederrückgang von 2758. Fünf Vereine lösten sich auf: Deutsche Krone, Dresden, Meißen, Miloslaw und Osnabrück. Die Vereine Al-Glienichen und Friedrichshagen schlossen sich Berlin als Zentrale an und mit ein Verein, "Liebenwerda", wurde neu gegründet.

Unter den bestehenden Sonderorganisationen im Gau war bisher die "Freie Vereinigung" die bedeutendste. Sie umfaßte 1906 in 14 Vereinen 2885 Mitglieder. Den Lesern des "Grundstein" ist es bekannt, daß zwischen dieser Organisation und unseren Verbänden Einigungsverhandlungen geführt worden sind, die zu unserer aller Freude mit vollem Erfolge endeten. Unsere Freunde darüber wird jeder teilen, insbesondere wenn man noch den weiteren Reichsum an Sonderorganisationen und Verbündeten in Berlin ansieht. Man möchte rufen: "O Herr halte ein mit

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden bzw. Zweigverein Duisburg: Josef Heid, geboren am 31. Mai 1876 zu Wernborn (Verb.-Nr. 20 299); von der Ortsgruppe Leimen erly des österreichischen Maurerverbandes: Anton Bérounal, geboren im Jahre 1880 zu Lebedow (Verb.-Nr. 69 994 des österreichischen Maurerverbandes); Waldemar Petzel, geboren am 21. November 1876 zu Kaufen (Verb.-Nr. 125 604).

Um Angabe ihrer Adresse werden erucht vom Zweigverein Oldesloe: Karl Sell, geboren am 8. Juni 1888 zu Lübeck (Verb.-Nr. 277 569), Paul Matthies, geboren am 17. April 1885 zu Scholwien (341 846), Carl Schmidt, geboren am 18. März 1875 zu Hamburg (29 877); Neustadt (Orla): Karl Krauter, geboren am 10. Oktober 1888 zu Reußstadt (Orla) (376 902); Gellendorf: Valentin Lauer, geboren am 15. Mai 1886 zu Nieder-Gelmbach (340 929). Lauer hat Verbandsgründer unterstehen.

Zögler, denen der Aufenthalt der Benannten bekannt ist, werden erucht den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

deinem Segen!“ Beide nun zu einem gewaltigen Strome zusammenfließenden Organisationen können sich aufrichtig beglückwünschen, daß das unterfreudliche Kapitel der Doppelorganisation gleichgesinnter Brüder als geschlossen betrachtet werden kann, und Aufgabe aller Mitglieder muß es nun sein, daß hinter uns Biegende zu vergehen und ehrlich und offen und gestalt auf gegenseitiges Vertrauen zusammenzuarbeiten für das gemeinsame Ziel. In diesem Sinne heißen wir unsere neuen Mitglieder, die eigentlich alte Kämpfer gewesen sind, in unserer Bauvorstandes herzlich willkommen.

Von der „Freien Vereinigung der Baufachleute Deutschlands“ besteht in Berlin ein Ortsverein, der 200 Mitglieder zählt. Auch diese Organisation steht mit dem Verbande in Einigungsgesprächen, die aber bis zur Zeit noch nicht abgeschlossen sind. Aus der Sektion der Gläsern und Gementenbranche unseres Verbandes schied ein Teil der Betonarbeiter aus, weil sie sich von „der Lraft befreien wollten“, die statutären Beiträge während des Streits zu bezahlen. Sie gründeten eine lokale Organisation, die 50–60 Mitglieder zählt und sich der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ anschloß.

Der „Centralverband christlicher Bauhandwerker“ hat im Bereich unserer Bauvorstandes 1547 Mitglieder, und zwar im Posener Gebiet in 11 Vereinen 924 (im Vorjahr 882) und in Berlin und in 2 Vereinen der Provinz 623 (1906 691) Mitglieder. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß diese Zahlen der ersten Halbjahrsabrechnung dieses Verbandes entnommen sind (siehe Nr. 41 der „Baugewerkschaft“), die vielleicht im zweiten Halbjahr noch einige Änderungen erfahren dürfen.

Der „Kirch-Denk-Deutsche Gewerbeverein“ hat in der Stadt Posen nach seiner eigenen Angabe 120 Mitglieder. Damit sind die Organisationen, die den Streit als Kampfmittel nicht prinzipiell verwerfen, erledigt.

Wir haben aber noch eine weitere, und zwar recht bunte Reihe von Verbündeten, die sogar in diesem Jahre noch eine Vereidigung erfuhr. Da ist zunächst der Verein der Berliner Auffordmauerer. Der „Reichsbote“ in Berlin berichtete am 15. Mai 1907 folgendes:

Der Vorsitzende des Gewerkschaftlichen Vereins der Maurer Berlins schreibt uns:

„Die am 15. d. M. laufende Mitgliederversammlung des Gewerkschaftlichen Vereins der Maurer Berlins und Umgegend nahm folgende Resolution an: Die Versammlung nimmt Kenntnis vom Verlust der Baugewerksmeister und spricht ihr Bewerben darüber aus, daß die Auffordmauerer von der Aussperrung betroffen werden sollen, da die Herren Meister somit bei ihren Streitigkeiten mit den Lohnmauerern doch immer zu den Auffordmauerern stehen, um ihre Bauten fertigzustellen. Die Herren Baugewerksmeister irren sich, wenn sie glauben, daß ohne den Centralverband der Maurer die Bauten liegenbleiben, denn der größte Teil der Mitglieder sind nur Münzäusser, welche jeden Tag bereit sind, in Aufford zu arbeiten, da sie über die Aussperrung ihrer Führer schon sehr laut murrten; ferner sind in Berlin etwa 3000 Auffordmauerer. Die in christlichen Verein organisierten Maurer und noch einige kleine Organisationen sowie die Massen unorganisierten Maurer genügen für die jetzige Baupunktion vollständig, die Bauten in Berlin fertigzustellen. Der Gewerkschaftliche Verein der Maurer Berlins hält die Ausführung des Baumeisters Hauer zur Begründung der Aussperrung für unzutreffend und erklärt in derselben nur einen Gewaltakt der Baugewerksmeister.“

Dieser Verein hat sich somit dem Verbande der Baugewerke zu Arbeitswilligen an, und lechterer ließ sich auch erweichen und trat mit ersterem in Verhandlung, die, wie bekannt, zum Abschluß eines Auffordartrages führten. Sie wurden während des Streits und auch noch nach demselben in jeder Weise protegiert. Außerdem schenkt aber einigen dieser Maurer ihre Rolle nicht mehr zu beklagen. Sie meinen, daß die gemachten Versprechungen nicht erfüllt worden wären und daß sie in ihren Erwartungen bitter getäuscht worden seien. Nun, daß ist vor ihnen schon anderer „brauen“ Arbeitern ergangen. Ob sie in Zukunft den Willen und die moralische Kraft besitzen, andere Wege zu wandeln, muß abgewartet werden; in ihrem und im allgemeinen Interesse wäre es dringend zu wünschen. Der Verein zählt zur Zeit zwischen 6–700 Mitgliedern, von denen aber jetzt nur die Hälfte in Aufford arbeitet. In Charlottenburg, Pankow, Niedorf und Wittenberg sollen noch kleine Klubs bestehen. Der Club in Charlottenburg erfuhr unlängst den Verband der Baugewerke, als Vertragsträgerin anerkannt zu werden. Es ist ihm geraten worden, dem Berliner Verein beizutreten; das will der 28 Mitglieder zählende Verein aber nicht, weil er seine Selbstständigkeit und seine M. 33 große Volksalaffe nicht aufgeben möchte. Der Berliner Verein erhielt ein Entschuldigungsgeld von M. 2 und einen monatlichen Beitrag von 50 Pf. und befiehlt einen Kostenbestand von M. 700. Außerdem ist die Krankenunterstützung eingeführt worden; er will von der vier bis zur zehnten Krankenwoche eine Unterstützung von M. 4 pro Woche zahlen. Dann kommt die katholische „Fachakademie“, die in Berlin etwa 50 und in Schneidemühl 7 oder 8 Maurer als Mitglieder besitzt.

Die folgt die sogenannte „gelbe Organisation“ unter Leitung des Eugenios Lubius und mit dem Hochchor „Der Bund“. Diese wurde während des Streits gegründet und begann ihre Tätigkeit mit recht großem Getöse; sie ist aber jetzt recht merlich still geworden. Die Mitgliederzahl wird ein Bauernschoß nicht weit übersteigen.

Die im Bürgergewerbe bestehenden Sonderverbündete, der Verein der Hartlosen und die „Blauen“, die erstere zählte im vorigen Jahre 250 und der letztere 100 Mitglieder, dürfen durch die Protektion, deren sie sich während des Kampfes als Arbeitswillige erfreuten, um ein Geringes zu genommen haben. Der „Balzlandische“ Arbeiterbund hat auch 50 Maurer unter seinen Mitgliedern.

In Cottbus gehörten dem Meisterverein ungefähr 100 Maurer an. Ein gleiches Gebäude entwickelt sich in Forst, es führt den Namen „Altes Gewerbe“ und ist mehr eine Unterhaltungsstätte. Ursprünglich von den Meistern gegründet zu dem Zwecke des Unternehmerschutzes gegen die Bestrebungen des Verbandes, entwickelt sich doch nicht recht nach dieser Seite. Im Sorau besteht immer noch neben dem Zweigverein unseres Verbandes der alte jüdische Gesellenverein, dem 40 alte Maurer und Poliere angehören. Ein gleiches Gebäude wie in Cottbus und Forst wurde in Schrimm im Anschluß an eine Bahnbewegung errichtet, das aber kaum noch leben

dürfte. Der Posener Gewerkschaftsverband, der in Posen als Streikbrecherorganisation während der Aussperrung 1905 errichtet wurde, hat das Zeiliche gespielt. Dieser Verband hat noch in Schröda und Mittelei zusammen einige 20 Mitglieder. Damit dürften wir diese Mutterkarte schließen.

Der Verlauf der Entwicklung im ganzen Bau stand wesentlich unter dem Einfluß des Berliner Kampfes. Bei der engen Interessengemeinschaft zwischen den Mitgliedern in der Provinz und in Berlin ist dies auch leicht einzusehen.

Bei der engen Interessengemeinschaft zwischen den Mitgliedern in der Provinz und in Berlin ist dies auch leicht einzusehen.

Aus weit über 100 Zweigvereinen des Bauarbeiter-Mitgliederverbandes im ganzen Jahr über zeitweise im Sommer in Berliner Bahngebiet. Diese Zweigvereine ist es bei der Durchführung ihrer geplanten Bahnbewegungen von großer Bedeutung, ob ein Teil der Mitglieder im Berliner Club seine gedobte Beschäftigung finden kann oder infolge Aussperrungen und Streiks gezwungen ist, den alten Arbeitsplatz zu meiden und in dieser Zeit in der Heimat Beschäftigung zu suchen. Das Angebot von Arbeitsstellen ist naturgemäß in der Provinz dann stärker und bei den Unternehmern wächst damit auch die Neigung, den geplanten Forderungen größeren Widerstand entgegenzusetzen.

Dieser Umstand machte sich schon bei den Verhandlungen bemerkbar. Während die Unternehmer in den früheren Jahren darauf drängten, daß die Verhandlungen möglichst schon in den Wintermonaten abgeschlossen würden, bemühten sie sich in diesen Jahren, die Verhandlungen hinauszuschieben. Man wollte erst den Verlauf der Berliner Bewegung abwarten. Auf die Berliner Bewegung selbst gehen wir nicht ein.

Es ist nicht möglich, diese Bewegung erischäftigend in dem uns für den Bericht zur Aussperrung stehenden Raum zu behandeln. Die Zweigvereinsleitung in Berlin beschäftigt weiter, in nächster Zeit eine Brochüre herauszugeben, in der der Stand im Berliner Baugewerbe ausführlich geschildert wird.

Forderungen wurden in 78 Vereinen mit 82 Lohnbezügen eingereicht. Verhandlungen über die aufgestellten Forderungen fanden in 80 Bezirken statt, die in 59 Fällen mit Vertretern der Organisation in einem Haufe direkt zwischen den Parteien geführt wurden. In 54 Vereinen, gleich 228 p.31, kam es zu einer Verständigung. Hierbei wurden 33 Arbeitsverträge abgeschlossen; in 21 Vereinen wurden mündliche Vereinbarungen getroffen. Durch Streiks wurden 16, gleich 20,51 p.31, und durch Zurückziehung der Forderung 8, gleich 10,26 p.31, erledigt. Von den 11 Angriffsstreits, 3 Aussperrungen, 1 Aussperrung mit Angriffstreit und 2 partiellen Streiks endeten 7 mit vollem, 7 mit teilweisen und 2 ohne Erfolg. Arbeitsverträge wurden 10 abgeschlossen. Von den 78 Bewegungen hatten somit 58 gleich 87,18 p.31, mit ganzen oder teilweise Erfolg geendet. Hierzu dann noch 33 Angriffs- und Abwehrsperrern, von denen 20, gleich 60,60 p.31, mit Erfolg und 13, gleich 39,40 p.31, ohne Erfolg verliehen. In Mitteldeutschland gegenwärtig wurden unsere Mitglieder in 10 Fällen und zwar durch Bauarbeiterstreit 7 mal, durch Streiks und Aussperrungen des Fabrikarbeiter- und des Holzarbeiterverbandes je einmal und die Sektion der Gläsern und Gementenbranche anlässlich des Berliner Kampfes. Weiter war es möglich, bei 64 Landunternehmern in 23 Bezirken die Löhne zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verkürzen. Es ist dies wieder ein Schritt vorwärts zu den von der Baukonferenz aufgestellten Zielen, für die jedoch Zweigvereine zugeteilte Bahngebiete gleiche Löhne bei einheitlicher Arbeitszeit durchzuführen. In 29 Bezirken sind dann noch, ohne offizielle Verordnungen zu stellen, Lohnaufbesserungen und Verkürzungen der Arbeitszeit zu verzeichnen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß sich in solchen Bezirken die Kollegen dort, die in diesen Bezirken mit der Zeit der Einführung der besser gestellten Nachbarbezirke geltend machen. Auch der Umstand, daß in diesem Jahr viele sonst in Aufford beschäftigte Maurer in der Heimat bleiben müssen und darf von den Unternehmen einige Pfennige an Lohn mehr erhalten, hat zu der freiwilligen Erhöhung beigetragen. Insgesamt erreichte sich die Lohnbemühung auf 2954 Kollegen, ihr Erfolg war außer auf verschiedenen Verbeserungen für 9703 Kollegen eine durchschnittliche Lohnherhöhung von 3,96 % pro Stunde.

Die nicht unbedeutende Zahl von Lohnbewegungen führt ganz von selbst dazu, daß ein großer Teil der Agitationen a. a. v. hierbei mit erledigt werden muß. Die Möglichkeit zur Bearbeitung von „Neuland“ ist außer im Bezirk Posen im übrigen Bau nicht vorhanden. Wo es sich noch um organisationslose Handarbeiter handelt, haben schon früher einmal Organisationen bestanden; leider waren die Kollegen dort auch in diesem Jahre nicht zu bewegen, wieder mit Hand ans Werk zu legen. Der Bauvorstand richtete deshalb seine Tätigkeit darauf, den Aufbau der vorhandenen Organisationen zu fördern. Im März wurden alle Vorstände in einem Rundschreiben einheitliche Leistungsübermittel, wonach bei der Flugblattverbreitung im Frühjahr und bei der damit verbundenen Hausaktion zur Gewinnung neuer Mitglieder gearbeitet werden sollte. Das Flugblatt des Hauptvorstandes kam in 4200 Exemplaren zur Verbreitung. Für die politisch interessierenden Kollegen im Bezirk Posen ist außerdem ein Flugblatt in volkstümlicher Sprache in mehreren tausend Exemplaren ausgegeben worden. Die dann später über die Durchführung und den Erfolg dieser Agitation aufgenommene Statistik ergab, daß im allgemeinen gut gearbeitet worden war. Den noch vorhandenen Mängeln in der Zukunft abzuhelfen, muß Aufgabe der nächsten Konferenz sein. Anschließend daran wurden die 25 Lohnbezirke, in denen der Stundenlohn noch unter 85 % betrug, sowie die 20 Bezirke, in denen am Anfang des Jahres noch eine Arbeitszeit über 10 Stunden bestand, schriftlich und mündlich bearbeitet, um die Kollegen zu veranlassen, die Beschlüsse der neunten Konferenz durchzuführen. In denselben Bezirken wurden auch wieder die Bezirke, wo noch bei den Landunternehmern eine längere Arbeitszeit und niedrigere Löhne üblich sind als im Vorort des Zweigvereins angeregt, in geeigneter Weise diese Zustände zu beseitigen. Durch Bauten- und Geschäftsbesprechungen war es möglich, auch hier Verbesserungen zu erreichen, auf die schon hingewiesen worden ist. Im Juli fanden sieben Bezirksskonferenzen statt, um den Vorständen nochmals die Gründe zu unterbreiten, die zur Ausschreibung des Extrabeitrages führen. Die Mehrheit der Delegierten, die gleichzeitig auch die übergroße Mehrheit der Mitglieder des Gaus repräsentieren, verpflichtete, vorstehende Durchführung der Beschlüsse einzutreten. Eine Anzahl Vereinbarungen, die sich aus diesem Grunde nötig machen, haben wesentlich zur Klärung beigetragen. Zur Belebung der Baukonferation wurden 85 Versammlungen mit dem einheitlichen Thema: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart“ abgehalten. Der

Bund war die Mitglieder von der veränderten Situation im Wirtschaftsleben zu informieren und ihnen Ratschläge zu geben, wie den damit sehr leicht verbundenen Mitgliederverlust entsgegen gearbeitet werden muß. Bei dieser Agitation ist besonderes Gewicht darauf gelegt worden, gerade die Vereine zur Abschaltung von Agitationsversammlungen zu dringen, die nach Ansicht des Bauvorstandes in dieser Beziehung nicht immer das Nötige leisten.

Außerdem wurden den Vorständen gleichzeitig mit den Quartalsberichten Rundschreiben überwandt, die in zweckentsprechender Weise Anregungen zur Agitation und Organisation geben sollten. Dabei muß konstatiert werden, daß wir in einer Frage trocken Reden und Schreiben nicht vorwärts kommen. Nämlich in der Agitation zur Einführung der Haushaltierung. Dieser Frage legen leider die meisten Vorstände zu wenig Bedeutung bei, obwohl es gerade jetzt in der Zeit der schlechten Konjunktur doppelt notwendig wäre, eine gut ausgebaute Haushaltung zu haben. Die Vereins- und Verbandsveranstaltungen gestalteten sich wie folgt: Mitgliederversammlungen wurden 2224 und öffentliche Versammlungen 152 abgehalten. Vorstandssitzungen fanden 1298 statt. Kassenvereinheiten durch den Zweigvereinsvorstand wurden 969, durch die Revisorien 1014 vorgenommen. Seitens des Bauvorstandes wurden zu Agitationsversammlungen und Versprechungen 470 mal Kollegen als Referenten entzweit. Weiter waren Vertreter des Bauvorstandes bei Bahnbewegungen und zu ihren Beratungen und Versammlungen 301 mal bei statifischen Aufnahmen 18 mal zur Herstellung von Verbindung 17 mal und zu Vertragsverhandlungen 65 mal tätig.

Nachdem in den letzten Jahren eine Besserung im Kostenwesen konstatiert werden konnte, scheinen die Revisoren in einer Reihe von Zweigvereinen ihre Tätigkeit nicht mehr mit dem genügenden Pflichtbewußtsein ausübt zu haben. Bei der Herbstagitation wurde vor jeder Versammlung eine Sitzung mit der örtlichen Verwaltung abgehalten, um den vorhandenen Mängeln in der Buchführung abzuhelfen und eine gründliche Revision vorzunehmen. Trotzdem wurden uns kurz nachher Unterstellungen aus Vereinen gemeldet, wo die Käufe noch vorher in Ordnung befunden worden war.

Seit vier Jahren machen wir Erfahrungen über Bibliotheken in den Zweigvereinsorten. Wenn auch unsere Kollegen dieser Sache bisher ziemlich reserviert gegenüberstanden, so ist in diesem Jahre doch eine Besserung festzustellen. Es sind wiederholte Ratsschläge zu zweckmäßiger Einrichtung kleiner Bibliotheken eingeholt und auch praktische Neuanordnungen gemacht worden. In den größeren Städten des Gaus geht man immer mehr dazu über, die vereinzelt kleinen Bibliotheken der Gewerkschaften zu Kartell- oder Arbeiterbibliotheken zu vereinigen. Dadurch ist unseren Kollegen jetzt die Möglichkeit geboten, in 21 Städten gemeinsame Bibliotheken mit 300 und mehr Bänden benutzen zu können, während 1904 nur neun solcher Einrichtungen im Gau vorhanden waren. Auch die Zahl der Vereine, die selbst kleinere Bibliotheken haben, ist im letzten Jahr von 52 auf 57 gestiegen, ebenso die Zahl der Bände von 2400 auf 2825. Hierbei kann noch ganz bedeutend nachgeholt werden.

Wie in den vorigen Jahren hatte der Bauvorstand auch diesmal einige statistische Arbeiten auszuführen resp. daran mitzuwirken. Es waren das: 1. Statistiken über Lohn- und Streikbewegung und deren Erfolge im Jahre 1907. 2. Statistik über Lohn und Arbeitszeit, Zahl der Gesellen und Lehrlinge bei allen in Bau wohnenden Unternehmern, einschließlich der Landunternehmer, geordnet nach Lohnbezirken und Namen der Unternehmer. 3. Einigen Fragebogen betreffend: a) die Frühjahrsausbildung und die Flugblattverbreitung; b) die Meister. 4. Bier Quartalsberichte nebst Jahresgeschäftsbericht über Mitgliederzahlen, Mitgliederbewegung, Beitragszahlung und Beitragsklassierung, sowie mit allgemeinen Fragen, die die Bewegung des vergangenen Jahres betreffen.

Wem es auch der häufige Wechsel in der Leitung der Zweigvereine mit sich bringt, daß einige Vorstände wiederholte Ratsschläge ausüben müssen, die gewünschten Antworten präziser zu erledigen, so ist das in den Jahren gewonnene Material doch so wertvoll geworden, daß wir diese Hilfsmittel nicht entbehren können. Anderseits ist auch der Umstand, daß die Vorstände bei der Beantwortung der Fragen genötigt werden, sich eingehender mit der Materie zu befassen, für sie selbst äußerst wertvoll. Sie sehen die Mängel in ihren Bezirk klar vor sich und können mit einigermaßen gutem Willen beständig eingreifen.

Am 31. Januar 1907 richtete das Reichsversicherungsamt an die Vorstände der Baugewerks-Berufsgenossenschaften zu fordern. In einem Rundschreiben in dem auf die Notwendigkeit einer verstärkten Bautenkontrolle hingewiesen und ankündigt wurde, in Zukunft Extrarevisionen seitens der technischen Beamten des Amtes anzuordnen. Dies Rundschreiben hat den ganzen Bauherrn-Fach einfach. In einem Circular vom April 1907 sucht er nachzuweisen, daß diese Maßnahme überflüssig sei. Gleichzeitig benötigt er dabei die Gelegenheit, um gegen die Forderung nach Beteiligung des Arbeiters an der Bautenkontrolle von neuem scharr zu machen. Es heißt in dem Circular: „Warum die Baugewerks-Berufsgenossenschaften Arbeiters als Bautenkontrolle nun einmal nicht wollen, daß haben sie im Laufe der Jahre hundertfach nachgewiesen.“ Der hauptfächliche Grund besteht darin, daß sie von der Übertragung der Bautenkontrolle oder eines Teiles derselben an die Arbeiter mit Nicht- oder wenig Gewinn rechnen. Anderseits ist auch der Umstand, daß die Vorstände bei der Beantwortung der Fragen genötigt werden, sich eingehender mit der Materie zu befassen, für sie selbst äußerst wertvoll. Sie sehen die Mängel in ihren Bezirk klar vor sich und können mit einigermaßen gutem Willen beständig eingreifen.

Am 31. Januar 1907 richtete das Reichsversicherungsamt an die Vorstände der Baugewerks-Berufsgenossenschaften zu fordern. In einem Rundschreiben in dem auf die Notwendigkeit einer verstärkten Bautenkontrolle hingewiesen und ankündigt wurde, in Zukunft Extrarevisionen seitens der technischen Beamten des Amtes anzuordnen. Dies Rundschreiben hat den ganzen Bauherrn-Fach einfach. In einem Circular vom April 1907 sucht er nachzuweisen, daß diese Maßnahme überflüssig sei. Gleichzeitig benötigt er dabei die Gelegenheit, um gegen die Forderung nach Beteiligung des Arbeiters an der Bautenkontrolle von neuem scharr zu machen. Es heißt in dem Circular: „Warum die Baugewerks-Berufsgenossenschaften Arbeiters als Bautenkontrolle nun einmal nicht wollen, daß haben sie im Laufe der Jahre hundertfach nachgewiesen.“ Der hauptfächliche Grund besteht darin, daß sie von der Übertragung der Bautenkontrolle oder eines Teiles derselben an die Arbeiter mit Nicht- oder wenig Gewinn rechnen. Anderseits ist auch der Umstand, daß die Vorstände bei der Beantwortung der Fragen genötigt werden, sich eingehender mit der Materie zu befassen, für sie selbst äußerst wertvoll. Sie sehen die Mängel in ihren Bezirk klar vor sich und können mit einigermaßen gutem Willen beständig eingreifen. Der hauptfächliche Grund besteht darin, daß sie von der Übertragung der Bautenkontrolle oder eines Teiles derselben an die Arbeiter mit Nicht- oder wenig Gewinn rechnen. Anderseits ist auch der Umstand, daß die Vorstände bei der Beantwortung der Fragen genötigt werden, sich eingehender mit der Materie zu befassen, für sie selbst äußerst wertvoll. Sie sehen die Mängel in ihren Bezirk klar vor sich und können mit einigermaßen gutem Willen beständig eingreifen.

Der „Munderlas“ des preußischen Staatsministeriums vom 17. Juli 1907 an die Regierungspräsidenten: „Erweiterte Grundlage für Polizeiverordnungen, betreffend Arbeiterschutz für Bauten“ scheint den Behörden in unserem Gau wenig zu impunieren. Aus 21 Bezirken wurde uns gemeldet, daß die Behörden keinerlei Kontrollen auf Bauten ausüben. Vorstände sind Rüstungsbau sowie in sanitärer Hinsicht sind dort aber besonders stark vorhanden. Die Kollegen in Cöpenick und Spandau haben diesbezügliche Anträge an den Magistrat und die Polizeibehörden gestellt; Antworten sind darauf nicht gegeben, ebenso wenig ist etwas unternommen worden, daß geeignet wäre, dem alten Schlesian

abzuheben. In Frankfurt a. d. O., Wittenberge und einigen anderen Orten waren unsere Kollegen gezwungen, zur Selbsthilfe zu greifen und die herzenden Bauten so lange zu sperren, bis bessere Rüstungen gebaut wurden. Wir können unseren Kollegen nur empfehlen, mehr als bisher darauf zu dringen, das Anträge im Sinne des Ministerialerlaßes an die örtlichen Behörden gestellt werden.

Der Gau müßte nicht preußisches Gebiet sein, wenn wir nicht auch der polizeilichen Maßnahmen gedenken wollten.

Die Lokalabteilerei steht im Bezirk Posen immer noch in der Blüte. Nur ganz wenige Orte genügen den Vorzug, von der "Freiheit des Versammlungsberechtes" Gebrauch machen zu können. Die meisten Zweigvereine müssen auf alle erdenklichen Arten ver suchen, ihre Vereinsangelegenheiten zu erledigen. In allen Fällen stehen sich die Polizeibehörden hinter die Wände, drohen mit Herausstellung der Polizeistunde und erreichend damit, daß uns die Lokale verweigert werden. In Schmiedeberg führt einen Streit. Ein Gendarman veranlaßte den Gastwirt Schwarz in Nobitz, um sein Lokal zu verweigern. Dieser echt preußische Befehl wurde prompt ausgeführt und der Streit ging verloren, weil keine Möglichkeit war, mit den Kollegen zusammenzutreffen. Der Gründungsverein Zweigvereinsvorstand und der Vertrauensmann des Gaus aus Posen wurden vor Gericht gestellt, weil sie eine Versammlung in einer Wohnung abhielten; sie mußten aber freigesprochen werden, weil nicht nachgewiesen werden konnte, daß öffentliche Angelegenheiten erörtert worden waren.

Aus Margoniet erhielt unser Vertrauensmann einen Strafbescheid über vier Wochen Gefängnis, weil er mit einigen Maurern gemeinsam Bier getrunken und sich mit den Maurern unterhalten hatte. In den weiteren beiden gerichtlichen Verfahren wurde die "Strafe" auf A. 50 Geldstrafe ermäßigt. Auschlaggebend war zur Bestrafung das politische Glaubensbekenntnis des Angeklagten. Danach wurde jede Anwendung von bekanntem Persönlichkeitsschutz strafbar sein. Gegen dieses Urteil wurde Berufung beim Kammergericht eingereicht, das die Sache wegen einiger Formfehler an die erste Instanz zurück verwies.

In Binnenseit haben sich die Kollegen seit Jahren ohne Versammlungen behelfen müssen, da ihnen kein Lokal zur Verfügung steht. Der Bürgermeister hat den Gauwirten persönlich in seinem Bureau eröffnet, wie gemeingefährlich Mauerversammlungen seien und ihnen im Falle von Zwiderhandlungen die Beschämung der Polizeistunde in Aussicht gestellt. Die Kollegen befanden aber ein Lokal im benachbarten Chorischeno. Der zur Überwachung anwohnende Distriktskommissar mit zwei Gendarmanen, ersterer in der Uniform eines Referveleutnants, verlangte die sofortige Entfernung sämtlicher Stände und Regenschirme. Als die Kollegen das Lokal abermals haben wollten, teilte ihnen der Kamm mit, daß sein Lokal nach dem Besuch durch den Distriktskommissar nicht mehr "vorschriftsmäßig" sei und, dieserhalb keine Versammlung stattfinden könne. (Siehe auch Nr. 8, Bericht von Binnenseit.) Um übrigen Teil des Gaus können wir in 20 kleinen Landstädtchen kein Lokal zu Versammlungen bekommen. Auch hier müssen die Mitglieder ihre Geschäfte recht und schlecht in den Wohnungen erledigen. Die Arbeiterschaft in Lubben verfügte durch Bontott ein Lokal zu errichten. Sie verbreitete Flugblätter und stellte Posten aus. Für diese Handlung verurteilte das Amtsgericht neben anderen Arbeitern auch zwei Maurer zu je A. 100 Geldstrafe. Gegen dieses Urteil ist selbstverständlich Berufung eingereicht. Insgeamt stehen uns im Gau in 25 Bezirken keine Lokale zur Verfügung.

Anlässlich des Kampfes im Berliner Bau gewerbe waren 41 Kollegen mit dem Staatsanwalt in Konflikt geraten. Die Anklagen lauteten wie üblich: "Vergehen gegen § 153 G.O.", "Möglichkeit", "Vorbildung", "Großer Aufzug" usw. In 8 Fällen wurden die Kollegen freigesprochen, 1 Fall endete mit einem Vergleich und in 27 Fällen erfolgte die Verurteilung. Insgeamt wurden über diese Kollegen 3 Jahre, 6 Monate, 6 Wochen und 16 Tage Gefängnis und A. 758 Geldstrafe verhängt. Außerdem erhielt die Polizeibehörde 145 Strafmäntte im Betrage von A. 8175,50.

Die Geschäfte des Gauvorstandes wurden in 11 Sitzungen erledigt. Revisionen der Gaukasse fanden 7 statt. Die Korrespondenz umfaßt zusammen 90,82 Sendungen. Der Eingang betrug 3552, der Ausgang 5440 Sendungen aller Art.

Mitgliedschaften des deutschen Arbeitgeberbundes und lokale Unternehmervereinigungen bestanden im Gau:

Im Jahre 1903 an 23 Orten mit 912 Mitgliedern	
" 1904 " 92 " 1005 "	
" 1905 " 34 " 1009 "	
" 1906 " 34 " 1001 "	
" 1907 " 32 " 988 "	

Die 32 Vereine erstreckten sich auf 39 Lohnbezirke. In 10 Vereinen blieb die Mitgliederzahl die alte, 7 Vereine nahmen an Mitgliedern zu, während 15 Vereine eine Aufnahme der Mitgliederzahlen aufweisen. Die Organisation in Wongrowitz ist neu gegründet. Binnenseit löste sich auf. Treuenbrietzen war schon 1906 ein Verein ohne Mitglieder; in diesem Jahr ist er wohl deswegen im Vergleich nicht mehr aufgeführt. Die früheren lokalen Unternehmerverbände in Kreiswalde, Hohenberg a. d. O., Meisenzig und Zielenzig haben sich in diesem Jahre dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, C. B. angegeschlossen. Die Arbeitgeber in Forst dagegen sind aus der Zentralisation ausgetreten und bilden wieder einen Unternehmerverband für sich. Insgeamt sind der Zentralisation 29 Vereine angegeschlossen; drei Vereine bilden lokale Organisationen.

Wir schließen mit der Abrechnung der Gaukasse:

Ginnahme	
Auslagen für Leitung und Überwachung von Streits	1194,25
Beiträge der Zweigvereine	5912,95
Sonstige Einnahmen:	
a) durch Silberschmidt zurück A. 984,65	
b) Binsen	652,26
Summa	A. 29587,78

	Ausgabe	M. 5710,-
Eingangener Arbeitsverdienst an andere Kollegen	" 2956,25	
Däten	4831,-	
Fahrgeld	3819,70	
Drucksachen	186,45	
Porto und Schreibmaterial	554,28	
Boribus an Vertrauensleute zur Agitation	298,50	
Bureauamt, Einrichtung, Reinigung, Licht, Heizung	924,79	
Berichtigung der Angestellten	88,-	
Zeitung und Bilder	115,78	
Revisionen und Sitzungen des Vorstandes	118,-	
Summa	M. 19576,75	

reduzierungen mußte die Arbeit eingestellt werden in Brünkenau am Bau Henriettensütte. Die Arbeitseinstellung dauerte 14 Tage und war ohne Erfolg. In Niesky wurde der Baumeister Körner zwei Tage mit Erfolg gesperrt. In Weißwasser hatte die Sperrre zunächst den Erfolg, daß der Unternehmer Hubatsch, gegen den sie gerichtet war, eine große Arbeit in den Spatzenwerken einblieb. Ein Erfolg für die Kollegen wurde nicht erzielt; es gab genügend "Arbeitswillige". Begehr umgehörigen Betragens des Polters gegen über den Gesellen wurde in Bauten die Arbeit zwei Tage mit Erfolg eingestellt. Desgleichen mit Erfolg in Neugersdorf wegen Berücksichtigung unserer Organisation durch einen böhmischen Maurer. An der Lohnbewegung waren insgesamt 3492 Kollegen beteiligt, für die wurde ein durchschnittlicher Mehrverdienst von A. 68,91 pro Jahr erzielt, das Jahr zu rund 220 Arbeitsstunden gerechnet. Die tägliche Arbeitszeit wurde für 796 Kollegen um 1 Stunde und für 882 Kollegen um eine halbe Stunde verkürzt. Von 57 Lohngebieten besteht in 29 mit 6440 Kollegen die zehnhalbjährige, in 3 Lohngebieten mit 268 Kollegen die zehnhalbjährige, und in 25 Lohngebieten mit etwa 1250 Kollegen noch immer die elfjährige Arbeitszeit.

Die Agitation wird rege betrieben durch Versammlungen, in denen über verschieden agitatorische und belebende Themen Vorträge durch den Hauptvorstand sowie durch diesen beauftragte Kollegen gehalten werden. Im Frühjahr wurde das vom Verbandsvorstand herausgegebene Flugblatt verbreitet, das auch einen guten Erfolg hatte. Im Herbst wurde ein vom Gauvorstand herausgegebenes Flugblatt in 500 Exemplaren verbreitet, ebenso ein Flugblatt in 2000 Exemplaren für Fernbahnen des Zuganges nach Berlin während der dortigen Ausstellung. Es wurden auch einige Gegenden aufgerufen, wo noch keine oder keine nennenswerte Organisation besteht; aber ohne Erfolg. Nur in Rothenburg, O.L. konnte der Anfang zu einer Organisation gemacht werden, deren Besitzer und Gedanke auch für die Zukunft gefestigt erscheint.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1906 in 29 Zweigvereinen 4279 und am Schlusse des Jahres 1907 in, ebenfalls 29, Zweigvereinen 4781, das ergibt eine Zunahme von 502 Mitgliedern. Der Zweigverein Greifswald hat sich nach einjährigen Beobachtungen wieder ausgelöst, weil die Kollegen den Wert der Organisation noch nicht erkennen wollen; sie werden aber wiederkommen.

In der Durchführung des Bauarbeiterbeschutzes fehlt es an allen Seiten. Es liegt aber auch vielfach an den Kollegen selbst; wenn die dafür bestehenden därtigen Bestimmungen von den Unternehmern nicht beachtet werden. Die Kollegen sind oft mit den herrschenden Zuständen zufrieden, indem sie nicht ein Wort des Tadels dem Unternehmer gegenüber finden. Es genügt nicht, in den Versammlungen die krasse Mißhandlung zu rügen, sondern es müssen Bautenkontrollen veranstaltet werden, die die vorhandenen Mißstände aufdecken, und damit müssen wir dann vor die Öffentlichkeit rufen. Das hilft. Mit solchen Zeigstellungen beschäftigt sich auch manchmal der Staatsanwalt, wie das in Nr. 4 des "Grundstein" mitgeteilte Beispiel aus Görlitz beweist. Die Gummahmen und Ausgaben der Gaukasse zeigt folgende Abrechnung:

	Ginnahme	M. 6189,88
Vom Vorstand an Beiträgen an Grund des Status	4579,28	
Beiträge der Zweigvereine	13-6,80	
Für Streitleitung zurück	189,35	
Un Binsen	130,-	
Summa	M. 12424,51	

	Ausgabe	M. 1900,-
Der Beamtengehalt	381,73	
entgangener Arbeitsverdienst	179,40	
Däten	1236,83	
Fahrgeld	284,65	
Miete, Reinigung und Heizung	113,82	
Drucksachen	240,98	
Porto und Schreibmaterial	21,95	
Summa	M. 6189,86	

	Abschluß	M. 12124,51
Ginnahme		6189,86
Ausgabe		6285,15
Kassenbestand		Summa... M. 5511,17

	Ginnahme	M. 1036,39
Anteil an den Beiträgen		2639,65
Zuschuß aus der Hauptkasse		343,75
Beiträge für Streitleitung zurück		366,10
Beiträge der Breitgauvereine		925,28
Summa		Summa... M. 5511,17

	Ausgabe	M. 2040,-
Gehalt		149,59
Lohnentgang		968,-
Däten		927,95
Fahrgeld		189,50
Bureauamt, Feuerung, Licht und Utensilien		75,45
Porto und Schreibmaterialien		50,-
Berichtigung für 15 Monate		72,25
Entschädigung des Kassierers		8,-
Flugblätter und Broschüren zur Agitation		6,50
Buchdruckarbeiten		Summa... M. 4475,24
Sitzungsgelder		
Summa		

	Abschluß	M. 5811,17
Ginnahme		4475,24
Ausgabe		Kassenbestand... M. 885,98

	Ausgabe	M. 2040,-
Gehalt		149,59
Lohnentgang		968,-
Däten		927,95
Fahrgeld		189,50
Bureauamt, Feuerung, Licht und Utensilien		75,45
Porto und Schreibmaterialien		50,-
Berichtigung für 15 Monate		72,25
Entschädigung des Kassierers		8,-
Flugblätter und Broschüren zur Agitation		6,50
Sitzungsgelder		Summa... M. 4475,24
Summa		

	Abschluß	M. 5811,17
Ginnahme		4475,24
Ausgabe		Kassenbestand... M. 885,98

	Ausgabe	M. 2040,-
Gehalt		149,59
Lohnentgang		968,-
Däten		927,95
Fahrgeld		189,50
Bureauamt, Feuerung, Licht und Utensilien		75,45
Porto und Schreibmaterialien		50,-
Berichtigung für 15 Monate		72,25
Entschädigung des Kassierers		8,-
Flugblätter und Broschüren zur Agitation		6,50
Sitzungsgelder		Summa... M. 4475,24
Summa		

	Abschluß	M. 5811,17
Ginnahme		4475,24
Ausgabe		Kassenbestand... M. 885,98

	Ausgabe	M. 2040,-
Gehalt		149,59
Lohnentgang		968,-
Däten		927,95
Fahrgeld		189,50
Bureauamt, Feuerung, Licht und Utensilien		75,45
Porto und Schreibmaterialien		50,-
Berichtigung für 15 Monate		72,25
Entschädigung des Kassierers		8,-
Flugblätter und Broschüren zur Agitation		6,50
Sitzungsgelder		Summa... M. 4475,24
Summa		

	Ausgabe	M. 2040,-
Gehalt		149,59
Lohnentgang		968,-
Däten		927,95
Fahrgeld		189,50
Bureauamt, Feuerung, Licht und Utensilien		75,45
Porto und Schreibmaterialien		50,-
Berichtigung für 15 Monate		72,25
Entschädigung des Kassierers		8,-
Flugblätter und Broschüren zur Agitation		6,50
Sitzungsgelder		Summa... M. 4475,24
Summa		

	Ausgabe	M. 2040,-
Gehalt		149,59
Lohnentgang		968,-
Däten		927,95
Fahrgeld		189,50
Bureauamt, Feuerung, Licht und Utensilien		75,45
Porto und Schreibmaterialien		50,-
Berichtigung für 15 Monate		72,25
Entschädigung des Kassierers		8,-
Flugblätter und Broschüren zur Agitation		6,50
Sitzungsgelder		Summa... M. 4475,24
Summa		

	Ausgabe	M. 2040,-
Gehalt		149,59
Lohnentgang		968,-
Däten		927,95
Fahrgeld		189,50
Bureauamt, Feuerung, Licht und Utensilien		75,45
Porto und Schreibmaterialien		50,-
Berichtigung für 15 Monate		72,25
Entschädigung des Kassierers		8,-
Flugblätter und Broschüren zur Agitation		6,50
Sitzungsgelder		Summa... M. 4475,24
Summa		

<table border="

schwiegen, daß der Arbeitgeberbund in Verbindung mit den Lieferanten schon seit geraumer Zeit dahin wirkte, die Spekulationsarbeiten bis auf ein Minimum eingeschränkt.

Die Organisationsverhältnisse sind im Gau unverändert geblieben. Andere Organisationen haben wir bis jetzt nicht zu verzeichnen. In Marnitz, Maxlow und Malchow, die einzigen Orte, wo wir im vorigen Jahre nicht einen dringen konnten, wurde im Frühjahr eine lebhafte Hausagitation entfaltet. Wir hatten den Erfolg, die Malchower Maurer wieder für den Verbund zu gewinnen. In den beiden anderen Orten blieb der Erfolg gänzlich aus. Auch in Gadebusch, wo wir nur eine geringe Anzahl Kollegen gewonnen hatten, wurde ver sucht, weitere Fortschritte zu machen, jedoch vergeblich. Es scheint, als wenn wir es hier mit ganz besonders beschränkten Kollegen zu tun hätten. Im Frühjahr fanden mir folgende Notiz in der Presse: Treue Arbeiter. Die Maurergesellen Franz Möller, H. Mielach, A. Lange, K. Hößner, H. Müller und Köhler sind im Bauabschnitt des Maurermeisters Böye in Gadebusch ununterbrochen seit 88 bis 43 Jahren tätig. Der meitlungenburgische Baumwoll-Bezirksvorstand verlieh ihnen Ehrenurkunden.

Hieraus ist wohl ersichtlich, daß dort noch eine geradezu hunderte Anhänger vorhanden sein muß, die uns natürlich unsere Agitation sehr erschwert. In Wismar, Rostock, Brüel, Sternberg und Teltow, wo die Mehrzahl der uns verhindernden Kollegen steht, ist trotz eifriger Agitation kein Fortschritt zu verzeichnen. Auch in Oldenburg i. S. haben die Unternehmer es verstanden, uns die Mehrzahl der Kollegen abzunehmen zu machen. In Neustadt i. H. mussten wir öfter eingreifen, um alles im Takt zu halten. Hier fehlt es, wie in so manchen anderen Orten, an umstimmigen Kollegen, die sich mit Lust und Leid unserer Sache widmen. Auch die Erhebung des Extrabeitrages brachte einige Beunruhigung mit sich und hat auch auf die Agitation etwas hemmend gewirkt. Die sich in einigen Orten regende Opposition gegen die Extrabeiträge verlummt bald durch die bessere Einsicht. Jedenfalls ist unser Gau einer derjenigen mit, wo die Führung am promptesten geleistet wurde. Eine Ausnahme macht nur Stadt i. M., wo die Kollegen aus Gr. Lübeck in der ordinärsten Weise gegen den Extrabeitrag agitieren und uns dann auch selbstverständlich mit noch einigen anderen Kollegen, bei denen sie Anklang gefunden hatten, den Rücken lehnen. Die Zahl der Zweigvereine beträgt 61. Die Zahl der Mitglieder betrug im vierten Quartal 1906 3411, im ersten Quartal 1907 3584, im zweiten Quartal 1907 3719 und im dritten Quartal 1907 3571. Die Durchschnittszahl weist mit 3571 gegen das Jahr 1906 ein Mehr von 28% auf. Der Mitgliederbestand war in 12 Zweigvereinen stabil, in 80 stieg er und in 19 ging er zurück. Am Beitragssatzmarken wurden umgesetzt im vierten Quartal 1906 38 644 oder pro Kopf 11,3, im ersten Quartal 1907 15 098 oder 4,2, im zweiten 41 848 oder 11,2 im dritten Quartal 48 222 oder pro Kopf 5,6. Das sind insgesamt 143 812 Beitragssatzmarken oder pro Mitglied 40,27. Unterschlagungen durch Hülfslässiger sind in zwei Fällen vorgetragen. Mangelhafte Buchführung war auch recht oft vorhanden. Dies ist nicht etwa auf Unkenntnis, sondern auf die Gleichgültigkeit der betreffenden Kollegen zurückzuführen. Über den Bauarbeiterkredit ist zu berichten, daß bei der Tätigkeit der Kontrolloren der Berufsgenossenschaft noch immer der alte Missstand besteht. Die Unternehmer haben in den meisten Fällen ein sehr scharfes Nachorgan. Es wird schnellstens dafür gesorgt, daß dann alles so leichtlich hergerichtet wird. Nach der Kontrolle tritt der alte Schlägerian wieder in sein Recht. In Rostock wurde ein zweiter Baukontrollor angestellt, und zwar wurde der Maurermeister Peuzow aus Stettin hierzu ausgesucht. Sonst ist alles beim alten geblieben.

Die Lohnbewegung war auch im verlorenen Jahre sehr umfangreich. Sie umfaßte insgesamt 42 Lohnbezüge mit 16,6% dazu gehörigen Orten. Darin waren 272 Unternehmern 2448 Gesellen beschäftigt. Die Bewegung war in 41 Bezirken erfolgreich. In 88 Bezirken konnte die Bewegung ohne Kampf beendet werden. Hieran waren beteiligt 209 Unternehmern mit 2113 Gesellen. Zum Streit resp. zur Ausprägung kam es in Neuland, Oldenburg i. H. und Heiligenhafen. Daran waren bei 11 Unternehmern 112 Kollegen beteiligt. Die Streiks hatten keinen Erfolg. Die durchschnittliche Lohnherhöhung, an der in 42 Bezirken 2448 Kollegen teilnahmen, beträgt pro Stunde 4,57%. Eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde täglich wurde in 10 Bezirken mit 736 beschäftigten Kollegen durchgeführt. Außerdem waren einige Spesen erforderlich, um unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen.

Der Arbeitgeberbund für Mecklenburg ist im Laufe des letzten Jahres sehr rücksichtig gewesen. Der neuangeführte Geschäftsführer ist in 108 Tagen zwecks Agitation auf Reisen gewesen. Seit Februar 1907 sollen 144 neue Mitglieder für den Bund gewonnen sein. Die Gesamtmitgliederzahl soll am 12. Dezember 1907 290 betragen haben. Darunter drohen sich nun aber eine ganze Anzahl befinden, die wohl, um den Geschäftsführer wieder loszuwerden, ihren Beitrag bezahlt haben, aber bis heute weder Eintritt noch Beitrag bezahlt haben. Außerdem befinden sich manche Unternehmer darunter, die nur selten Leute beschäftigen. Mit dieser Agitation wurde gleichzeitig bei den Unternehmern Propaganda für Schaffung einheitlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen für beide Mecklenburg betrieben. Die Wünsche der Unternehmer in den einzelnen Orten sollte durch einen Fragebogen festgestellt werden, den wir uns bereits in Nr. 41 vom vorigen Jahre näher betrachtet haben.

So gut es nun der Arbeitgeberbund mit seinen Mitgliedern gemeint hat, so wenig Verständnis scheint er hier und da gefunden zu haben. Im Protokoll des Vorstandesitzung vom 12. Dezember heißt es zu Punkt 4 der Tagesordnung "Gemeinsamer Lohntarif": Es konnten keine bestimmten Beschlüsse gefasst werden, weil einerseits die ausgeförderten Fragebögen noch nicht aus allen Städten zurückgebracht seien, andererseits, daß diese Sache nochmals in der heutigen Generalversammlung eingehend besprochen werden müsse, um die Ansichten der Mitglieder aus den einzelnen Städten kennen zu lernen. In dieser Generalversammlung wurde zunächst Bericht erstattet von der gemeinsamen Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes. Anschließend beantragte dann der Vorstand, für beide Mecklenburg nachfolgende Anträge als Ratschluß zu betrachten:

- Nach der heutigen Geschäftslage ist zu empfehlen, Lohnsätze nur für ein Jahr und nach dem vorliegenden Schema abzuschließen;
- Die jetzigen Löhne bleiben unverändert, es sollen keine Lohnabfälle gemacht werden, aber auch keine Lohn erhöhungen stattfinden.

Aus dem uns vorliegenden Protokoll ist nun keineswegs ersichtlich, ob diese Vorstandsentscheidung wirklich zur Abstimmung gebracht wurde. Eine Abstimmung ist jedoch erfolgt. Ein Abstimmungsergebnis ist nicht angegeben. In der Hauptrichtlinie hat es sich um die Frage gedreht, ob bei Abschluß von Verträgen die Organisationen anerkannt werden sollen. In dieser Linie waren es die Rostocker Unternehmer, die im Auftrage ihrer sämtlichen Mitglieder dafür eintraten, Verträge mit den Arbeitgeberorganisationen abzuschließen. Sie stellten hierzu den Antrag:

"Der Vorstand ist zu ersuchen, wenn auch nur für Rostock, mit dem Vorstand der Arbeitnehmerorganisation in Verbindung zu treten, so daß der Abschluß des Lohnvertrages zwischen Arbeitgeber und Gesellen unter Leitung und Genehmigung der beiden Hauptvorstände stattfindet und, weil der Hauptvorstand in Berlin vielleicht noch nicht so weit ist, der Vorstand unseres Verbandes an dessen Stelle tritt."

Für diesen Antrag sprachen alle Redner bis auf Herrn Biesenthal-Schwerin. Dieser Herr konstatierte, daß der Antrag Rostock sehr bedenklich sei. Bissher habe man gerade die ungefährte Tatfrage verfolgt (Abschluß der Organisationen bei Lohnvereinbarungen), und weil die event. entstehenden Folgen heute noch nicht zu übersehen seien, müsse er erneut davor warnen, diesen Antrag auf alle Städte auszudehnen. Er fand aber anscheinend recht wenig Anfang mit seinen Ausführungen, denn der Antrag Rostock wurde gegen eine Stimme angenommen. Da durch die Annahme dieses Antrages nur Rostock eine Ausnahme mache, war es erforderlich, daß nun auch die Frage auftrete, "was dann nun mit den kleinen Städten geschehen solle". Um auch diesen gerecht zu werden, wurde vom Vorstande der Credo der Vorschlag gemacht, das Wort "Rostock" zu streichen und dadurch die Gültigkeit auf alle Städte auszudehnen. Auch dieser Vorschlag wurde gegen zwei Stimmen angenommen, so daß der Antrag dann in folgender Form angenommen wurde:

"Der Vorstand unseres Arbeitgeberverbandes wird beauftragt und bevolkungsrechtlich, mit dem Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes in Berlin, bzw. mit den Zentralvorständen der Arbeitnehmerorganisationen zwecks Regelung des Tarifvertrages versuchswise in Verhandlungen einzutreten."

Soweit war die Einleitung für die im Jahre 1908 zu erwartende Bewegung bis zum Jahresende gediehen. Was sich später ereignet hat, werden wir in unserem nächsten Bericht im Zusammenhang anführen. Soviel wollen wir jedoch schon heute bemerken, daß wir uns gegen jegliche Verschlechterung, die man uns etwa aufzuzwingen versuchen sollte, energisch wehren werden.

Die Korrespondenz war ziemlich umfangreich. Es sind eingegangen: 819 Briefe, 148 Postkarten, 84 Drucksachen, 25 Päckchen, 13 Postanweisungen und 16 Telegramme. Strafporto mußten wir in 5 Fällen bezahlen. Ausgegangen sind: 833 Briefe, 282 Postkarten, 24 Telegramme, 4 Postanweisungen, 5 Päckchen und 12 Drucksachen.

Die Ausgaben und Einnahmen der Gaukasse lassen wir nachstehend folgen:

G in n a h m e.

Kassenbestand am 1. Januar 1907	M. 1140,80
Vom Verbandsvorstand erhalten:	
a) Aus Beiträgen auf Grund des Statuts	2157,20
b) Zuschuß	1822,40
c) Auslagen für Streitleitung zurück	268,30
Beiträge der Zweigvereine	744,-
Sonstige Einnahmen	17,40
Summa	M. 5649,96

A u s g a b e.

Gehalt der Beamten	M. 2085,-
Eingangener Arbeitsverdienst an Kollegen	4,80
Diäten	1588,-
Fahrtgeld	1261,80
Drucksachen	100,-
Posto und Schreibmaterial	167,53
Zuschuß an Zweigvereine zur Konferenz	30,-
Sitzungen	86,-
Berichterstattung	34,02
Sonstiges	43,44
Summa	M. 5380,59

A b s c h l u s s .

Einnahme	M. 5649,96
Ausgabe	" 5380,59
Kassenbestand	M. 269,37

Per Bank belegt M. 17,30

Revidiert und richtig befunden:

Die Revisoren: J. Farhows, J. Steen, Aug. Dressem, W. Siekmann, Kassierer. H. Mühl, Vorstand.

Berichte.

Berichte über wichtige Sammlungsbeschlüsse und sonstige Vorankündigungen sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Gau Stettin: (Konferenzbericht.) Sonnabend, den 1. und Sonntag, den 2. Februar, tagte in Stettin unsere erste Konferenz. Von 82 Vereinen waren 51 durch 52 Delegierte vertreten. Der Gauvorstand war mit dem Bezirksteuerdirektor zusammen. Der Verbandsvorstand vertrat den Kollegen Steinöhr aus Jähnitz. Als Gäste waren anwesend: Bürgermeister von Gau Lübeck; Richter Stettin, Gauleiter der Bauarbeiter; Michaelis-Stettin, Gauleiter der Zimmerer und Horn-Stettin, Parteisekretär. Die Tagesordnung umfaßte: 1. Gehalt und Kassenbericht. 2. Agitation. 3. Lohnbewegung und Anträge. In das Bureau wurden als Vor-

stehende Schlinert-Stettin und Steinöhr-Jähnitz, und als Schriftführer Michaelis-Stettin und Lehmer-Büris gewählt. Den Geschäftsbereich erhieltete Kollege Schauer-Stettin. Von seinem Bericht erwähnte wir, daß sich verschiedene Zweigvereine um den statutengemäßen Beitrag herumdrückten. So mühten die Vereine Bernsee, Königsberg, Münzen, Blatte, Polnow, Regenwalde, Schivelbein und Wolenberg statt des von ihnen gezahlten Beitrages von 30,- eigentlich 35,- zahlen. Belgard zahlt gar 30,- wo es 40,- zahlen müßte. Auch die Vereine Bergen, Garz a. R., Prengau, Schlawe, Polzin, Stargard und Trepow a. d. R. zahlen 5,- zu wenig. Wöchentliche Losloszüchtige erheben nur fünf Vereine; einen besondern Beitrag für die Kosten der Kolportage zahlen neun. Alle anderen Vereine lassen es mit dem bloßen Beitragsbetrag genug sein und wie der noch umgangen wird, ist ja eben erst angeführt worden.

Der Extrabeitrag ist trotz des anfänglichen Rücksichts gut bezahlt worden. Neben die Verwendung der Postallassengelder gab Kollege Schauer einige interessante Zahlen bekannt. Für Vergnügungen gab es im Jahre 1906 21 Vereine M. 107, 1907 27 Vereine M. 110. Für Vergnügungen wurde also fast ebenso viel ausgegeben wie für die drei legitiemten Zweidezimale zusammen. Der Gauaufseher Petersdorf erstattete den Kassenbericht. Die Diskussion über Geschäfts- und Kassenbericht gestaltete sich recht lebhaft. Es wurde von den Delegierten viel neue Anregung gegeben; es wurde mancher Wunsch laut, und wenn auch einzelne Delegierte hier und dort an der Tätigkeit des Gauvorstandes etwas auszusetzen hatten, so bewegte sich die Diskussion doch auf einer Höhe, der man es anmerkte, daß unsere Delegierten freibekreist waren, alles Kleinstliche und alle persönlichen Momenten aus der Debatte auszuscheiden, und daß sie gelernt hatten, das Wohl der Gesamtorganisation als das Höchste den eigenen, persönlichen und lokalen Wünschen vorzustellen. Eine unruhige Ausnahme hierbei machten nur die beiden Stettiner Delegierten. Diese glaubten durch ihre in den Stettiner Zweigvereinsversammlungen, leider so oft bezeichneten Schindigkeiten, den anderen Delegierten impozieren zu müssen. Iamen aber über recht häßliche Zwischenrufe und satirische Bemerkungen, verbunden mit persönlichen Angriffen, nicht hinaus. Den beiden Kollegen wurde denn auch von den "Bauern", über die sie sich so hoch erhoben dachten, eine gründliche Abfuhr zu teilen, und einer der Delegierten fand wohl den kleinen zutreffendsten Ausdruck, wenn er das Gebaren der beiden als elsthaft bezeichnete. Wegen sie beide daraus eine Lehre ziehen. Weitere Delegierte verharrten sich dagegen, daß in ihren Zweigvereinen Geld unnötig ausgegeben sei; sie seien, wenn sie ihr Postal halten wollten, gezwungen, Vergnügungen zu veranstalten, und wenn dann der Besuch schlecht sei, müsse die Postalasse in Anspruch genommen werden. Von einem anderen Delegierten wurde die anfängliche Wissensfrage über den Extrabeitrag darauf zurückgeführt, daß zu derselben Zeit, oder doch kurz vorher, die Gehälter der Beamten erhöht seien. Das sei ein tatsächlicher Fehler gewesen, zumal das Gehalt der Angestellten vor der Eröffnung politisch angemessen war, jetzt aber in keinem Verhältnis zum Maurerlohn stehe. Es wurde noch der Wunsch geäußert, der Gauvorstand möge die Zweigvereine öfter besuchen und ausführende Vorträge halten. Nachdem die Revisions die Richtigkeit der Abrechnung befunden hatten, wurde auf ihren Antrag dem Gauvorstand eine Entlastung erteilt. Über Agitation referierte Kollege Schauer. So wohl in seinen Ausführungen als auch in der folgenden angeregten Diskussion wurde die Rottwendigkeit schärferer Werbearbeit betont, die freilich durch die speziell pommerschen Verhältnisse sehr schwer ist. Von dem zum Frühjahr erscheinenden Flugblatt wird eine flache vorläufige Sprache gewünscht, die auch auf dem Lande verstanden werde. An der Diskussion beteiligten sich auch der Partei-sekretär Horn und der Kollege Silber Schmidt. Es wurde dann nach einem Schlüßwort Schauers folgende Resolution angenommen: "Die erste Gaukonferenz beauftragt den Gauvorstand im Frühjahr 1908 im Anschluß an die Flugblattverbreitung und Hausagitation in allen Orten Versammlungen anzusehen und Referenten zu bestimmen. Den Zweigvereinen wird es zur Pflicht gemacht, neben der Flugblattverbreitung die persönliche Agitation (Hausagitation) in den Vordergrund zu stellen. Ferner ist der Gauvorstand beauftragt, im Herbst 1908 und im Frühjahr und Herbst 1909 in geeigneter Weise die Agitation im großen zu fördern." Zum Punkt "Lohnbewegung" gibt Kollege Schauer einen übersichtlichen Bericht über die Lohnbewegung in den letzten zwei Jahren und besprach die von den Unternehmern betriebene Tarifpolitik, der gegenüber wir uns auf die Braunschweiger Beschläfte stützen müßten. Im Anschluß daran entpann sich eine recht angeregte Debatte, in der man manchmal Wünsche und Bedenken vorgebracht wurden. Bemerkenswert ist der Standpunkt der Mehrheit der Delegierten, daß man, für die an den Vorabenden der hohen Feststage wegfallende Arbeitszeit keinen Lohn fordern solle; man brauche keine Beschämung von den Unternehmen. Von dem Kollegen Steinöhr aus Jähnitz wurde getadelt, daß man bei dem Kämpf in Berlin die auf dem Lande wohnenden Kollegen mit der Hälfte der Berliner Unterstützung abgesetzt hat. Das sei nicht gerecht. Er beantragte eine Resolution, die die brandenburgische Gaukonferenz erfüllen soll, als Satz für die Streitunterstützung in solchen Fällen. Drei Drittel der jüngst getroffenen Unterstützung festzuhalten. Der Kollege Silber Schmidt verteidigte das genannte Vorgehen und überzeugte die Delegierten davon, daß es weder ungerecht gewesen sei, noch eine Schädigung der ländlichen Kollegen dargestellt habe. Die Resolution des Kollegen Steinöhr wurde abgelehnt; dagegen wurde eine Resolution des Gauvorstandes angenommen, die erklärt, an den Beschläften des Braunschweiger Verbandsstages in Sachen der Tarifverträge festzuhalten und den festen Willen auspricht, die heutigen Ertragsabsichten mit außerster Energie zu wahren und nach Möglichkeit weitere Verbesserungen anstreben. Dann wurden noch die Diäten festgesetzt und die Wahlzeit für die Gaukonferenz vorgenommen. Gedacht wurde als Vorsitzender W. Schauer, als Kassierer R. Petersdorf, als Schriftführer K. Metzsch und als Beisitzer E. Schlinert.

und Dr. Schäping. Revisoren sind die Kollegen Hübner und Wahle-Stettin und Matje-Uldamn. Ein Hoch auf den Verband schloß die Tagung ab.

Berlin." (Sektion der Puher.) Die Sektion hielt am 2. Februar in den "Arminballen" eine Mitgliederversammlung ab, in der der bisherige Leitung die Abrechnung vom Streit sowie die Jahresabrechnung vorlegte. Die Jahresabrechnung wies mit einem Verlust von vorigen Jahre von M 92 277,42 eine Einnahme von M 342 751,57 auf, der eine Ausgabe von M 261 827,42 gegenüberstand. Der Bestand der Sektionskasse betrugte M 309 1,15. Die Abrechnung vom Streit bilanzierte mit M 167 294,50. Von dieser Summe kamen M 118 824,50 aus Mitteln der Haupt- und M 18 470,19 aus Mitteln der Sektionskasse. Der Jahresbericht lag den Mitgliedern gedruckt vor. Die Mitgliedsverluste betragen am Schluße des Jahres 2331, darunter 49 Ehrenmitglieder und 9 Ausländer. Der gesamte Vorstand war ein lästet. Darauf hielt der Arbeitsejekretär Adolf Ritter einen Vortrag über: "Die sozialpolitischen Gesetzesvorlagen im Reichstag". Der Redner behandelte hauptsächlich die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Änderungen der Gewerbeordnung, erwähnte fälschlich auch die Vorlage zur reichsgerichtlichen Regelung des Betriebs- und Verhandlungsrechts und machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß es Preußen ist, das an der Spitze der Reaction marxiert, und daß darum auch, um den unheilvollen Einfluß Preußens auf die Reichspolitik zu brechen, die Erringung des allgemeinen, gleichen und geheimen Landtagswahlrechts unbedingt notwendig ist. Der Vortrag fand lebhafte Beifall.

— Die Sitzstelle M i x d o r f hielt am 13. Februar eine Mitgliederversammlung ab. Nachdem die Wahlen zur 10. Kantonskonferenz erledigt waren, hielt Genf Gossé einen Vortrag über Wahlrecht und Gewerkschaften. Hierauf wurden Vorläufige zur Verbandsleitung gemacht. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß der Posten des zweiten Vorsitzenden diesesmal von den unterbrechenden Lokalsträßen besetzt werde. Am 10. Februar fand die Durchberatung des Ortsstatuts in einer Vertreterversammlung statt. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß der Entwurf des neuen Statuts die Aufhebung der Lokalstrasse bedinge. In der Diskussion traten die Kollegen Stadion, Fröttwile und Littmann für Beibehaltung der Lokalstrasse ein und verlangten einen diesbezüglichen Baujus im Ortsstatut. Durch einstimmige Annahme einer Resolution trat die Versammlung ebenfalls dafür ein. Karteledelegierter Wettig machte die Kollegen auf die am 8. März stattfindenden Gewerbe-gerichtswahlen aufmerksam. Zum Schlusse ermahnte der Vorsitzende die Kollegen zum regen Verlaufnahmestreich und teilte mit, daß in nächster Zeit öffentliche Mauerversammlungen stattfinden werden.

Gasse a. d. S. Sonntag, den 2. Februar, tagte hier die Mitgliederversammlung. Die Kassierer verlasen zunächst die Quartalsabrechnung. Die Einnahme und Ausgabe für die Haushaltsperiode A 296,88; die Lokalstafte hatte eine Einnahme von A 402,98 und eine Ausgabe von A 51,53, der Kassenbestand betrug A 411,45. In der Jahresabrechnung hatte die Haushaltung eine Einnahme und Ausgabe von A 1838,10. Die Lokalstafte hatte eine Einnahme von A 680,57 und eine Ausgabe von A 209,12. Auf Antrag der Revisorin wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Zu den Vorstand wurde als erster Vorsitzender und als erster Kassierer Kollege Karl Ditter gewählt. Im "Beschiedenes" wurde ein Kollege, der durch Unfall schon längere Zeit arbeitsunfähig ist, mit A 20 unterschikt.

Chemnitz. Am 11. Februar tagte hier eine Mitgliederversammlung, die sich mit der Erhöhung der Beiträge beschäftigte. Kollege Gosef erklärte, daß wir laut Statut verpflichtet sind, einen höheren Beitrag zu zahlen, da der Durchschnittslohn im vorigen Jahre $45\frac{1}{2}$ betrug; laut Ver einbarung muß vom 1. April dieses Jahres an ein Lohn von 47 bis 50 bezahlt werden. Demgegenüber hätten wir einen Beitrag von 50 bis 55 zu zahlen. Kollege Gosef be ertragte, einen Beitrag von 55 bis einschließlich 58 Latalzufüllung ab 1. März zu erheben. Hierauf entstand sich eine rege Debatte. Mehrere Kollegen glaubten, es sei ohne Latalzufüllung auszukommen. Besonders die Kollegen Bederl und Laube traten dafür ein, ersterer stellte sogar die Verwaltung mit den Agrarern auf eine Stute und stellte den Antrag, keinen Latalzufüllung zu erheben. Der Vorschlag der Verwaltung wurde mit großer Mehrheit angenommen. Es erfolgten noch mehrere Wahlen. Dann wurden noch verschiedene Minstände in bezug auf Lohn- und Unfallversicherungsvorschriften kritisiert.

Görlitz a. Rh. Allen Kollegen hierdurch zur Mitteilung, daß in der am Sonntag, den 9. Februar, stattgefundenen Urwahl die Kollegen Alles, Kreibohm, als erster Vorsitzender und May, Böhme als erster Stellv. wieder gewählt sind. Das Zweigvereinsbüro befindet sich in Seestraße 199, 2. Et., Zimmer 14, Telefon 2319, und ist geöffnet Wochen- tagen von 11—12 und 6—10 Uhr, und Sonntags von 10—11 Uhr.

Duisburg. In Rheinhausen machte sich im vorigen Sommer ein Schüler des Reichsverbandes bemerkbar. Es war ein Herr namens Görlé, der sich mit noch einer ähnlichen Seele bemühte, hier einen „Westfälischen Verband“ zu gründen. Für diesen Görlé bestanden zwei Gründe, dem Verband abzöhl zu sein; denn er hatte sich schon einmal an Verbandsgeldern vergreift. Als ihn unser Vorstehender Ramin aufforderte, die unterschlagenen Gelder zurückzuzahlen, oder sich auf gerichtliche Abhöhung gefasst zu machen, hatte dieser Görlé noch die Dreistigkeit, den Kollegen Ramin wegen Erpressung zu denunzieren. Wirklich mochte sich Ramin dem auch einem Verbot unterziehen. Vor einiger Zeit erhielt er nun von der Staatsanwaltschaft den Bescheid, daß das Verfahren eingestellt ist. Doch noch ist ein Schluß nicht da. Ganz sicher ist es jedoch, daß der Westfälische Verband nicht mehr entstehen wird.

Erlangen. Am 2. Februar fand im Deutschen Hof die ordentliche Generalversammlung unseres Zweigvereins statt, die verhältnismäßig sehr schlecht besucht war. Nachdem erhielt der Kassierer den Quartals- und Jahresbericht. Von den Beisitzern wurde die Nichtigkeit der Buch- und Kassenführung bestätigt. Bei der dann folgenden Neuwahl der Gefangenenvorwaltung wurde als erster Vorstandender Herr Stellke fürst gewählt. Der Kassierer erhöhte sich in den

Händen des bisherigen Inhabers. Außerdem wurden noch einige unwesentliche Angelegenheiten erledigt. Besonders wurde über den mangelhaften Versammlungsbesuch geplagt.

Gelsenkirchen. Am 9. Februar fand die Generalversammlung des höchsten Zweigvereins statt. Leider mußte hier konfidiert werden, daß zwar die Gelsenkirchener und Wanneer Kollegen ziemlich stark vertreten waren, aber die Mitglieder aus den übrigen Orten hielten es nicht für notwendig, in diesen wichtigen Versammlungen zu erscheinen. Aus dem Geschäftsbüro des Kollegen Hünote für das vierte Quartal 1907 seien folgende Zahlen hervorgehoben: Eingenommen für die Hauptstraße an gezahlten Beiträgen um wurden M 5290,95; die Ausgabe betrug M 1958,51. Bestand für die Hauptstraße M 322,41. Einnahme der Poststelle M 2428,61, Ausgabe M 1854,51; Kassenbestand M 1074,10. Die Mitgliederzahl betrug am Quartalsende 823, darunter 24 Ausländer. Der Jahresbericht weist folgende Zahlen auf: Einnahme für die Hauptstraße M 18 509,35, Ausgabe M 18 17, Raffenbestand M 322,41. Einnahme der Poststelle M 7600,82, Ausgabe M 6008,16. Kassenbestand M 1632,18. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 1905 903; 1906 909, 1907 720. Alle Beiträgen wurden gezahlt: 1905 22 505, 1906 26 152, 1907 29 131. Auch in diesem Jahre haben wir keinen nennenswerten Mitgliederzuwachs. Der Grund hierfür ist wohl darin zu suchen, daß in den größeren Städten die Konjunktur schlecht stand und anderseits im Zweigverein die vielen niedrigen Strafzölle bestehen. Somit ist es kein Wunder, wenn uns häufigstlich unsere tätigsten Kollegen den Rücken kehren und Orte aufsuchen, wo zu günstigeren Arbeitsbedingungen haben. Zu verurteilen ist aber, daß diese Kollegen abreisen, ohne ihre Pflichten erfüllt zu haben. Diese haben wohl ihre üblichen Beiträge entrichtet, aber mit den Extrabeiträgen haben wir schlechte Erfahrungen gemacht. Kaum die Hälfte der Abgereisten ist diesem Besoldungsvertrag gewonnen. Auch das ordnungsmäßige Abenden scheint man sich schlecht angewöhnen zu können. So haben wir zu verzeichnen, daß 45 p.M. die Kollegen es nicht für nötig hielten, diejenigen Pflichten nachzutragen. Dach hierdurch die Arbeit des Kassierers ungemein erschwert wird, braucht wohl nicht erst ausgeprochen zu werden. Um das Bildungswesen mehr zu fördern, sind in öffentlichen Diskussionsrathen

etlichen Zahlreichen Diskutierabende eingeführt worden. Leider wurde auch diese nützliche Einladung durch die Zitterfestslogiofie vieler Kollegen zu Wasser. Dochdem der Totalbeamte angestrengte Arbeit geleistet hatte, wie aus dem Gewährtsbericht zu ersiehen war, glaubten einige Kollegen diesem ihren Dank darüber aussprechen zu müssen, daß sie sich als die schwärmsten Arbeitgeber aufstellten. Diese brachten Anträge ein, wodurch der Beamte gebunden werden sollte, seine Tätigkeit nur dem Zweigverein zu widmen; alles übrige hätte er zu unterlassen. Tiefend und mit Nacht wiesen die übrigen Kollegen diese Anträge mit Ent-
scheidung zurück. Von der Versammlung wurde dem Kollegen Hundsdörff ein Viermonatsbotum ausgesprochen. Nachdem noch mehrere Anträge erledigt waren, wurde der bisherige Zweigvereinsvorstand in seiner Gesamtheit einstimmig wieder gewählt.

Halle. In der am 4. Februar hier abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte Kollege Voigt über die Sperre des Zementfabrik Nielleben. Aus seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß die Fabrikleitungen fortwährend daran arbeiten, sich im Winter billige Arbeitskräfte anzueignen; leider müsse festgestellt werden, daß ein großer Teil Säugel an den betreffenden Kollegien sitzt liege, indem sie sich zu billigeren als am Orte üblichen Löhnen anbieten. Daß die Leitung der Zementfabrik in der Lage ist, höhere Löhne zu zahlen, beweist, daß sie einem holländischen Unternehmer die Arbeiten übertragen hat und dafür jetzt pro Stunde 75 h zahlt, während man den Arbeitern nicht 50 h geben wollte. Die Versammlung beschloß, die Sperre aufzuheben, da die tarifistischen Löhne von dem betreffenden Unternehmer geahgt werden. Der Situations- und Rätenbericht des Vorstandes erstattete Voigt. Er streifte in seinen Ausführungen die Agitation in der Umgegend, kam dann auf die Verhältnisse in Halle selbst zu sprechen, die sich derartig entwickelten, daß es zum Streit kam. Leider endete dieser nicht mit einem vollen Erfolge für uns; wir konnten aber doch zu tarifistischen Abmachungen mit den Unternehmen schließen. Das Arbeitsfeld des Vorstandes war groß: Aujer Versammlungen und Sitzungen während des Streits wurden noch 16 Mitgliederversammlungen und 24 Sitzungen abgehalten, davon 8 gemeinsam mit anderen Gewerkschaften. Die Mittelstädterbeit beträgt 1719. Der Haushalt berichtet

Mitgliederversammlung vertrat 171/19. Der Rätenbericht ergab: Geanteilnahme M. 44 661,44, Ausgabe M. 43 515,36. An die Hauptbüro wurden gesandt M. 22 831,32, Bestand am Ende II. 1046,08. Die Revisorien bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und erlaubten den Kassierer zu entlasten. Den Bibliotheksertrag gab Kollege Löbke. Daraus ist zu entnehmen, daß am 20. Januar 1907 205 Bände vorhanden waren. Angegriffen wurden 9 Bände, von drei Kollegen geschentet 6 Bände, Bestand 283 Bände; 106 Kollegen haben 474 Bände geliehen. Redner schloß seine Ausführungen mit der Ermahnung, fleißig zu lesen. Kollege Müller erstattete hierauf den Bericht der Bauarbeiterabschlußkommission. Abschließend wurde ein Antrag eingereicht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit dem Kassierer zu regeln. Begehrtes wurde, dieses Antrags in der nächsten Versammlung auf erledigt. Franz Brömmle, der als „Arbeitswütiger“ auf der Gasanstalt arbeitete, wurde ausgeschlossen. In Gedenk Weinhardt wurde geschlossen, Ermittlungen anzustellen, da auch er dieselbe Handlung begangen haben soll wie Brömmle. Ferner wurde noch der Wunsch ausgesprochen, daß die Kollegen dem Vorstand vor dem Statthalter der Wahlen zum Innungschießgedeck Mitteilung machen. Dem Vorstand wurde für seine Tätigkeit eine Entschädigung für das herangebrachte Aufwarten.

Berndorf. Der hiesige Zweigverein hielt am 8. Januar seine Generalversammlung ab; von 39 Mitgliedern waren 19 erschienen. Der erste Käffier Uszegiedt den Jahresbericht vor, der zur vollen Zufriedenheit der Kollegen ausfiel. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. In „Beschöpfungs“ wurde dem Vorsitzenden der Gewerkschaften empfohlen die weiteren Schritte zu veranlassen, daß ein Maßstab zu Ende komme. Von Kollegen Paul Blaum wurden der Vorstand und die Versammlung gebeten, die Befreiung vom Dienstbetrieb zu bewirken. Ferner wurde vom Schriftführer Bremmel in Antrag gestellt, es möchte die Bibliothek um das zwei Exemplare von Doctor Davids Buch und Antwerpertage und die Gewerkschaften erweitert werden. Den Antrag wurde ausgestimmt. Der Käffier Usz wurde beauftragt Verzeichnisse zu führen, damit die Bücher reingehend und in bestimmter Frist wieder an ihren Bestimmungsort gelangen. Ferner wurden auch noch von den Kollegen Bohmer und Wiesner je \$ 8 in die Totalzahle gespendet.

Idee. In der Versammlung am 4. Februar verlas der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal. Dadurch betrug die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse M 747,05. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von M 648,37 und eine Ausgabe von M 321,64; der Kassenbestand trug M 326,03. Alsdanach wurde es, Antwortschreiben der Unternehmer auf den von uns eingereichten Volumatrat verlesen. Mit der ablehnenden Abstimmung der Unternehmer fand sich die Mitgliedschaft nicht einverstanden erklären; sie beauftragte den Vorstand, die Unternehmer zu einer Beratung zu Mittwoch, Februar zu veranlassen. Gierau gab der Kollege Steen den Geschäftsbericht des Vorstandes für das Jahr 1907. Er führte folgendes aus: „Zu Anfang des Jahres herrschte eine weniger gute Konjunktur und es hatte allen Anschein, als wenn das Jahr 1907 uns nicht allzuviel Arbeitsgelegenheiten würde; jedoch veränderte sich im Frühjahr die Lage derartig, daß die am Orte ansässigen Kollegen die Arbeit nicht bewältigen konnten; es mußten auswärtige Firma mit herangezogen werden. Daher kommt es auch, daß in diesem Jahre 234 Kollegen in unserem Zweigverein anmeldeten resp. zweizierten. Die Arbeitsgelegenheit sollte sich deutlich gehoben, daß den ganzen Winter 1907/08 auf einer Arbeitslücke nicht die Stelle sein kann; denn von den oben angeführten 234 angemeldeten Kollegen haben sich nur 189 wieder abgemeldet. Der Rest steht hier noch in Arbeit, und allem Anschein nach wird dieses Frühjahr ein anderes Bild zeitigen. 12 regelmäßige und eine Gräberversammlung fanden statt und 16 Vorstandssitzungen wurden abgehalten, die sich größtenteils mit Vergabe der Dekret-Volumatrat beschäftigten. In drei Fällen mußte der Vorstand persönlich eingreifen. Diese betraten den Unternehmer Grenze. Ferner wurden abgehalten 7 gesellschaftliche Sitzungen mit dem Vorstand den Beamter- und Baurbeiter, davon 2 im Weisein der Grauleiter unter drei Berufe; 2 Sitzungen mit den Unternehmern im Lagerort wegen Abschluß des Volumatris; 1 Sitzung mit den Unternehmern wegen Maßregelung eines Kollegen. Das Baudelegiertenweisen werde noch viel zu viel von den Kollegen vernachlässigt; denn aus nur 45 Arbeitsstellen hätten sich 61 Delegierte gemeldet. An die wurden 3 Bogen ausgegeben und hierzu 35 wieder an den Vorstand zurückgegeben. Die Kollegen müssen mehr wie bisher bei aufsteigender Konjunktur daran denken, ihre Organisation zu stärken. Das geschieht aber nicht dadurch, daß man bloß Mitglied ist, sondern man muß auch die Versammlungen besuchen und mit beraten. Aber gerade mit Versammlungsbefund sei es in vergangenen Jahre gescheitert. In den Vorstand wurde Kollege Steen als erster vorliegenden neu- und Kollege Harders als erster Kassierer wiedergewählt. Zum Delegierten zur Baurbeiterkonferenz in Altona wurde Kollege Steen gewählt. Das Interessierungsschein eines frischen Kollegen wurde aus konstituierenden Gründen abschafft.“

Kaiserslautern. Sonntag, den 2. Februar, fand in Kaiserslautern eine Versammlung statt, die von den umliegenden Ortschaften gut besucht war. Es handelte sich um die Errichtung einer Bahnhofstelle für Kaiserslautern und Umgebung. Als Referent war der Kollege Wüst aus Kaiserslautern erschienen. Die Kollegen erklärten sich mit dem erörterten einverstanden und die Bahnhofstelle wurde genehmigt. Man schickte dann zur Wahl. In die Verwaltung wurden die Kollegen Joseph Döhrer als Vorsitzender und Gottlieb als Kassierer gewählt. Mit einem fernigen Abstimmungswort des Referenten und mit einem dreifachen Hoch soll das weitere Blühen und Gedeihen des Centralverbandes durch die Versammlung gefeiert werden. Somit ist auch für das

wünschen den Kollegen zum weiteren Ausbau der Organisation viel Glück.

Börrach. Sonnabend, 8. Februar, tagte hier eine Mitgliederversammlung, in der Gauleiter Voigt aus Straßburg referierte. Es stand auf der Tagesordnung: "Berechnung und Beurteilung eines neuen Lohnarifis, indem der alte Tarif im Dezember v. J. von den Meistern aus getilgt wurde. Auch sandten sie uns zugleich einen ausgearbeiteten neuen Lohnarif mit, der auf zwei Jahre Gültigkeit haben soll, und zwar vom 31. März 1908 bis 31. März 1910. Der Tarif wurde aber von den Mitgliedern nicht angenommen. Zu bezug auf den Lohn wollten die Meister keine Aufbesserung bewilligen und uns in den zwei Jahren mit 18,- abziehen. Die Versammlung beschloß jedoch, 54,- pro Stunde für eine Mauer zu fordern. Die Gültigkeitsdauer auf zwei Jahre verzögerten, wurde ebenfalls abgelehnt. Nachdem erwähnte unser Gauleiter die Kollegen noch, sie möchten dafür Sorge tragen, daß auch der junge Main in die Organisation hineinkomme.

Magdeburg. Die Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins tagte Donnerstag, den 19. Februar. Vor Eintritt in die Tagesordnung erläuterte die Versammlung das Budget der im vergangenen Jahre verstorbenen Kollegen. Den Geschäftsbuchhaltung für das Jahr 1907 erstattete Kollege Schleifer. Die Arbeitsgelegenheit war fast das ganze Jahr gleich, so daß ein großer Teil unserer Kollegen arbeitsmäßig Beschäftigung suchen mußte. Der Dienst dieser Kollegen ist aber dadurch gewaltig geschwächtigt worden, weil in den meisten der Orte, wo Arbeiten vorhanden waren, die Löhne niedriger standen als hier. Der Lohn am Orte wurde laut Tarif am 1. April auf 55,- im Durchschnitt pro Stunde erhöht. In verschiedenen Orten des Vertragsgebietes werden jedoch noch Löhne von 30,- bis 34,- pro Stunde geahndet. An der Maifest beteiligten sich 182 Kollegen; von diesen wurden 218 für drei Tage ausgespart. Bauprämien mußten wegen Nichtzahlung des Gehaltes zweckmäßig werden. Der Extrabeitrag hat viel Staub aufgewirbelt, da auch der Kollege Kellner noch viele Kollegen in ihrer Ansicht bestärkt, indem er als Verbandsdelegierter der Meinung war, daß der Zeitpunkt zur Erhebung von Extrabeiträgen noch nicht gekommen wäre. Zwei Baudeputierten- und zwei Generalversammlungen fanden statt, außerdem 15 Vorstandssitzungen. Die Anstellung eines zweiten Beamten wurde abgelehnt; dadurch hat die Außenarbeit sehr gelitten. Die Bureaurbeiten haben noch mehr zugenommen. Der Eingang an Poststellen betrug 348 Briefe, 121 Karten, 4 Telegramme und 188 Geldsendungen; der Ausgang war noch größer. Durch Unfall wurden im Vertragsgebiet 50 Kollegen arbeitsunfähig. Die übrigen Kollegen, die Krankenunterstützung bezogen, litten meistens an Lungenerkrankungen und Rheumatismus. Die Jahresabrechnung ist jedem Kollegen angefertigt worden. Der Bestand der Zweigvereinstafse hat sich auch im vorigen Jahr wieder um M 1000 erhöht. Außerdem ist uns das Geld, das der frühere Kollege L. Räuer in den 80er Jahren unterzogen hatte, M 670, durch das Arbeitsberichtsrat in Zürich (wo er sich jetzt befindet) wieder zugestellt worden. In der Diskussion verteidigte Kellner seinen Standpunkt, daß der Vorstand ausdrücklich befand wäre, daß in diesem Jahr die Extrabeiträge nicht notwendig seien. Jäger hat sich durch Kellner veranlaßt gefühlt, bisher nicht zu zahlen, ist aber bereit, es jetzt zu tun. Brügmann und Lange verteidigten den Standpunkt des Verbandsvorstandes; die meisten Kämpfe in unserem Gewerbe seien erst nach dem Verbandsstage gekommen. Ein Redner wünschte bessere Zentralisierung der Mittel des Zweigvereins. Schlesie erläuterte die Kassenverhältnisse in den einzelnen Jahresthlen; eine Befreiung sei eingetreten. Die Extrabeiträge seien noch nicht alle eingegangen; die säumigen Kollegen seien schriftlich zur Zahlung aufgefordert worden und die meisten davon hatten sich auch schon gemeldet. Viele erklärten, daß sie sich nicht wieder von Schreibern beeinflussen lassen wollten, um nächst im Winter als Rekanten dazutreten. Der Kartellbericht gab Ostsch. Er bedauerte, daß viele Kollegen oftmals bei den Sitzungen fehlten und die Veranstaltungen des Bildungsausstausches so schlecht besucht würden. Lange gab den Bericht der Bauarbeiterabschlußkommission und rügte, daß die Unfälle erst immer auf Umwegen bekannt werden. Viele Misstände auf Bauten beständen noch immer. Eine Petition an den Magistrat sei zurückgewiesen worden, obgleich die städtischen Bauten in Bezug auf Arbeiterschutz ebensoviel viel zu wünschen übrig ließen. In den Vorstand wurden gewählt: als Vorsitzender G. Denecke in Barleben, als Kassierer F. Hahn. Unter "Beschiedenes" teilte Lange noch mit, daß die Modelle des Dresdner Gewerkschaftsplatzes über Arbeiterschuh hier ausgestellt werden sollen und wichtige regen Besuch. Den Bericht mit unseren Lokalbeamten soll der neue Vorstand ausarbeiten.

Mainz. (Jahresbericht.) Die Baufonjunktur blieb im ganzen Zweigvereinsgebiet fast unter dem Durchschnitt der letzten Jahre. Besonders trifft dies für die Baufonjunktur in Mainz und den Vororten zu. Aber auch in den kleineren Orten mit industrieller und gewerblicher Entwicklung fehlte die unternehmungslustige Baufonjunktur, wie wir sie in den früheren guten Jahren hatten. Auf dem Lande fehlte ebenfalls das einheitliche Bild; teilweise wurde lebhaft gebaut und teilweise ruhte das Gewerbe. In den Weinbauregionen machten sich besonders die schlechten Ernten der letzten Jahre bemerkbar. Vor einigen Jahren, als die ersten und primitivsten Versuche in Mainz gemacht wurden, die Stadt in ihrer Entwicklung von dem sie einengenden und umstümmernden Festungsgürtel freizumachen, stand zu erwarten, daß mit der Entfestigung eine Belebung der Baufonjunktur sich verbinden werde. Dies ist jedoch wider Erwartung nicht eingetreten; eine gegenwärtige Entwicklung läßt sich vielmehr in den letzten Jahren feststellen. Seit der Zeit, wo das erste Baugelände vom Vertragsgebiet zur Verfügung gestellt werden konnte, ist ein baugewerblicher Aufschwung und eine Konjunkturwiederholung nicht eingetreten. Von Jahr zu Jahr sank die Zahl der beschäftigten Kollegen und erreichte im Jahr 1907 den tiefsten Stand, soweit das Zählmaterial für die heutige Beurteilung zur Verfügung steht. Unwill-

fürlich ist man geneigt, die Frage aufzuwerfen, wahr kommt das? Mögen auch im letzten Jahre die Geldschwierigkeiten bei einem weiteren langfristigen Rückgang mitgewirkt haben, so dürften doch hierin kaum die Gründe zu suchen sein. Die Baufonjunktur wäre außerdem noch erheblich schlechter gewesen, wenn nicht im Jahre 1907 mehrere öffentliche Gebäude: Justiz-, Schul- und Postgebäude, einen teilweisen Ausgleich erwartet hätten. Wie in Mainz, so blieb die Konjunktur auch in den Vororten gegen die früheren Jahre zurück. Rothheim, Gonzenheim, Nombach usw. brachten im Berichtsjahr einen recht erheblichen Ausfall. Ebenfalls sehr mäßig blieb die Baufonjunktur, wo wir in der letzten Zeit durch den Neubau der Kreisanstalt sehr gute Baujahre gehabt haben. Ebenfalls blieb in Ober- und Nieder-Jagelheim, Gais-Alsheim und Umgebung die Baufonjunktur ruhig. Hier, wo der Weinbau als der Haupterwerbszweig geltend hat, dürfte wohl in erster Linie die schlechte Weinrebe mitgewirkt haben. Dagegen war die Baufonjunktur im Oppenheim Bezirk bedeutend lebhafter. In den beiden Hauptorten Oppenheim und Nierstein herrschte im ersten Halbjahr eine erfreuliche Tätigkeit, jedoch ließ sie im zweiten Halbjahr bedeutend nach. Außerdem gut blieb das ganze Jahr Gutsaussburg und Rüsselsheim. In beiden Orten handelte es sich meist um industrielle Anlagen. Wir können unserer Meinung nach die Gesamtbaufonjunktur im Zweigvereinsgebiet dahin zusammenfassen, daß in allgemeinem der Durchschnitt nicht erreicht worden ist, und besonders staute fast überall die Konjunktur im zweiten Halbjahr ab. Ob sich im Jahre 1908 die Baufonjunktur wesentlich bessern wird, läßt sich gegenwärtig kaum übersehen. So, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen liegen, ist im Bauwesen auf ein gutes Jahr kaum zu rechnen. Bei den Lohnbewegungen gilt besonders die Berichtigung der Arbeitszeit und entsprechende Lohnherhöhung als hauptätzliche Forderung. Es wurden für 17 Tage Lohnforderungen an 57 Unternehmer mit zusammen 106 Mauern gestellt. In 8 Orten kamen Verträge mit den Unternehmern zu Stande. Lohnherhöhungen wurden erreicht für 214 Kollegen um 5,- bis 18,- pro Stunde. Zu Streits kam es in 5 Fällen mit 135 beteiligten Kollegen; sie hatten in 3 Fällen mit 72 Kollegen vollen Erfolg. Ein Fall mit 32 Kollegen hatte teilweise Erfolg, ein anderer mit 34 Kollegen blieb erfolglos. Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde täglich wurde für 114 Kollegen erzielt. Im letzten Jahr wurde in 15 Orten Haussagitation betrieben, teilweise mit recht gutem Erfolg. Es ist das beste Mittel, um mit rücksichtiger Kollegen in Verbindung zu gelangen. Es muß nur Wert darauf gelegt werden, wer zur Haussagitation bestimmt wird; bei der Auswahl der Kollegen muß sehr sorgfältig vorgegangen werden. Die Versammlungssagitation ist bisher das beste Mittel geblieben, die Kollegen für unsere Sache zu begeistern. Es sind wiederholt in Anwesenheit eines Auszugsmitgliedes Versammlungen abgehalten worden. Im Monat November fanden zehn Belegschaftsversammlungen statt mit der Tagesordnung: "Die Wirtschaftslage im Baugewerbe und die Aufgaben der Organisation". Der Besuch der Versammlungen läßt leider oftmals viel zu wünschen übrig. Die Kollegen wissen nicht immer den Wert einer guten Versammlung zu schätzen. Offiziell gelingt es der Organisation, allmählich diesen Widerstand zu überwinden. Es braucht wohl kaum besonders hervorgehoben zu werden, daß daneben auch die Agitation auf den Bauplätzen nicht vernachlässigt werden darf. Die Auszugsmitglieder nehmen insgesamt an 88 Belegschaftsversammlungen, 27 Sitzungen und 48 Repräsentationen teil. Bis jetzt sind zweimal Interessenträgertreffen gehabt worden, nämlich in den Jahren 1906/07 und 1907. Es handelt sich jedesmal um sechs solcher Träger. Weit unter Zweigverein in Frage kommt, waren die ersten Kurze besser besucht als die nachfolgenden. Dies ist an sich schon ein Rückschritt; das Gegenteil wäre sicher besser. Es kann auch von unserer Organisation konstatiert werden, wie sehr die Kollegen unter den Folgen ihres mangelhaften Schulunterrichts leiden. Anderseits aber ist durch die lange Arbeitszeit nur einzelnen Kollegen die Energie und Ausdauer gegeben, sich durchzuringen. Der schlechte Bedarf bei den zweiten Vorträgen ist hierfür der deutlichste Beweis. Und doch waren die Vorträge so recht geeignet, anregend auf die Kollegen einzutragen; die Themen paßten sich so recht dem Bedürfnis an. Der Lehrlingsfrage wurde im Berichtsjahr zum ersten Mal eine größere Aufmerksamkeit geschenkt. Die jungen Leute erhielten zu einer Zusammenkunft eine Einladung, wo ihnen in kurzen Zügen die Bedeutung des Verbands vor Augen geführt wurde. Die Zementarbeit dringt immer mehr ins Baugewerbe ein. Die Arbeiten nehmen gewaltig zu, fast in allen Orten. Auch in Mainz hat die Zementarbeit in den letzten Jahren bedeutenden Umsatz angenommen. Wir mußten uns deshalb mit der Organisierung der Zementarbeiter beschäftigen. Es fanden fünf Versammlungen statt, in denen die Grundlage zur Organisation gelegt wurde. Ein weiterer Ausbau ist jedoch notwendig, wenn durch die Organisation praktische Erfolge erzielt werden sollen. Ebenso steht es mit der Organisation der Asphaltateure. Auch hiermit ist im Berichtsjahr der Anfang gemacht worden. Auch von gerichtlichen Plädoyereien blieben wir nicht verschont. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung hatten sich sechs Kollegen zu verantworten. Es wurden verstrickt: ein Kollege anklaglich des Heideheimer Streits zu einem Tage Haft, beim Streit in Alzey ein, Kollege zu M 10 Geldstrafe und vier Kollegen zu je zwei Tagen Gefängnis. Der Mitgliederverband hatte im Berichtsjahr bei nahe 1500 erreicht, ging aber am Jahresende auf 1387 zurück. Gestorben in dem Berichtsjahr zehn Kollegen. Der Markenwert betrug am Wochenbeitragsmarkt 53,-/12, oder pro Mitglied im Jahr 38,-/Stück. Der Umsatz an Extramarke betrug 10.998,- oder pro Mitglied 8,-/Stück. Die Einnahme für die Hauptmarke betrug M 29.659,-/15. An Prozenten wurden der Zweigvereinskasse überwiesen M 5728,-/97. Mit dem Kassenbestand der Lokalkasse am Schlusse des vierten Quartals 1906 im Betrage von M 2779,-/78 betrug deren Einnahme M 14.022,-/62, die Ausgabe M 9185,-/51, es blieb somit am Schlusse des vierten Quartals 1907 ein Kassenbestand von M 4886,-/51. Der Kassenbestand der Zweigvereinskasse betrug am Schlusse des vierten Quartals 1906 M 1044,-/57, die Einnahme M 2278,-/20, zusammen M 8842,-/77. Die Ausgabe

betrug M 1943, der Kassenbestand am Schlusse des vierten Quartals 1907 M 1399,-/77.

Meißen. (Jahresbericht.) Am 2. Februar wurde in unserem Orte die Generalversammlung abgehalten. Im Frühjahr war sie jedoch in den ländlichen Bezirken recht lebhaft. Der bestehende Tarif wurde von den Unternehmern voll anerkannt, doch in den Fabriken mußte er hier und da in Erinnerung gebracht werden. In der Dampfschiffseigentumsförderung und in der Ofenfabrik auf dem Neumarkt fanden unsere Forderungen leider nicht durchgeführt werden. In unserem Vertragsgebiet haben 8 Veramtungen stattgefunden; aufserdem waren 8 Kommissionssitzungen notwendig. Am 1. Juli errichteten wir ein Bureau in der Poststraße 13, in dem sich die größeren Gewerkschaften und das Sekretariat eine Wohnung auf die Zeit von 6 Jahren mieteten. Es ist dieses eine große Erleichterung für die Verwaltung und auch für die Mitglieder, indem das Bureau sich im Mittelpunkt der Stadt befindet. Die Mitgliederzahl beträgt 526. Die Extrabeiträge sind im großen ganzen gut eingegangen, doch in den ländlichen Bezirken sind die Kollegen noch recht rückständig, aber helfen wird ihnen davon niemand. Aus der Abrechnung ist zu erkennen, daß für die Hauptkasse M 8490,-/14 eingenommen sind, dem auch dieselbe Ausgabe entgegensteht. Für die Volkskasse gingen ein M 7357,-/29, die Ausgabe betrug M 3663,-/95, demnach bleibt ein Kassenbestand für die Lokalkasse von M 3093,-/34. Hieraus zu bemerken, daß in der Einnahme der Kassenbestand von M 3057,-/50 vom 1. Januar 1906 mit enthalten ist. Nachdem die Jahresabrechnung von den Revisoren bestätigt war, schritt man zu den Neuwahlen der Verwaltungsmitglieder. Als Vertreutensmann wurde Kollege Weinert wieder gewählt. Er wurde stark gerügt, daß auf dem Bahnhof die königliche Verwaltung sich wenig um den Schuh der Arbeiter kümmert; bei einem Schachtmaster ist sogar nicht einmal ein Unterkunftsraum vorhanden, so daß die Leute gezwungen sind, ihr Mittagessen beim Bimaffeu einzunehmen. Ferner wurde lebhaft debattiert, daß sieben Kollegen von hier in Oschatz in Altordnung gemacht und gepflegt haben, weshalb hier von Oschatz aus dem Verband ausgegliedert sind. Zum Schlus erläuterte Kollege Weinert das Statut der Zentralstelle "Grundstein zur Einigkeit".

Müglitz. Sonntag, den 9. Februar, hielt der hiesige Zweigverein seine Monatsversammlung ab. Zunächst gab der Vorstand den Bericht vom letzten Quartal und den Jahresbericht bekannt. Darauf legte Kollege Sommer sein Amt als erster Vorsitzender nieder. Nach einer kleinen Debatte wurde Kollege August Netto als erster Vorsitzender, Kollege Oskar Preißler als erster Kassier gewählt. Dann wurde Kollege Peiffer als Beiratserpedient und Kollege Sommer als Delegierter zur Gaukonferenz in Görlitz gewählt. Im Anschluß an die Wahl ernährte Kollege Sommer die Kollegen, den gesamten Vorstand mehr zu unterstützen, als das bisher der Fall war. Daraufhin wurde zur Entlastung des Käffers in jeder Ortschaft ein Unterkäfferer bestimmt. Von etlichen Kollegen wurde noch das Frühjahrssbergern geringer angeregt. Dieser Antrag wurde über bis zur nächsten Versammlung verschoben.

Nordenham. Am 10. Februar tagte unsere gut besuchte Mitgliederversammlung, in der der Kartell- und Bauarbeiterabschlußbericht bekannt gegeben wurden. Zur Gaukonferenz wurde der Vorsitzende Kollege Fritz Tolle gewählt. Nach Verleihung des uns von den Unternehmern ausgesandten Vertragsinstrumentum kam es zu einer lebhaften Debatte über Afordertarbeiten, die mit 89 gegen 18 Stimmen abgelehnt wurden. Der Verfassungsentwurf wurde für die Sommermonate auf 8 Uhr festgelegt.

Notnau. Die regelmäßige Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins tagte Sonnabend, den 8. Februar. Der Vorsitzende, Kollege Heidenreich, teilte zunächst mit, daß sich der Kollege Otto Lehmann II aus Dreisig wieder angemeldet hat. Dieser Kollege hat sich beim Berliner Streit im vorigen Jahre verschiedene Sachen zu schinden kommen lassen. Die Abstimmung über die Aufnahme ergab Stimmengleichheit. Der Vorsitzende machte bekannt, daß mit Beginn des Monats März die diesjährigen Beiträge wieder erhoben werden. Die Kollegen, welche länger als drei Tage in der Woche arbeitslos sind, mögen sich, wie im vorigen Jahre, den Arbeitsstempel ins Buch eindrücken lassen durch Herrn Singer hier im Verbandslokal, widrigstenfalls dieselben den vollen Beitrag zu zahlen haben. Hierauf erfolgte die Wahl des Vorstandes. In den Vorstand wurden gewählt: Als erster Vorsitzender Kollege Heidenreich, als erster Kassier Kollege Reilecke. Als Delegierter zur Gaukonferenz wurden die Kollegen Heidenreich und Adam gewählt. Der Vorstehende gab dann noch bekannt, daß sich der Kassier Reilecke bereit erklärt hat, in seiner Wohnung, oder der Wilhelm- und Ludwigstraße, die Extrabauarbeiterunterstützung usw. auszuzahlen, und zwar des Sonnabends von 8 bis 8 Uhr nachmittags, Sonntags von 8 bis 10 Uhr vormittags. Der Kartelldelegierte, Kollege Karl Weit, gab dann noch den Bericht von der letzten Kartellsitzung, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Oranienburg. Sonntag, den 9. Februar, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die trotz der Anwesenheit eines Referenten folglich bestellt war. Bei der schlechten Baufonjunktur ist das Bauabkommen der Vorsitzenden bestimmt, daß die Baufonjunktur in den ländlichen Bezirken sehr mangelhaft ist. Die meisten Kollegen stehen auf dem Standpunkt, daß sie keine Beiträge, am allerwenigsten die Extrabauarbeiter, zu zahlen brauchen, wenn ihnen niemand die Bücher nachzieht; daher die Unterschiedlichkeit. Waren die Kollegen fleißige Leser der Arbeiterspreche, würden sie wissen, mit welcher Brutalität die Unternehmerschaft vorzugehen gedenkt. Der Kassier verfaßt die Abrechnung vom vierten Quartal. Nach dem Bericht der Revisoren wurde dem Kassier Decharge erteilt. Gegen den Bericht des Kartelldelegierten hatte niemand etwas einzubringen. Den Schnadtenhagener Kollegen wurde wegen ihres Vergehens am Streit eine Strafe erteilt. Als Delegierter zur Konferenz in Berlin wurde einstimmig der Kollege F. Raach gewählt. Hierauf hielt der Kollege Raack aus Berlin einen anderen halbstündigen Vortrag über: "Die Rechtsfähigkeit der Beauftragten", worauf er reichen Beifall erntete. Über die Kollegen in der Fabrik Kaiser & Co. entpans, sich eine längere Debatte, weil die Kollegen seit Weihnachten eine

Stunde länger und trotz Lohnreduzierung weiterarbeiten. Die Sache wurde zur weiteren Regelung dem Vorstand überwiesen.

Osterode i. Ostr. Am 19. Januar tagte unsere Generalversammlung. Kollege Blönsdorff aus Brandenburg sprach in scharfer Weise die Verhältnisse des Arbeitgeberbundes, die im vorigen Jahre im Oktober in Berlin gefasst wurden. Er wies nach, wie weit die Annahme der Unternehmer gestiegen ist, wie sie bestrebt sind, den Arbeitern in der Zeit der Arbeitslosigkeit durch bestehende, ohnebei schon schlechten Löhne noch zu verfügen. Wir müssten alle danach streben, dass der Plan der Unternehmer zu scheitern werde. Dieses könnten wir aber nur durch die Organisation erreichen. Der Vortrag, den die Kollegen dem Verein spendeten, bewies, dass sie gewillt waren, in seinem Sinne zu handeln. Nach der Neuwahl des Vorstandes wurde die gut bekannte Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die freien Gewerkschaften gefeiert.

Pinne. Am 9. Februar sollte eine Mitgliederversammlung des bietigen Zweigvereins stattfinden. Wie aber jede Versammlung seit Jahren, so wurde auch diese verzögert. Erst am 10. Februar tagte der Zweigverein beim Gauhauptmann Brüder; ohne dass das geringste vorgestanden war, wurde nicht nur Brüder, sondern auch andere Gauwirte zum Herrn Bürgermeister geladen. Die Information, die ihnen der Herr Bürgermeister gab, gewährte, wir befahlen ein Volksfest nach einer Woche im Landkreis Bremervörde. Wir flüchteten uns nach einem Dorf im Landkreis Bremervörde, Dorfeschen benannt, und hielten unter der Obhut des Herrn Distriktskommissarius aus Koskow, der in der Uniform eines Referendumsträgers erschien, eine Versammlung ab. Vor Eintreten in den Versammlungsraum ließ der Herr Distriktskommissar die Teilnehmer Stadt und Regenjahr ablegen. Wir sagten uns, um die Versammlung nicht wieder unmöglich zu machen, denn die Absicht der Auflösung wurde durch die beiden mit anwesenden Gendarmen bewiesen. Als wir wieder eine Versammlung anmeldeten, teilte uns der Volksfahrtshaber mit, dass er sein Volksfest nicht übergeben könne, weil es nicht vorrichtsmäßig sei. Der Herr Distriktskommissar hatte nämlich die Unwirtschaftsmöglichkeit an den zu engen Türen gefunden. Zum 9. Februar befahlen wir ein Volksfest bei M. Kasperski in Bremervörde. Bis zur letzten Minute sagte Kasperski zu; aber als wir die Versammlung angekündigt hatten, erhielten wir von Kasperski einen Brief, worin er seine Auflage zurückzog. Nur Nebe gestattet, gab er nur an, er habe Konkurrenzschwächen zu verhindern. Auf die Frage, wer ihm bestimmt habe, antwortete er, dass keine er nicht sagen, wir könnten uns und absehenden. Wir denken doch es wie früher der Herr Bürgermeister war. Auf diese Art werden uns hier zum Wohl der Unternehmer unsere durch Meitsch und Staatsgekte garantierten Rechte genommen. Um unserer Kollegen gerecht zu werden, wollen wir an dieser Stelle das mitteilen, was wir für unbedingt notwendig zur Verbesserung und Aufmunterung der Kollegen erachten. Die Hauptfasse hatte eine Einnahme für das Jahr 1907 von M. 561,40. Und zwar wurden eingenommen für 21 Eintrittsmarken à 50 Pf. M. 10,50, für 1342 Beitragsmarken à 35 Pf. M. 469,70, für 92 Marken für Arbeitslofe à 25 Pf. M. 23, für 91 Extrabeitragsmarken à 30 Pf. M. 28,20, zu Buchstaben aus der Haftpflege à 30. An die Hauptfasse wurden abgesandt M. 430,76 für Pauschalbegünstigung wurden gezahlt M. 30 und der Haftpflege überwiesen M. 100,64; zusammen M. 561,40. Die Haftpflege hatte eine Einnahme von M. 207,69. Sie sieht sich zusammengesetzt aus dem alten Bestand im Betrage von M. 104,05, aus dem Anteil an den Beiträgen und Eintrittsgeldern mit M. 100,64 und aus dem Erlös von verkauften Futteralnen mit M. 8,84. Ausgegeben wurden: für ein Verbundtagesspatzotol M. 1, für 45 Futterale M. 4,50, für einen Band Kartverträge M. 5, an Graubrett M. 9, für Entschädigung des Kassierers M. 12, den Revisoren M. 4, für Porto und Postfesselfeld M. 12,15, für Schreibmaterial M. 1,30, sonstige Ausgaben M. 2. Das ergibt mit dem Bestand der Haftpflege am Schlusse des Jahres von M. 156,74 die Summe von M. 207,69. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresende 42. Die Beitragszahlung läuft zu wünschen übrig; die Kollegen werden sich für die Zukunft an mehr Pünftlichkeit gehalten müssen. Die Extrabeiträge sind nur von den wenigsten Kollegen bezahlt worden; dieser Mangel erklärt sich aus der Unmöglichkeit, Versammlungen abhalten zu können. Die Fachrente, "Der Gründstein", wird von den meisten Kollegen ebenfalls nicht genugend gewidmet; das muss anders werden. Jeder Kollege muss, um auf der Höhe der Zeit zu stehen, sich durch Lesen darüber unterrichten, was ihm durch die heutige Gesellschaftsordnung vorerhalten wird, und wie zweckmäßig in Bremervörde die Rechte der Arbeiter geschützt werden. Die Extrabeiträge muss jeder Kollege nachzahlen. Im März wird eine umfassende Haushaltssitzung betrieben werden, um die Säumnisse und Lässigkeiten zu beseitigen, und da die Kollegen trotz aller Schwierigkeiten noch nicht den Mut verloren haben, hoffen wir, dass unsere Sache doch vorwärts gehen wird, trotz aller Schwierigkeiten.

Neuffingen. Sonntag, den 9. Februar, tagte die Generalversammlung des bietigen Zweigvereins, wo auch der Gauvorstand Stolle aus Stuttgart eröffneten war. Nachdem der Kassierer Göbel die Jahresabrechnung verlesen hatte, wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Gestellt wurden R. Armbruster als erster Vorstand und Gottlob Göbel als Kassierer. Als Delegierter zur Gaulonferenz in Stuttgart wurde Ludwig Armbruster gewählt. Kollege Stolle hielt einen Rückblick über das vergangene Jahr. Sein Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Noth a. S. Sonntag, den 19. Januar, tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Zunächst erstattete der Kassierer den Bericht vom vierten Quartal, worauf ihm Bechor gezeigt wurde. Als erster Vorstand wurde Karl Möller gewählt. Die Wahl des ersten Kassierers musste bis zum 2. Februar heraustragen. In der schlecht besuchten Fortsetzung der Generalversammlung am 2. Februar wurde Kollege Raab zum ersten Kassierer gewählt. Kollege Zimmermann aus Schwabach hielt einen Vortrag über: "Die geplante Aussperrung von Seiten des Unternehmertums." Er führte den Kollegen klar vor Augen, wie sie sich zu ver-

halten haben. Der Vorsitzende legte den Kollegen ans Herz, sie möchten das Gehörte beherzigen und jederzeit zahlreich in den Mitgliederversammlungen erscheinen.

Saalfeld. Sonntag, den 9. Februar, hielt der bietige Zweigverein seine Generalversammlung ab und befasste sich in der Hauptlaube mit der auf der Gaulonferenz in Erfurt eingetragenen Resolution bezüglich Einführung eines Lofszuschlags. Als den anwesenden Kollegen die Notwendigkeit desselben klarlegt worden war, beschloss die Versammlung einstimmig einen Lofszuschlag von 5 Pf. pro Woche, der mit den Beiträgen in einer Marke zu glätzen ist, zu zahlen. Dieser Lofszuschlag wird auch während der Beitragsfreien Zeit entrichtet. Eine zur gleichen Zeit vorgenommene Rückrevisions ergab, dass wir mit der Zahlung der Extrabeiträge einstimmig zustimmten. Abgesehen davon haben, wenn auch noch vereinzelt Kollegen mit diesen im Rückstand sind und sich zwei Kollegen aus diesem Grunde aus dem Verbände abmeldeten, so müssen wir ja, dass es schon von jener stämmige Zahler gab und in den weiteren Jahren auch noch geben wird; es muss jedoch Pflicht der Kollegen sein, sich planmäßig Zahler des Beitrags zu gehörenden. Nachdem den Kollegen die Notwendigkeit der politischen Organisation vor Augen geführt worden war, erklärte ein Teil der Kollegen durch Einzeichnung in eine beim Schriftführer aufgelegte Liste seinen Beitritt zum sozialdemokratischen Verein.

Sangerhausen. (Geburtsbericht.) Die Baufälligkeit war, wie auch schon 1906, im verschliefsten Jahre sehr stark. Am Neubau wurden aufgeführt: 1. Häufefabrik, 3 kleine Fabrikneubauten, 2 Stahlgebäude und mehrere Reparaturen. Die Unternehmer suchten auf Grund dessen, die ihnen mitschließen Kollegen zu mahrgeln, was ihnen nicht gelang. Der Lohn ist durch die Vont von den Unternehmern nach dem Tarif gezahlt worden. Der Zuladung nach aufzuhören ist jedoch nicht gezoagt worden, wenn er nicht verlangt wurde, was sich auch viele Kollegen stillschweigend gefallen ließen. Mit dem Bauarbeiterleistung sieht es hier nicht miserabel aus. Die Gerüste sind aus eingerahmten brauchbar, doch fehlen bei den meisten die Schutzlatte, die Schneidewerk sowie das Fanggerüst sehr oft, und das letztere vorhanden, so ist es unholzkommen. Die Bauarbeiter sind auch nicht, wie sie sein sollen. Gedient ist überhaupt keine. Fenster sind wohl darin, aber keine Scheiben. Die Löcher werden mit Brettern verstopft, und durch die Fugen peist der Wind. Wenn es regnet, wenn man nicht, wo man sich hinsetzen soll, weil es überall durchregnet. Und dann das elende Materiallager in der Bude! Ausnahmen gibt es aber auch; es gibt auch saubere Buden. Die Aborte sind so erbärmlich, dass man es gar nicht sagt, sie zu beschreiben. Erstlich ist kein Dach darauf und meistens kann man von der Straße in sie hinein sehen. Obgleich es in dem Tarif heißt: "Die Aborte müssen den militärischen Verhältnissen entsprechen", werden sie immer noch nach dem alten Schema hergestellt. In der Jahrestabelle Ober-Röblingen war die Baulosigkeit besser, vergleichend auch in Brüder a. d. Helme. Versammlungen wurden abgehalten: in Sangerhausen 11, in Ober-Röblingen 6, in Brüder 6; der Vorstand erledigte seine Arbeit in 4 Sitzungen. An Gangängen wurde zu verzögern: 80 Patente, 32 Briefe, 47 Postarten, 1 Telegramm; an Ausgängen: 4 Briefe, 63 Postarten, 1 Telegramm. An Märkten sind verkaufte 16 Eintrittsmarken à 50 Pf., 1 Eintrittsmarke à M. 1,50, 3008 Beitragsmarken à 40 Pf., 2778 à 30 Pf., 104 à 35 Pf., 130 Arbeitslosenmarken, 463 Eintrittsmarken à 40 Pf., 308 à 30 Pf. für die Haftpflege war eine Jahreseinnahme von M. 1937,70 zu verzeichnen; die Ausgabe beträgt M. 1917,70. Bestand M. 24. Die Haftpflege hatte eine Einnahme von M. 654,31 und eine Ausgabe von M. 428,87. Bestand M. 225,94. Zu der Verwaltung wurden wieder gewählt die Kollegen Fritz Blochfeld als erster Vorsitzender, Otto Maie als Kassierer.

Segeberg. Der Zweigverein hielt am 5. Februar im Hotel International eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagessitzung stand als einziger Punkt: Welche Maßnahmen sind gegenüber den verschiedenen Maßregelungen der Unternehmer zu ergreifen? Der Vorsitzende berichtigte, dass es die Unternehmer dabei nicht bedienen ließen, dass wir im vorigen Jahre die Arbeit als Belegschaft wieder aufnehmen mussten, sondern sich nun noch dadurch zu räumen versuchten, dass sie einige tüchtige und allverdächtige Leute von jeder Arbeitsgruppe ausschließen. Die Unternehmer haben einen Beifluss gesäßt, wonach einige unserer Kollegen bei hoher Konventionalstrafe wieder eingestellt werden dürfen. Mit Entlastung nahm die Versammlung diese Ausführungen entgegen. Verschiedene Redner verlangten, dass sofort energische Gegenmaßnahmen getroffen würden. Es wurde ausgeführt, dass solches Vorgehen der Unternehmer als Vertragsbruch angesehen sei und man ohne weiteres die Arbeit einstellen solle, um den Unternehmern zu zeigen, dass wir uns trotz des verlorenen Streites doch noch lange nicht mit Füßen treten lassen. Andere Redner mahnten wieder zur Bejunction und legten klar, dass sich nicht alle Unternehmer an den Maßregelungen beteiligen, sondern dass es vor allem Herr Deichmann sei, der dahinter stecke. Die Mehrheit der Versammlung vertrat die Ansicht, zu versuchen, so gut es geht, mit dem abgeschlossenen Vertrag auszukommen. Nach eingehender Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: "Die am 5. Februar tagende Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zweigverein Segeberg, hat sich mit den Maßnahmen der Unternehmer beschäftigt und sie bedauert, dass diese nach Abschluss eines Vertrages den Frieden durch Maßregelung einiger Mitglieder des Maurerverbandes — die ihnen von der leichten Lohnbewegung verhafte sind — stören. Die Versammlung vertritt die Ansicht, dass der Maurermeister Deichmann und seine Genossen ebenso wie die Arbeitnehmer rechtlich und moralisch gezwungen sind, den Vertrag zu respektieren."

Strasburg t. E. (Jahresbericht.) Das Jahr 1907 stand gewissermaßen schon unter dem Zeichen der wirtschaftlichen Krise. Im Frühjahr war sehr wenig Arbeit vorhanden, und ein großer Teil der Kollegen musste von Strasburg abreisen. Viele fanden auch Arbeit in den umliegenden Ortschaften. Im August wurde es etwas besser, es wurden mehrere große städtische Bauten in Angriff genommen und ein Teil der Abgezogenen konnte wieder zurückkehren. Trotz dieser ungünstigen Verhältnisse war es uns möglich, die Mitgliederzahl auf derselben Höhe zu erhalten, ja sogar noch etwas zu steigern. Weiter war es auch möglich, für die Straßburger Kollegen eine Lohnherhöhung zu erzielen. Im Herbst 1906 wurde der im März 1907 ablaufende Tarif gekündigt. Bis März zogen sich die Verhandlungen hin. Der Lohn wurde für 1907 auf 50 Pf. und für 1908 auf 55 Pf. festgesetzt. Dies bedeutete eine Lohnherhöhung von 3 Pf. pro Stunde für jedes Jahr. Hierüber war auch bald eine Einigung erzielt. Aber an anderen Punkten drohten die Verhandlungen zu scheitern. Die Straßburger Unternehmer waren dem Deutschen Arbeitgeberbund schon voraus; sie wollten, dass kleine Werke, "tückig" in den Vertrag hinein haben. Auch der Maßnahmevertrag, betreffend Agitation auf der Baustelle, sollte hineinkommen. Als wir aber erklärten, dass wir keinen Vertrag abschließen, der solche Bestimmungen enthalte, selbst wenn sie uns 70 Pf. Stundenlohn zahlen würden, ließen sie dann auch zuletzte diese beiden Paragraphen fallen, und der Vertrag konnte abgeschlossen werden.

In Hagen a. S. konnte die Lohnbewegung nicht ohne Streit erledigt werden. Die dortigen Unternehmer hielten es gar nicht für möglich, dass ihre bis dahin mit allem zufriedenen Maurer es fertig bringen würden, die Arbeitsstellen zu verlassen. Sie antworteten infolgedessen auf alle vorgenommenen Eingaben gar nicht. Im Juli legten dann unsere Kollegen einstimmig die Arbeit nieder. Nur einige Nichtorganisierte blieben auf den Arbeitsplätzen. 18 Wochen wurde der Kampf einstimmig geführt; nur einer von den Streikenden wurde Streikbrecher. Trotzdem musste die Arbeit; ohne dass mit den Unternehmern verhandelt wurde, wieder aufgenommen werden. Aber erfolglos war auch dieser Streit nicht; stattdessen die Maurer vor der Lohnbewegung 33 bis 35 Pf. so erhalten zu heute bis 40 Pf. Auch die Plattenleger traten in die Lohnbewegung ein. Auch hier ließen sie die Unternehmer zunächst auf nichts ein. Lehnten auch alle Verhandlungen ab. Als dann aber die Plattenleger Ernst machten und die Arbeit niedersetzen, so waren auch die Unternehmer zur Einigkeit. Nach achtzigtagigem Streit wurde ein Vertrag abgeschlossen. Im September legten die Baufällarbeiter die Arbeit nieder, worauf die Belegschaft ausgerückt wurde. Hierdurch wurden ebenfalls circa 400 Maurer in Mittelschicht gezwungen. Einige Bauarbeiter waren ebenfalls notwendig, um einige Unternehmer zur Anerkennung des Vertrages zu zwingen. Das für den Vertragsmann, sehr viel dazu zu tun war, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Aber auch auf dem Gebiete der Agitation ist tüchtig gearbeitet worden. Wohl ist die Organisation in den letzten Jahren erfreulich gewachsen, aber an ihrem Ausbau musste doch noch tüchtig gearbeitet werden. Es wurden abgehalten im ganzen 66 Versammlungen und 18 Vorstandssitzungen. Abgeprochen muss hier aber werden, dass der Versammlungsbesuch bedeutender beliebt sein muss. Wir wollen hier auch zugleich den Wunsch aussprechen, dass unsere Mitglieder auch in dieser Beziehung in der Zukunft ihre Schuldigkeit tun mögen. Die Agitation ist aber nicht ohne Erfolg gewesen. Trotz der schlechten Baufestjuntur stieg die Mitgliederzahl von 885 am Schlusse des Jahres 1906 auf 1013 am Schlusse 1907. Beider muss aber gesagt werden, dass die Zahl der rückständigen Kollegen proportional etwas größer ist als im Jahre 1906. Das Urteilchen sollen hier nicht unterschlagen werden. Jedenfalls wird aber auch hier in diesem Jahre eine Besserung eintreten müssen. Der Maurerberuf gestaltete sich folgendermaßen: Im Jahre 1906 wurden insgesamt 33 394 Beitragsmarken verkauft, im Jahre 1907 39 424. Der Haftpflegezuschlag beträgt 10 Pf. Außerdem wird in der beitragsfreien Zeit ein wöchentlicher Haftpflegebeitrag von 10 Pf. gezahlt. Von diesen Marken sind verkauft im Jahre 1906 6912 Stück, im Jahre 1907 12 200 Stück. Der Kassenbestand der Haftpflege betrug am Schlusse des Jahres 1906 M. 2814,94, am Schlusse des Jahres 1907 M. 4280,88. Das auch die Arbeit in Bureau einen größeren Umfang annahmen, ist ja bei dem Wachsen der Organisation selbstverständlich. Es zeigt sich dies schon an den ein- und ausgegangenen Postsendungen. Im Jahre 1906 gingen ein Briefe, Postkarten, Drucksachen usw. 245 Stück. Darin sind nicht enthalten die alljährlich erscheinenden Zeitungen. Ausgegangen sind zusammen 598 Sendungen. Im Jahre 1907 sind eingegangen 484 und ausgegangen 974 Sendungen.

Zu allgemeinen können wir wohl sagen: "Wir sind wieder ein Stütz vorwärts gekommen, und wenn die Arbeitsgelegenheit in diesem Jahre besser wird, was ja allem Anschein nach eintreten dürfte, so wird es in diesem Jahre auch wieder ein paar Schritte nach vorwärts gehen." Hieran mitzuholen, muss die heilige Aufgabe aller Kollegen sein.

Trebitz. Am 3. Februar tagte hier eine Mitgliederversammlung. Auf der Tagessitzung standen folgende Punkte: 1. Abredung vom vierter Quartal 1907; 2. Wahl des Zweigvereinsvorstandes; 3. Wahl eines Delegierten zur Gaulonferenz; 4. Beschiedenes. Nach Verlesung der vierten Quartalsabredung, die einstimmig genehmigt wurde, gab Kollege Bahl als Kassierer den Jahresbericht. Es wurden an Beiträgen und Eintrittsgeldern für die Haftpflege M. 755,30 vereinbart, hierzu wurden M. 183,20 an Kassenunterführung gezahlt. Die Extrabeiträge, die voll gezahlt wurden, ergaben eine Summe von M. 198,90. Es wurden somit an die Haftpflege M. 821,05 abgeführt. Die Haftpflege schließt mit einem Bestand von M. 186,25 ab. Aufgenommen wurden 12 Mitglieder. Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl des Kollegen Manthe als Vorstand und des Kollegen Bahl als Kassierer. Zum Delegierten zur Gaulonferenz wurde der Kollege Albert Schulz einstimmig gewählt. Nachdem noch sechs Kollegen zu dem am 22. Februar stattfindenden Vergnügen, das bei Herrn Schäf abgehalten werden soll, zum Vergnüfungskomitee gewählt worden waren, erfolgte Schluss der Versammlung.

Verden a. d. Aller. Der hier bestehende Vertrag der Maurer, Zimmerer und Baubarbeiter ist am 30. Dezember gekündigt worden. Die Unternehmer verlangten, dass der alte Vertrag in Anbetracht der schlechten Konjunktur noch zwei Jahre weiter laufen sollte. Das ist von uns rund abgelehnt worden. Es wird sich nun in der Zukunft darum handeln, ob unsere Kollegen part genug sind, sich eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Wir wollen ihnen eben sagen, dass sie dann in ganz anderer Weise auf dem Boden sehr mühsam, als sie es bisher waren. Die Versammlungen müssen besser be-

sucht werden und auf den Bauten muss Einigkeit und Kollegialität herrschen. Wenn sich die Kollegen darin nicht einigen, dann haben sie es sich selbst auszuschreiben, wenn die Lohnfrage nicht nach ihrem Wunsch geregelt wird.

Wernigerode. Am 9. Februar hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zu erster erschien der Vorstande der Partei vom 8. Kongress der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und erläuterte denselben auch in scharfer Weise. Hierauf eröffnete der Schriftführer den Bericht der Bauhüttenkommission. Die Unternehmer wollten unseren bisherigen Aburtafel auf zwei Jahre verlängern. Unser Gauleiter F. Koch sprach sich auch in sehr scharfer Weise gegen das Unternehmen aus. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, unsere Fordellungen aufrecht zu erhalten. Weiter wurde die flame Beleidigung der Jungfeinde an den Verfassungen gerichtet. Zu „Verchiedenes“ ersuchte der Gauleiter, rege für den Verband zu agitieren. Weiter wurde erachtet, die am 24. Februar stattfindende Verfassungslungt gut zu besuchen und die Bücher so schnell wie möglich abzugeben. Von dem M. 92 betragenden Kostenbestand des alten Kartells sollen die noch bestehenden Verbindlichkeiten gelebt, der übrigbleibende Betrag soll im Verhältnis der Mitgliederzahl an alle beteiligten Gewerkschaften verteilt werden. Nachdem der Vorstande noch zum besteren Besuch der Wahlveranstaltungen, zum Beitritt in den Wahlverein und zum Abonnement auf die „Volkstimme“ aufgefordert hatte, erfolgte Schluss der Versammlung.

Giesenleger.

Bönn. Die Sperrre über die Firma Werringtower wurde am 18. Februar mit vollem Erfolge heben. Der Tarif wurde von neuem anerkannt. Die Streitenden haben nun vollständig die Arbeit wieder aufgenommen. Während der Dauer der Sperrre ist von den Streitenden keiner abtrünnig geworden. Die von Werringtowers gehaltenen Streitbretter wurden bis auf zwei wieder abgehoben. Noch am vorangegangenen Sonntag lehnte W. Verhandlungen über die strittigen Punkte ab. Da er jedoch keinen Erfolg bekam, während die Arbeit drängte, blieb ihm fast nichts weiter übrig, er mußte sich zu Verhandlungen herbeileiten und Zugeständnisse machen. Der Arbeitsgebund für das Bauwesen, dem W. bisher nicht angehörte, benutzte die Sperrre als günstige Gelegenheit und zog ihn in seinen Bann; er wurde Mitglied.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 9. bis 15. Februar 1908 sind folgende Petitionen eingegangen: Von der bessigen Verwaltung Märsdorf (Ostholz) M. 75.

Zusätze erhielten: Wofen M. 1000, Wilmersdorf 500, Würzburg 500, Hamburg 500, Gräfenberg 300, Friedrichsberg 300, Görlitz a. M. 300, Gotha 300, Stuttgart 300, Dortmund 300, Fürstenwalde 300, Mühlendien 300, Schwerin i. Mecklenburg 300, Potsdam 300, Weissenfels 300, Chemnitz 200, Groß-Rosenberg 200, Cottbus 200, Spandau 200, Leibnitz i. d. Neumark 200, Görlitz 200, Bützow 200, Karlsruhe 200, Leipzig 200, Dresden-Schlesien 200, Eppelheim 200, Friedland 200, Duisburg 200, Neumünster 200, Wiesenburg i. d. Mark 150, Nassenheide 150, Landshut 150, Johannisthal 150, Altenstadt i. Hohenlohe 150, Hohen Neuendorf 150, Stammheim 150, Hauptsiedlung 150, Hamm i. Westf. 100, Hohenstaufen 100, Hainstadt 100, Eisenburg 100, Görlitz 100, Bresenbach i. Hessen 100, Wiedenbrück 100, Steine a. d. Aa 100, Gurgkhausen 100, Gentin 100, Hildesheim 80, Mölln i. B. 80, Lehrbergen 50, Podejuch 50, Eggersdorf 50. Summa M. 11.060.

Altona, den 15. Februar 1908.

Karl Neiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeitsschutz, Subventionen etc.

Kollegen! Unterstellt nie, von Unfällen, Bauchstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommenen auf den Bauten schulstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Budenheim. Von „mehreren Kollegen“, die aus uns unerklärlichen Gründen ihre Namen berücksichtigt, wird berichtet: Am 1. Februar ereignete sich in der Portland-Cementfabrik Budenheim ein bedauerlicher Unfall. Es waren dort bei dem Baumutternehmer Nicolaus Wagner mehrere Mauer mit dem Ausbetonieren von eisernen Trägern beschädigt, wobei plötzlich gegen 8 Uhr abends die Schulung nachgab und zwei Männer mit in die Tiefe gerissen wurden. Der Maurer kurz aus Budenheim erlitt innere Verletzungen und einige Handabschüttungen, dagegen erlitt der Maurer Bürger aus Ober Ingelheim einen Oberschenkelbruch, er mußte sofort ins St. Rochushospital nach Mainz transportiert werden. Der Unfall ist dadurch verhüllt, daß man es unterlassen hatte, ein Schwerer unter den Trägern anzubringen. Wäre ein Schwerer vorhanden gewesen, so wären die betroffenen Männer nicht 12 m tief gefallen, sondern nur höchstens 2 m.

* Das Reichsversicherungsamt hat sich selbst einen Rüffel gegeben. In Frankfurt a. M. hat die Bauarbeiterchaft seit langem über krasse Mißstände auf den Arbeitsplätzen, besonders über das Fehlen jeder Schutzausrüstung bei Abbrüchen, zu klagen, die weder durch die Berufsgenossenschaft noch durch die Polizeibehörde beseitigt wurden. Schließlich wurde eine Eingabe der Bauarbeiterkommission an das Polizeipräsidium, von diesem an das Reichsversicherungsamt weitergegeben. Nun waren die Klagen der Arbeiter gewiß vor die rechte Schmelde gekommen, wird mancher denken; aber, ach, das war in diesem Falle wieder einmal verfehlt gedacht. Nach-

reichlich halbjähriger Ermittlung war das Reichsversicherungsamt in der Lage, folgende Weisheit von sich zu geben: Die Eisenbau, sowie auch die Hessen-Nassauische Baugenossenschaftsgenossenschaft hätten eine Nachlässigkeit ihrerseits bestritten. Allerdings seien Fälle vorgekommen, daß Abbrüche den Berufsgenossenschaften gar nicht gemeldet worden sind. Nebrigens täten aber auch so die Arbeitgeber in bezug auf Bauarbeiterchutz das mögliche, trotz der damit verbundenen hohen Kosten. Außerdem sei aber zu konstatieren, daß die Arbeiter die für sie errichteten Schutzausrüstungen nicht beachtet und darum den größten Teil der Unfälle sich selbst zuschreiben würden. (Offenbar glaubt der Verfasser des Schreibens, daß die Arbeiter an lauter Bergungen den Hals brechen.) Es seien übrigens im letzten Jahre „nur“ 87 Unfälle bei Abbrüchen gemeldet worden. Außerdem sei für genügend Überwachung gesorgt, da in Frankfurt a. M. seien bis sieben Bauaufsichtsbeamte, elf städtische Kontrollen und zwei technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft in Tätigkeit seien. . . . Nach alledem glaubte die hohe Behörde sich wie folgt salvieren zu können: „Das Reichsversicherungsamt hat keinen Grund, die Berichte der Berufsgenossenschaften in Zweifel zu ziehen, und hat nach Prüfung der Sachlage nicht die Überzeugung gewinnen können, daß in Frankfurt a. M. in bezug auf den Bauarbeiterchutz, die größten Fahrlässigkeiten begangen“ werden über „unhaltbare Zustände“ bestehen.“

Diese Antwort des Reichsversicherungsamtes, datiert vom 28. Januar d. J., und ein Hohn sondergleichen auf die Frankfurter Zustände war der Bauarbeiterchutzkommission nur doch über allem Spaß: sie erzielte den Herren in dem hohen State einen Antwort, die ihnen nicht schlecht in die Glieder geschlagen sein mag. Schon am 6. Februar war ein Kommissar des Reichsversicherungsamtes, der Geheimen Regierungsbaurat Professor Hartmann-Berlin, in Frankfurt, um sich dienstlich von dem Sein oder Nichtsein der geschilderten Missstände zu überzeugen. Der Baurat wußte nun auch nicht den Weg über die Berufsgenossenschaft, sondern er ging abhalb in das Bureau der Bauarbeiterchutzkommission und ließ sich von dem Kontrollor derselben informieren und auch an einige der schlimmsten Bauten zur gemeinsamen Besichtigung führen. Das Resultat dieser Kontrolle war, daß Baurat Hartmann zugeben mußte: es bestehen die größten Fahrlässigkeiten und die Vorschriften der Berufsgenossenschaften werden von den Unternehmern nicht eingehalten. Er erklärte weiter, daß sein Bericht zu den Vertretern der Berufsgenossenschaften einen argen Stich bekommen habe. In der kurzen Zeit der Besichtigung wurden von dem Kommissar des Reichsversicherungsamtes vier Bauten notiert, worüber Anzeige erlassen werden soll. Ferner ließ sich der Kommissar über die Art der Kontrolle von unserem Kontrollor genau informieren und gab diesem die Versicherung, daß diese Informationsweise zweitlos dazu beitragen werde, die Frage des Bauarbeiterchutzes zu fördern.

Wenn es mir wohl steht: Wir wollen keineswegs an dem guten Willen des Herrn Scheinräts Hartmann zweifeln, aber das vorgängige Verhalten des Reichsversicherungsamtes und die sattigten bekannten Widerstände bei den verschiedenen Behörden, lassen den Glauben an einen baldigen Umschwing zum Besseren nicht auskommen. jedenfalls darf die Arbeiterschaft keinen Augenblick in dem Kampfe um wirklichen Schutz ruhen.

* **Neue Baupolizeiverordnungen.** In den letzten Tagen sind für die Städte Hameln und Leipzig neue Vorrichtungen zum Schutz der baugewerblichen Arbeiter herausgekommen. Aus beiden Verordnungen werden wir demnächst das wichtigste mitteilen.

* **Bauunfall vor Gericht.** In Nr. 45 vom Jahrangang 1907 berichteten wir über einen Bauunfall in Tübingen, bei dem ein Arbeiter sehr schwer verletzt wurde. Der dort die Arbeiten leitende Polizei erklärte hatte sich nun vor der Strafkammer zu verantworten wegen fahrlässiger Körperverletzung und Verleumdung der Regel der Bauaufsicht. Wie wir schon im vorigen Jahre berichteten, sollte ein Schuppen im Stadtwald zur Waldwärterwohnung hergerichtet werden. Maurermeister Stopp, der die Arbeit übernommen hatte, übergrap, da er nichts zugegen sein konnte, die Leitung dem Angeklagten. Die Untermauerung und die anderen notwendigen Arbeiten, jo z. B. das Absteifen, verließen ganz gut, bis man an die Unterfertigung kam. In diesem Teile des Schuppens war eine Treppe, wo kein Absteifen ganz besondere Sorgfalt verwendet werden mußte. Dies soll der Angeklagte unterlassen haben, indem er einen Arbeiter zum Losmachen der Treppe nach oben schickte, obwohl ihm andere Maurer und Arbeiter warnten. Wie es letztere vorausgeschenkt, so kam es auch am 29. Oktober v. J. kaum war die Treppe losgemacht, so führte das Dachgeschoss ein und verlegte einen untenliegenden Arbeiter schwer und einen obenliegenden leicht. Der Schwerverletzte hat zehn Wochen krank gelegen und ist noch jetzt arbeitsunfähig. Das Urteil lautete auf zwei Wochen Gefängnis. Für das Verhalten des Herrn Polizei kommt in Betracht, daß ihm die Kollegen dringend auf die Gefahr aufmerksam machen, wenn er ohne Absteifen die Treppe fortnehmen läßt. „Die Verantwortung trage ich“, sagte er; nun mag er sie auch tragen. Der Unternehmer aber beschäftigt diesen unfähigen Menschen immer noch als Polizei.

* **Subventionen.** In Borghorst i. W. soll die in Wilsberg belegene Eisengießerei, die von der hiesigen Gemeinde erworben ist, abgebrochen werden, um auf dem Grundstück eine Schule zu errichten. Dieser Abbruch sollte nun am 15. Februar auf dem hiesigen Name an den Windesfordernden vorgenommen werden. Die Kosten hierfür waren vom Kreisbaudamt in Bregen-

fürstburg auf M. 2300 veranschlagt worden. Es hatten sich drei Submittenten eingefunden; es forderten Heinrich Rück-Borghorst M. 1400, E. Saerbert-Borghorst M. 900, Alois Ante-Borghorst M. 880. Über dies Rechtfertigte sich sogar der Amtmann, indem er äußerte: „Schlechtlich kriegen wir noch Geld heraus.“ Ware es hier nicht sehr angebracht, daß die Baubehörde diesen Abbruch gründlich kontrollieren ließe, hauptsächlich in puncto Bauarbeiterchutz? Denn hieran fehlt es in Borghorst ganz gewaltig.

Anfang Februar sollten die Arbeiten an einem doppelten Wasserdruckturm auf der Bahnstrecke Schlobertal und Grube „König“ bei Neunkirchen auf der Eisenbahnstrecke Bingen I in St. Johann im Submissionswege vergeben werden. Es lagen sieben Bewerbungen vor, von denen das Höchstangebot auf M. 148 726, das niedrigste Angebot auf M. 17 908 lautete. Die Differenz beträgt also rund M. 31 000, wahrscheinlich mehr, als die Ausführung des ganzen Projektes kostet.

Am selben Tage wurde auf dem Rathaus in St. Johann über Vergabe städtischer Arbeiten im Objektverband verhandelt. Hier waren 15 Offerten eingegangen, die zwischen M. 64 000 und M. 148 000 schwankten. Die Differenz beträgt, mithin M. 84 000. Die Bewerbungen zeigen, daß die Bewerber gar nicht fähig sind, die Herstellungskosten solcher Arbeiten auch nur ungefähr auszurechnen.

* **Die größte Brücke Deutschlands.** Ein Eisenbauerwerk, die größte Brücke Deutschlands, geht seiner Vollendung entgegen. Es ist die im Bau befindliche Wehrbrücke bei Marienwerder, die voraussichtlich noch im Laufe dieses Jahres vollendet werden wird. Die Brücke setzt sich zusammen aus fünf Stromöffnungen (rechts drei, links zwei) von je 80 m Spannweite. Die elf Pfeiler der Brücke sind in Granitquadern aufgestellt; ihre Funderung wurde von der Firma Philipp Holzmann in Frankfurt a. M. mittels pneumatischer Verfestigung ausgeführt. Die Eisenkonstruktion der Stromöffnungen gelangt in Form von Halbparabolten zur Durchführung. Die Überbrückung der Stromöffnungen erfolgt mittels Fachwerkträgerkonstruktion. Die in der Montierung begreiflichen Kontraktionsarbeiten sind für zwei Stromöffnungen und für vier Bluttöffnungen ebenfalls vorgesehen. Die Kosten des ganzen Bauwerks sind auf zehn Millionen Mark veranschlagt. Die Brücke wird nach ihrer Vollendung den Verkehr der Hauptbahn und dem Waggonverkehr auf der Strecke Schneidau-Wilsenburg dienen. Sie wird nach einer Entfernung von nahezu 100 km das Flusstal der Weißel zwischen Gründau und Dirschau die erste und einzige Übergangsbrücke über die Weißel sein.

Aus Unternehmertreinen.

* **Unser Freund Schmidelhaus in Eisen wird gebraucht.** In einem kleinen Artikel über die Tarifentwickel unserer Kollegen in Rheinland-Westfalen scheint er sich zunächst zu wundern über die schöne Einigkeit der „christlichen“ und „sozialdemokratischen“ Arbeiterorganisationen in der Ausstellung der Forderungen. Und da ihm bei dem Bekanntwerden dieser Tatweise der Gedanke aufgedämmert sein mag, daß er mit seinen Schmidelhäusern viel zu der Einigkeit der Arbeiter beigetragen hat, möchte er nun wahre Purbzähne vor Luth und — Ingram. Daß die Arbeiter in einigen Gegenden — wahrscheinlich hat er den Mainland um Auge — das Recht beanspruchen, Versammlungen während der Arbeitszeit abzuhalten, ist ihm ein interessanter Scherz. Daß dieser „kleine Scherz“ seit zweieinhalb Jahren in den Verhältnissen mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband für das Bauwesen als ein Recht der Arbeiterorganisationen anerkannt ist, hätte der Ehemalige Herr Arzbandsdirektor doch leicht erfahren können. Die Forderung der Arbeiter, den Stundenlohn um 5 % zu erhöhen, nennt Schmidelhaus höchstens ein „Wort von Beliebtheit“, worauf die richtige Antwort sei, daß die Böhne i. d. Arbeiter herabgelegt würde. Nur immer aufgerufen, Freundein, wenn Sie die Macht haben. Aber vergessen Sie nicht: Nach 15 Jahren kommen andere Zeiten, und so gutmütig die Arbeiter auch sind, den Streik würden sie dem Arbeitgeberverband und seinem Schmidelhaus nicht vergessen.

* **Lügempeter.** In einem fulminanten Generalverhältnis des „Deutschen Arbeitgeberverbandes“ in Hannover vertritt die Arbeitgeberseite für das Bauwesen die „Baugewerbe“ (Gelehrte und Beamte) folgendes Bild: „Unsere Generalverhandlung in Hannover hat schwierige Dinge zu beraten und zu beschließen; doppelt schwierig, weil auf Seiten der freien Gewerke gerade in letzter Zeit überall ein falsches Spiel getrieben und die maschio Erbitterung aufgeschürt wird, in den irregeleiteten, verhegten Arbeitern.“

Der Arbeitsschreiber ist entweder ein Hansnarr, der im Bericht auf seine Beauftragunglosigkeit in einem unbehagten Augenblick allerlei Unfug aussüben zu dürfen glaubt, oder aber ein demagogischer Schmidelhäuser, der mit wohlberechneter Absicht seine gewisslosen Hegegegn verübt. Mag der Witz auftreten und sagen, wo die freien Gewerke ein falsches Spiel getrieben haben!

Aus anderen Berufen.

* **Karl Kloß.** Auf der Durchreise nach Kiel ist Mittwoch, den 12. Februar, infolge Blutsurzes der erste Vorstande des Holzarbeiterverbandes, Genosse Karl Kloß, in Hamburg gestorben. Er ist im Jahre 1847 in Berlin geboren, nahm später seinen Wohnsitz in Stuttgart und betrieb von dort aus sehr eifrig die Organisierung der Tischler Deutschlands, die er im Jahre 1888 in dem deutschen Tischlerverband zusammenführte. Zu Jahr 1893 folgte er unter der Führung von Kloß der Zusammenschluß verschiedener Holzarbeiterorganisationen zu dem deutschen Holzarbeiterverband, dessen erster Vorstande er unterbrochen bis zu seinem Tode war. Bei der Gründung der Generalversammlung der Gewerkschaften Deutschland war er auch Mitglied dieser Körperschaft; ferner gehörte er fünf Jahre, 1898 bis 1903, als Vertreter Stuttgarts dem deutschen Reichstag, außerdem seit 1891 dem württembergischen Landtag.

Polizei und Gerichte.

* Entheiligung des Sonntags. Mittwoch, den 11. Februar, hatte sich der Kollege Johann Oelga aus Wilhelmsburg bei Prostau wegen Entheiligung des Sonntags vor Gericht verantwortet. Oelga ist Hüttsfasserer. Er hatte an einem Sonntag, als er nach Prostau in die Kirche ging, drei Exemplare „Grundstein“ mitgenommen und dort Kollegen vor einem Losafe übergeben, und zwar während der Kirchzeit. Das hatte der Vertrauensmann Silla vom christlichen Verband geschehen und dem Wachmeister angezeigt. Oelga befand vom dortigen Amtsgericht ein Strafmandat von M. 30 oder drei Tagen Haft. Gegen die Strafvorladung wurde gerichtliche Entscheidung beantragt, die am genannten Datum erfolgte. Als Zeugen wurden der Wachmeister und der christliche Vertrauensmann Sylva geladen. Oelga gab zu, daß er drei Exemplare „Grundstein“ an Kollegen abgegeben habe; die er zufällig getroffen hat. Der Gendarmer erklärte unter Zeugened, daß er davon nichts gesehen, sondern Silla ihm dieses gemeldet hat. Silla erklärte unter Eid, daß er gesehen hat, wie Oelga während der Kirchzeit einen Kollegen den „Grundstein“ gegeben hat. Der Amtsanwalt hielt die Verlegung der Sonntagsruhe für erwiesen und beantragte M. 30 Geldstrafe oder zehn Tage Haft. Das Gericht räumte jedoch ein, Vergehen nicht feststellen; der Termin mußte versagt werden. Der Amtsgericht soll Beweis liefern, daß die betreffenden Kollegen tatsächlich den „Grundstein“ nicht zu beanspruchen haben. Dies der Sachverhalt. Das „christliche“ Werk wird wohl ins Wasser fallen. Mit solchen Waffen arbeiten die Christen. Soweit geht ihre Frömmigkeit. Aber wenn sie die „Bürgewerkschaft“ sogar in der Kirche selbst verteilen, wie unsere Mitglieder, ihnen das nachweisen wollen, so halten sie dies ganz in der Ordnung.

Verschiedenes.

* Kirchenfürsten und Arbeiter bei der Mahlzeit. Der Kardinal Dr. Fischer in Köln, der, in seinem Hirtenkreis permanent über die Genügsamkeit und Begehrlichkeit der Arbeiter wetteute und sich entzückte, lebt doch genug recht einfach und läufig nach dem Vorbilde seines Heilandes, der nichts hatte, da er sein Haupt hinlegen konnte. So sollte man meinen. Über der Kardinal scheint sich selber und seine geistlichen Brüder für erstaunliche Gottesläster zu halten, denen die Lehren Christi weniger gelten als den Arbeitern. Vor einiger Zeit hat eine Bischofskonferenz stattgefunden, um sich mit dem päpstlichen Theologen und mit dem „Modernismus“ zu beschäftigen. Bei dieser Gelegenheit hat Kardinal Dr. Fischer den deutschen Bischofsen in seinem Palais ein Mahl gegeben, dessen Speisen- und Weinfolge wie folgt aussieht:

Speisenfolge:	Weine:
Geflügelgelehrtes	Madeira
Königinkuppe	
Bachforellen	
mit Kartoffeln und Buttermusse	Tischweine: Greifenseheimer
Rehrücken	Nierziger
mit Maronen, Ersben und Spargel	1900er Rautenthaler
Zungeinragout	1904er Riesporter
Junge Gänse mit Salat und Komposten	1897er Bordeaux-Margaux
Eis	1900er Liebfrauenmühle
Köpe — Obst	1904er Brauneberger Auslese
Kaffee	Champagner

Eines der vornehmsten christlichen Gebote ist das der Einlichkeit und Müdigkeit. Um die Gläubigen vor der Unnäsigkeit und Neugier zu bewahren, verordnet die katholische Kirche jede Woche einen Fasttag; für die Zeit von Fasching bis Ostern verbietet sie mit Ausnahme der Sonntage den wiederholten Fleischgenuss am Tage. Zu dieser von oben herab geweihten Fastzeit liefert das obige Menü der zu kommen Werk veranstalteter Nachfolger Christi auf Erden eine prächtige Illustration. Lebhafter scheint nicht nur die Kirche, sondern auch die hohe Geistlichkeit einen guten Magen zu haben, denn um die obengenannten schönen Gerichte und echten Weinportionen zusammen verdaulen zu können, muß jemand schon ein recht gutes Verdauungsvermögen besitzen.

Zur Gegenüberstellung bringen wir einen Küchenzettel, den nun den Arbeitern vorbereitet, damit sie sich nicht den Magen verdorben. Unter der reichstreuen Bergs- und Hüttenarbeiterchaft des Mansfelder Kreises wird ein Kochbuch bereitgestellt, das nicht nur billige Kochrezepte gibt, die die Leute zufinden mit ihrem geringen Lohn machen sollten, sondern auch sonst noch allerhand „tüpfelige“ Lehren für Mädchen und Frauen enthält. Die Verfasserin berechnet die Kosten für ein Mittagessen für fünf bis sechs Personen im Durchschnitt auf 45 Pf. Zum Beispiel:

Kartoffelmus.	
18 große Kartoffeln	18 Pf.
Milch	8 "
Butter oder fetten Speck	20 "
(Fleisch muß man sich denken)	
Saure Binen.	
1 Pfund Linien	15 Pf.
5 große Kartoffeln	5 "
Getrocknete Blaumen	10 "
Speck oder Fett	10 "
2 große Zwiebeln, ½ Schälöffel Salz, Essig, Gewürzkrüppel.	
(Fleisch wie oben.)	
Nüchtern.	
6 Eier	30 Pf.
Semmel	5 "
Milch	8 "
Butter, ½ Schälöffel Salz	10 "

Die drei Beispiele mögen genügen, um ein Bild über die lukullischen Genüsse zu geben, die der Familie eines Mansfelder Bergmannes warten, wenn die Haustfrau fleißig nach dem genannten Kochbücher wirtschaftet und vor allem die Mahnung der Verfasserin beherigt: „Seid fröhlich in Hoffnung, gebügsig in Tribüna, halte an an Gebet!“

Eingegangene Schriften.

* Die Neue Zeit (Stuttgart, Paul Singer) Heft 20 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: Monarchische Konzentration. — Die ökonomische und

soziale Entwicklung von Amsterdam im sechzehnten und im ersten Viertel des siebzehnten Jahrhunderts. Von Dr. W. van Slooten (Amsterdam). — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kiosquen zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probeabonnements stehen jederzeit zur Verfügung.

* Die Klasse gegenwärtige im Zeitalter der Französischen Revolution. Von Karl Rautsch. Neue Ausgabe der Klasse gegenwärtige von 1789. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart. Preis broschiert 75 Pf., gebunden M. 1. Vereinsausgabe 50 Pf.

* „In Freien Stunden“, illustrierte Romanbibliothek. Verlag Buchhandlung Borwitz, Berlin. Von dem mit dem 1. Januar begonnenen neuen Jahrgang liegen die Hefte 5 und 6 vor. Neue Abonnenten können die bereits erschienenen Hefte dieses Jahrgangs nachbestellen. In jeder Woche erscheint ein 24 Seiten starkes illustriertes Heft mit vielseitigem, unterhaltsamem und belehrendem Inhalt. Das Heft kostet 10 Pf. und wird von jeder Buchhandlung und allen Aussträgern der Zeitungen geliefert. Ferner liegt vor jeder Zeitschrift die zweite Hälfte des elterlichen Jahrgangs als städtischer Band vor, dessen abwechslungsreicher Inhalt die Arbeiterbibliotheken veranlassen sollte, solche Bände zu erwerben.

Briefkasten.

Wustrau, A. F. Da wir nicht wissen, zu welchem Zweck Du eine Zeitung zu haben wünschst, so halten wir es für das Beste, wenn Du Dir von der Polizeitechnischen Buchhandlung von A. Sybel, Berlin SW 11, Königgrätzerstr. 31, einen Zeitdruckatalog senden läßt, was jedenfalls ohne Kosten geschieht.

Kirn. Wenn Schwule schwören, muß man sich immer auf mancherlei gefaßt machen. In diesem Falle ist das Urteil mit gar keiner Aussicht auf Erfolg anzusehen.

Cöln. A. H. S. Die Cöbler-Schreibweise ist für uns nicht maßgebend; für uns gelten nur die Regeln der deutschen Sprache, und nach dieser sind solche häßlichen Störungen, wenn man für den Druck schreibt, nicht üblich.

Wenn der Name des ersten Vorwiegenden falsch wiedergegeben ist, so ist das ein Beweis dafür, daß er höchst unbedeutend geschrieben war.

Wenn nicht genug, daß die Redaktion die Namen mit großer Mühe entziffern kann. Eigennamen sollen geäußert werden, daß sie auch die Seher lesen können, denn auf diese kommt es doch in allerletzter Linie an. Daß die Redaktion nicht auch das Sehen des Blattes besorgt, sollte schließlich ohne viel Müden jedem jedes Berichterstatter bekannt sein.

Kiel, H. S. Das Recht zum Ausschluß von Mitgliedern hat keine Sektion; sie kann ihrerseits jedoch den Ausschluß beim Zweigverein beantragen.

Lehnin, Krankenkasse. An welchem Tage soll denn die Versammlung stattfinden?

Waldorf, G. E. Nein, lieber Freund, dazu haben wir keinen Platz. Das könnte eine schöne Geschichte werden.

Wittenberge, A. S. In solchen Fällen muß der Vater den Arzt bezahlen, es sei denn, daß in dem letzteren Falle der Schulverwaltung eine Unterlassungslücke nachzuweisen wäre, dann hätte natürlich die Kosten für die Behandlung den Unfall entstandenen Kosten zu bezahlen.

Malente, Kassier der Bahnhofskasse Wilhelmshafen, Zweigverein Hamburg, ist: Dr. Karken, Wilhelmshafen a. d. E., Schulstr. 19, 2. Et.

Goldberg, b. L. M. S. Wir raten Dir, den Vorstand zu veranlassen, den Bezug aufzuhören. Einmal ist es eine ungünstige Verwendung des Geldes, zweitens ist es ein sicheres Mittel, den Geist der Organisation völlig zu verderben. Es muß doch noch andere Maßnahmen geben, um die Verantwortungsfähigkeit der Mitglieder zu bekämpfen, als eine Bierprämie. Wenn nichts anderes mehr hilft, dann ist es besser, man macht die Bude zu und überläßt die Dame ihrem Schicksal.

Wilsenau, Nr. 114 340. Karl Müller, Steinbruch und Terrazzowerk in Gommern, Prod. Sachsen.

Anzeigen.

* Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Iserlohn. Die Adresse des Vorsitzenden ist Otto Barras in Iserlohn b. Mülheim a. W. [60 Pf.]

Muskau i. d. O. L. Der erste Vorsitzende August Metko wohnt in Braunsdorf. Der erste Kassier Oskar Pfeifer wohnt in Lübau. Die Herberge befindet sich bei Worreschke in Muskau. [M. 1,50] Der Vorstand.

Neuruppin. Der Kassierer Karl Seeger wohnt Schenktshof Nr. 6.

Regensburg. Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist Hermann Engler, Waffnerstraße 6 167, 1. Et. [80 Pf.]

D. Der Kollege Willi Nierat (Verb.-Nr. 303 338) wird ersucht, seine Adresse hierher gelangen zu lassen, damit ihm das ihm zustehende Geld zugewandt werden kann.

Willi Balster, II. Wartmen, Wiesenstraße 10. [M. 1,50]

Wiesbaden, 2. Februar.

Colbitz. Sonntag, den 23. Februar, abends 8 Uhr:

Winter - Vergnügen im Lokale des Herrn Bertram.

Alle Kollegen von Colbitz und Umgegend sind hiermit freundlich eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Sterbefälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 Pf.)

Augsburg. Am 13. Februar starb nach längerem Leben unser treuer Verbandskollege Mathias Hartner im Alter von 31 Jahren.

Bamberg. Stegaurach. Am 2. Februar starb unser Kollege Adam Schneider von Waldorf an Lungenerkrankung.

Berlin. Am 13. Februar starb unser Verbandskollege Hermann Böhm im Alter von 34 Jahren an Blasen- und Nierenleiden. — (Freie Vereinigung.)

Bromberg. Am 12. Februar starb unser Verbandskollege Friedrich Baschke im Alter von 52 Jahren an Herzfehler.

Dessau. Am 11. Februar starb unser Verbandsmitglied Gustav Schröter im Alter von 49 Jahren.

Deutsch Lissa. Am 4. Februar starb unser treuer Verbandskollege Alfred Scholz im Alter von 25 Jahren durch Unglücksfall.

Frankfurt a. d. O. Am 14. Februar starb unser langjähriges Mitglied Emil Richter im Alter von 57 Jahren an Lungenerkrankung.

Fürstenwalde. Am 12. Februar starb unser treuer Verbandsmitglied Wilhelm Krause im Alter von 26 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Magdeburg. St. Otersleben. Am 8. Februar starb der Kollege Hermann Jordan im Alter von 47 Jahren an Unterleibskrebs.

Mannheim-Ludwigshafen. Fendenheim. Am 14. Februar verließ nach längerem Leben unser treuer Verbandskollege Joh. Bohrmann im Alter von 57 Jahren an Düngeleiterkrankung.

München. Planegg. Am 6. Februar starb unser treuer Kollege Josef Englmann, Kassierer der Zahlstelle Planegg, nach längerem Leben im Alter von 35 Jahren an Magenkrebs.

Stralsund. Am 13. Februar starb infolge eines Unfalls der Kollege Ludwig Ebershold aus Ruprechtswalde im Alter von 46 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Der Maurer Max Köchel aus Plauen i. B. wird von seinen Angehörigen gefeuht. Personen, die ihn kennen, werden geben, seinen letzten Aufenthaltsort mitzuteilen an Oscar Köchel, Plauen i. B., Mühlberg 14.

Die Kollegen Gerh. Thiemann (Verb.-Nr. 104 990) und Arthur Schmidt (Verb.-Nr. 262 595) können ihr am Oberhaupter Gewerbegebeit eingelagertes Geld in Empfang nehmen. Joh. Werner, Oberhausen, Grenzstr. 150. [M. 1,50]

Schladen.

Sonntag, den 23. Februar 1908:

Wintervergnügen

im Vereinslokale,

befehlend in Theater und Ball.

Die Kollegen von Schladen und Umgegend werden hierzu freundlich eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Männer.

Sonntag, den 23. Februar.

Döbeln. Nachm. 8 Uhr.

Hersbrück. Nachm. 8 Uhr. Mitgliedsbücher mitbringen!

Langewetzendorf. Nachm. 8 Uhr bei Spora.

Schkeuditz. Nachm. 8 Uhr. Generalexploration in Schkeuditz's Restaurant.

Zehdenick. Nachm. 8 Uhr bei Weizenmann in Kurlitzkag. Z. O.: Wahl eines Hüttenschilders.

Dienstag, den 25. Februar.

Altenburg. Abends 6½ Uhr im „Adler“.

Liegnitz. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 1. März.

Goldberg b. L. Im Gäßchen zum „Neuenbauer“.

Sonneberg. Zahlstelle Müpperg. Bei Wilhelm Eichhorn.

Dienstag, den 3. März.

Eisleben. Abends 8 Uhr.

Mittwoch, den 4. März.

Hayna. Abends 8 Uhr in der „Dößling“.

Öffentliche Männerversammlung.

Sonntag, den 23. Februar.

Driesen. Nachmittags 2 Uhr im Ratze des Herrn Karl Schatzowksi in Eleyendorf.

Zentral-Krankenkasse der Männer usw.

Sonntag, den 23. Februar.

Frankfurt a. d. O. Nachm. 8 Uhr öffentlich-öffentliche Generalsammlung im Gewerkschaftshaus.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.